



JAHRESBERICHT 2001

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

BUNDESMINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN, OKTOBER 2002

Bundesministerium

für auswärtige Angelegenheiten

Herausgeber, Verleger und Vervielfältigung:
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Minoritenplatz 9, A-1014 Wien
Telefon: 01/531 15-4459, Fax: 01/531 85-270
E-Mail: sektionvii@bmaa.gv.at
Internet: www.bmaa.gv.at/eza
Statistiken: Stand September 2002

Inhalt

I. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Österreichs	7
1. Ziele	7
1.1 Armutsbekämpfung	7
1.2 Konfliktprävention und Friedenssicherung	8
1.3 Erhaltung der Umwelt	9
2. Prinzipien	10
2.1 Gender	10
2.2 Ownership / Partnership	11
2.3 Integration in das soziokulturelle Umfeld	12
2.4 Angepasste Technologie	13
3. Sektorarbeit	14
3.1 Wasser und Siedlungshygiene	14
3.2 Bildungszusammenarbeit	16
3.3 Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	18
3.4 Mikro-, Klein- und Mittelbetriebsförderung (MKMB)	20
3.5 Energie	21
3.6 Gesundheit	22
3.7 Verkehr und Mobilität	23
3.8 Tourismus	24
4. Programme nach Regionen und Ländern	26
4.1 Region Ostafrika	26
4.1.1 Schwerpunktland Uganda	27
4.1.2 Schwerpunktland Ruanda	30
4.1.3 Kooperationsland Burundi	31
4.1.4 Kooperationsland Kenia	32
4.1.5 Kooperationsland Tansania	33
4.1.6 Schwerpunktland Äthiopien	34
4.2 Region südliches Afrika	38
4.2.1 Kooperationsland Simbabwe	38
4.2.2 Kooperationsland Namibia	39
4.2.3 Kooperationsland Südafrika	40
4.2.4 Schwerpunktland Mosambik	40
4.3 Region Westafrika – Sahel	43
4.3.1 Kooperationsland Senegal	43
4.3.2 Schwerpunktland Burkina Faso	44
4.3.3 Schwerpunktland Kap Verde	46

4.4	Region Zentralamerika	48
4.4.1	Kooperationsland Costa Rica	48
4.4.2	Kooperationsland El Salvador	49
4.4.3	Kooperationsland Guatemala	49
4.4.4	Schwerpunktländ Nicaragua	50
4.5	Region Himalaya-Hindukusch	52
4.5.1	Schwerpunktländ Bhutan	52
4.5.2	Kooperationsland Nepal	54
4.5.3	Kooperationsland Pakistan	55
4.6	Sonderprogrammland Palästina	57
4.7	Region Südostasien	58
5.	Instrumente	59
5.1	Kofinanzierungsinstrumente	59
5.2	Evaluierung und Kontrolle	60
5.3	Entwicklungspolitische Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit	61
5.3.1	Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Entwicklungs- zusammenarbeit im Außenministerium	61
5.3.2	Förderung der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit	63
6.	Andere Bereiche der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit	64
6.1	Entschuldung	64
6.2	Ausfuhrförderung	64
6.3	Nahrungsmittelhilfe	65
II.	Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	66
1.	Die Vereinten Nationen	66
2.	Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit der EU	69
3.	OECD-Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit	72
III.	Ostzusammenarbeit	73

IV. Statistik

Tabelle 1	Entwicklung der Mittel für Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen, 1997-2001 in Mio. Euro	I
Tabelle 2	Aufteilung der Programm- und Projekthilfe nach Regionen, Auszahlungen, 1999-2001 in Mio. Euro	I
Tabelle 3	Programm- und Projekthilfe für Afrika, Auszahlungen, 1999-2001 in Tausend Euro	II
Tabelle 4	Programm- und Projekthilfe für Lateinamerika, Auszahlungen, 1999-2001, in Tausend Euro	III
Tabelle 5	Programm- und Projekthilfe für Asien, Auszahlungen, 1999-2001 in Tausend Euro	III
Tabelle 6	Entwicklung der Mittel für Schwerpunkt- und Kooperationsländer, Auszahlungen, 1993-2001 in Mio. Euro	IV
Tabelle 7	Programm- und Projekthilfe für Schwerpunkt- und Kooperationsländer nach Schlüsselregionen, 1999-2001, in Mio. Euro	V
Grafik	Schwerpunkt- und Kooperationsländer der bilateralen Programm- und Projekthilfe 2001 in Mio. Euro	VI
Tabelle 8	Projekt- und Programmhilfe 1999-2001 nach Sektoren in Mio. Euro	VII
Tabelle 9	Aufteilung der Programm- und Projekthilfe nach Länderstatus 1999-2001	VII
Tabelle 10	Gender- und Umweltprojekte 1999-2001, Auszahlungen, in Mio. Euro	VIII
Tabelle 11	Armutorientierte und demokratiefördernde (PD/GG) Projekte 1999-2001, Auszahlungen, in Mio. Euro	VIII
Tabelle 12	Durchführungsstruktur der Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen, 1999-2001, in Mio. Euro	VIII
Tabelle 13	Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit 1999-2001 in Mio. Euro	IX
Tabelle 14	Die Schwerpunktländer der Ostzusammenarbeit 2001 in Mio. Euro	X
Grafik	Die Schwerpunktländer der Ostzusammenarbeit 2001 in Mio. Euro	XI

I. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Österreichs¹

1. Ziele

1.1 Armutsbekämpfung

Seit den Anfängen der Entwicklungszusammenarbeit in den 60er Jahren spielt der Begriff „Armut“ in den meisten Strategien eine zentrale Rolle. Bedeutende finanzielle Mittel wurden eingesetzt, um den Armen in den Ländern des Südens zu einem Leben mit Chancen und Perspektiven zu verhelfen, jedoch ohne eine entscheidende und nachhaltige Änderung zu erreichen.

1996 setzte sich die OECD zum Ziel, die Leistungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in einer koordinierten und kohärenten Weise zu vereinigen, um bis zum Jahr 2015 den Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen um die Hälfte zu reduzieren. Zum Verfolg dieses gemeinschaftlichen Anliegens wurde das Dialogforum „DAC Informal Network on Poverty Reduction“ geschaffen, an dem auch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium (ÖEZA) teilnimmt.

Armutsbekämpfung ist im Programm der ÖEZA bereits seit mehreren Jahren als **Querschnittsaufgabe** verankert und wurde mittlerweile zu einem zentralen Ziel des gesamten Engagements aufgewertet.

Diesem Anspruch soll vor allem durch den Verfolg folgender Ansätze im Rahmen der Pro-

gramm- und Projekthilfe entsprochen werden:

- die Auswahl der ärmsten Länder als Schwerpunkt- und Kooperationsländer,
- die Auswahl besonders bedürftiger Regionen, Provinzen und Distrikte innerhalb der Partnerländer und Förderung des Dezentralisierungsprozesses,
- die Orientierung der sektoriellen Politikansätze und Prioritäten an Aktivitäten, die unmittelbar den armen Bevölkerungsgruppen zugute kommen sowie
- die Auswahl besonders benachteiligter Zielgruppen.

Die praktische Auseinandersetzung der ÖEZA mit dem Thema „Armutsminderung“ war im Jahr 2001 vor allem durch folgende Maßnahmen und Ereignisse bestimmt:

- Mitwirkung an der Ausformulierung der DAC-Guidelines on Poverty Reduction der OECD-Staaten, die im April 2001 verabschiedet wurden;
- Beginn einer Kooperation mit der Weltbank zur Erarbeitung armutsorientierter Länder- und Sektorstrategien;
- Mitwirkung an einer Veranstaltungsreihe zur Erörterung aktueller Prozesse im Politikbereich „Armutsminderung“ und der Diskussion von Erfahrungen.

¹ Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die in die Zuständigkeit des Außenministeriums fallende bilaterale Programm- und Projekthilfe. Eine breitere Darstellung bleibt vorbehalten.

1.2 Konfliktprävention und Friedenssicherung

Durch die Ereignisse des 11. September hat der Terror und die Angst davor die ganze Welt berührt. Seitdem ist Konfliktprävention bei der Weltbank, den Vereinten Nationen, in der OECD, bei den G 8 und auch innerhalb der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit eines der Hauptthemen.

Um jedoch Entwicklungszusammenarbeit praktisch und operationell ebenso wie politisch und analytisch mit Menschenrechten, Gender, der Vorbeugung von Konflikten und dem Kampf gegen Terrorismus sowie der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen zu verknüpfen, bedarf es noch erheblicher Arbeit.

Entwicklungszusammenarbeit kann krisenvorbereitend wirken: Armutsbekämpfung, sozialverträgliche Wirtschaftsförderung, Erhaltung des natürlichen Lebensraums und nicht zuletzt Bildung helfen, Konfliktpotenziale abzubauen. Das Jahr 2001 hat allerdings zu einer realistischeren Einschätzung der Potenziale ebenso wie der Grenzen der internationalen Gemeinschaft als „Friedensmacher und -bewahrer“ im Allgemeinen und der Entwicklungszusammenarbeit im Speziellen geführt. Noch mehr konstruktives Engagement und kreative Zugänge sind erforderlich und vor allem Anreize für ein friedvolles Handeln müssen gefunden und angeboten werden.

Damit die Mittel der EZA greifen können, wird verstärkt daran gearbeitet, eine kohärente Politik auf nationaler und internationaler Ebene zu entwickeln, und zwar auf politischer und operationeller Ebene, um eine konsistente Vorgehensweise im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, der Handels-, Verteidigungs- und Außenpolitik zu erzielen.

Auch andere Fragen sind noch offen, wie zum Beispiel der Zusammenhang zwischen Konflikten

und Demokratie. Demokratisierung ist derzeit wohl das erfolgreichste Mittel, um Konflikte zu verhüten oder zu beenden. Nicht nur, dass politische Freiheit und die Möglichkeit zur politischen Mitgestaltung das Risiko von Kriegen minimiert; es mag auch der effektivste Mechanismus sein, sie zu beenden. Dies hat sich in vielen Regionen, in denen Demokratisierungsprozesse vorangeschritten sind, eindrucksvoll gezeigt und wird in zukünftige EZA-Politiken Eingang finden.

Die „**European Platform's Searching for Peace Program in Asia & the Pacific**“ produziert ein Handbuch über Konfliktprävention und Konfliktmanagement-Aktivitäten in den großen Krisenherden des Kontinents. Ein zusätzlicher Anhang enthält die Profile der wichtigsten lokalen und internationalen NGOs², die für Frieden in den jeweiligen Regionen arbeiten. Weitere zwei Publikationen sind für 2002 vorgesehen.

Das Projekt wird in enger Kooperation der „European Platform“ und akademischen Institutionen, Netzwerken und NGOs in Asien (z.B. Japan Centre for Preventive Diplomacy, JCPD) und anderen Regionen durchgeführt. Die ÖEZA fördert dieses Projekt, weil es Schwerpunkte in Nepal und Pakistan – beides Kooperationsländer der ÖEZA – setzt.

Für Projekte aus allen Sektoren ist es notwendig, konfliktrelevante Information zu erlangen und „konfliktsensibel“ tätig zu sein. Die ÖEZA sieht einen ihrer Schwerpunkte im Bereich der Konfliktvermeidung in der Unterstützung des Aufbaus afrikanischer Konfliktlösungspotenziale – im Rahmen von Friedensverhandlungen ebenso wie durch Ausbildungsveranstaltungen.

² NGO = Non-Governmental Organisation, Nicht-Regierungsorganisation

Beispiele für das österreichische Engagement ist eine **Seminarreihe über Konfliktmanagement in Afrika**, die ausschließlich afrikanischen Akteuren eine Grundausbildung in Konfliktanalyse und Mediation geboten wird.

Neben Vorträgen und einem politbezogenen Diskurs werden den TeilnehmerInnen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Militär und NGOs in Workshops grundlegende Kenntnisse über friedensbildende Maßnahmen und die Bearbeitung von Konflikten vermittelt, konkrete Vorschläge für die Region werden ausgearbeitet.

Für die ehemaligen Seminar-TeilnehmerInnen gab es im Juni 2001 erstmals einen Spezialisierungskurs zum Thema „Demobilisation and Reintegration“. Aus der losen Verbindung aller SeminarabsolventInnen entstand 2001 offiziell das **„Network of African Peacebuilders“ (NAPS)**. [Website www.naps.org.zm]

Bei **internationalen Publikationen** ist aus entwicklungspolitischer Sicht neben dem Brahimi-Report die Arbeit der OECD erwähnenswert, in die auch Österreich intensiv eingebunden ist. **„Helping Prevent Violent Conflict: Orienta-**

tions for External Partners – a Policy Note on Conflict, Peace and Development Cooperation“ ist ein Follow-up zu den *Guidelines on Conflict Prevention*, fasst die Erfahrungen zusammen und soll einen Weg von der Theorie in die Praxis aufzeigen.

Wegweisend für den zukünftigen politischen Umgang der EZA mit gewaltförmigen Konflikten ist der Bericht **„The Influence of Aid in Situations of Violent Conflict“**. Er geht davon aus, dass EZA immer eine Rolle in Konflikten spielt – ob gewollt oder nicht –, und zeigt anhand von Fallstudien die Möglichkeiten und Beschränkungen der EZA auf.

Gemeinsam mit den entsprechenden Institutionen in den Partnerländern, internationalen Organisationen und NGOs müssen in Europa und in Österreich die Bemühungen auf wissenschaftlicher Ebene weiter verstärkt werden, Ursachen und Lösungsansätze zu erforschen und besseres Zahlen- und Statistikmaterial als Basis für politische Entscheidungen zu erstellen.

1.3 Erhaltung der Umwelt

Die durchgängige Berücksichtigung von Umweltbelangen in der Entwicklungszusammenarbeit ist eine internationale Verpflichtung. Ein wichtiges Instrument dazu sind standardisierte Umweltverträglichkeitsprüfungen für alle Vorhaben der Programm- und Projekthilfe. Um diese Prüfungen zielgenauer als bisher zu gestalten, wurde 2000 mit einer teilweise dezentralisierten Abwicklung begonnen. Bei der notwendig gewordenen konzeptionellen Verfeinerung des Prüfinstruments wurden 2001 wichtige Fortschritte erzielt. Ein Leitfaden, der neben der Prüfung auf Projektebene auch die Qualitätssicherung der EZA-Strategien und Programme thematisiert, sowie verbes-

serte Fragenkataloge für die Formulierung von Umwelt-Stellungnahmen wurden im Rohentwurf erarbeitet.

Für die optimale Berücksichtigung von Umweltbelangen genügen Umweltverträglichkeitsprüfungen allein nicht. 2001 wurde der Boden soweit aufbereitet, dass die Produktion dieser Grundlagen mit Beginn 2002 in Angriff genommen werden kann. Im Vordergrund der Aufbereitung stand die Synthese von Armutsbekämpfung, Förderung der Geschlechtergleichstellung und Umweltschutz.

In den Bereich der Querschnittsaufgabe fällt u. a. die Betreuung **spezifischer Umwelt-Projekte**, die zum Erhalt und zur nachhaltigen Nutzung der tropischen Wälder beitragen. Ein Projekt wurde abgeschlossen, ein neues Vorhaben wurde gestartet:

Das **Centro Pesquisa Indígena** in Brasilien konnte mit Hilfe österreichischer Mittel die Zusammenarbeit mit indigenen Gemeinschaften in Amazonien insgesamt zu einem positiven Abschluss bringen. Die partizipativ mit den Indigenen erarbeiteten Fischerei-Nutzungspläne bilden eine wichtige innovative Grundlage, um die nachhaltige Ernährungssicherheit der Bevölkerung zu verbessern.

Der **Conselho Nacional dos Seringueiros** (CNS), der Dachverband der Kautschuksammler Brasiliens, berät die Kautschuksammler und andere „Extrativistas“ und ist deren politisches Sprachrohr. Um diese Aufgaben effektiver erfüllen zu können, baut der CNS in mehreren Regionen Amazoniens regionale Vertretungen auf. Die ÖEZA unterstützt diesen Aufbau voraussichtlich bis 2003.

Besonders das zweite Halbjahr stand im Zeichen der Vorbereitungen für den World Summit on Sustainable Development – WSSD, der im September 2002 in Johannesburg stattfinden wird. Unter anderem wurde ein Beitrag für die Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie formuliert.

2. Prinzipien

2.1 Gender

Die ÖEZA geht davon aus, dass nachhaltige Entwicklung nur erzielt werden kann, wenn **Frauen und Männer gleichberechtigt und gleichwertig** am Entwicklungsprozess beteiligt sind und diesen mitgestalten können.

Eine wesentliche Vorbedingung für die effektive und effiziente Gestaltung von Programmen und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit sind die Analyse der geschlechtsspezifischen Rollen und Verantwortlichkeiten im jeweiligen Kontext sowie Maßnahmen zur Beseitigung existierender Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten.

Gender-Mainstreaming als Instrument zur Erreichung von Gender-Equality ist seit 2001 auch im österreichischen bzw. europäischen Kontext verankert. Die Entwicklungszusammenarbeit war Vorreiterin für diesen Prozess.

Im Berichtszeitraum ist es gelungen, Gender-Mainstreaming zu einem integralen Bestandteil der Programmierung zu machen. Gender-Aspekte werden gemeinsam mit den anderen Querschnittsthemen schon am Beginn der Planung eingebracht. Zum Beispiel sollen im Rahmen des Indikativprogramms in der Kooperation der ÖEZA mit Kap Verde bereits die Grundlagen für die Definition des Beitrags zur Armutsbekämpfung und Gender-Equality geschaffen werden, eine Bestandsaufnahme der Armut- und Gender-Situation in Kap Verde war für den Beginn des Jahres 2002 vorgesehen.

Eine aktive Auseinandersetzung mit dem Mainstreaming-Ansatz erfolgte auch im Zuge der Erstellung der Sektorpolitiken für Wasser und Siedlungshygiene, Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe sowie Ländliche Entwicklung. Um gender-

sensible und armutsorientierte Zugänge und Betrachtungsweisen in der ÖEZA weiter zu stärken, sollen im Jahr 2002 – aufbauend auf den bereits vorhandenen Grundlagen – Leitlinien für die Berücksichtigung von Gender-Equality im Projekt- und Programmzyklus formuliert sowie Handreichungen zu einzelnen Themen erarbeitet werden.

Im Rahmen von Projekten wurden eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen und Aktivitäten gesetzt, die einen Beitrag zu Gender-Equality darstellen. Der Anteil jener Projekte, die Gender-Anliegen gezielt verfolgen und die Kriterien zur Gleichstellung von Frauen und Männern erfüllen, lag im Jahr 2001 mit 44,61 Prozent über der Marke der vergangenen Jahre (2000: 31,18%, 1999: 39,55%). Durch Gender-Trainings und verstärkte Einbindung von Gender-Expertise in die Projektplanung und -durchführung wurde die Sensibilität für die Gleichstellungsfragen bei den AkteurInnen weiter erhöht.

Neben dem integrierten Gender-Mainstreaming-Ansatz in den Programmen und Projekten fördert die ÖEZA auch Maßnahmen, die Frauen direkt

zugute kommen und ihre Rechte sowie die Entscheidungskraft stärken. Dazu zählen Maßnahmen wie Trainingskurse für Gemeindevertreterinnen in Uganda oder Südafrika, Bereitstellung von gender-sensibler Rechtsberatung und Rechtsbildung in Namibia, die Unterstützung von Frauenhäusern sowie Kampagnen zur Gewalt gegen Frauen, an denen sich auch immer mehr Männer beteiligen.

Österreich arbeitet in der Arbeitsgruppe des DAC zu „Gender Equality and Women's Empowerment“ mit. Bei den beiden Treffen 2001 stand die Erstellung von Leitlinien zum Sector Wide Approach im Vordergrund. Im November 2001 beteiligte sich die Arbeitsgruppe an der Konferenz „Gender Budget Initiatives“, die während der EU-Präsidentschaft Belgiens in Brüssel stattfand. Ein wichtiges Thema war die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrates vom 31. Oktober 2000, die u.a. die besondere Rolle der Frauen bei der Konfliktlösung und -vermeidung hervorhebt.

Weiters ist Österreich auch in der Gender-Expert-Group der Europäischen Union vertreten.

2.2 Ownership / Partnership

In den meisten Programmländern der ÖEZA wurden von den Partnerregierungen und von Bürgerbewegungen deutliche Schritte in Richtung „Ownership“ gesetzt. Nationale Politiken zur Armutsbekämpfung wurden mit Engagement begonnen oder fortgesetzt, und in zunehmendem Maß wird „NEX“ (=national execution) als Finanzierungsform gewünscht.

Der Ansatz der ÖEZA zur Beteiligung an gemeinsamen Sektorentwicklungsfonds blieb noch bescheiden, da zahlreiche vertragliche Verpflichtungen im Rahmen von Projektabkommen

wahrzunehmen sind und generell wenig Raum für neue Finanzierungen offen stand.

Der vorhandene Grundkonsens der internationalen Gemeinschaft in Richtung Konzentration auf Armutsüberwindung brachte auch deutliche Fortschritte beim koordinierten Programmieren und Planen. Festzustellen ist, dass die meisten Geber sich mittlerweile tatsächlich an gemeinsame Prioritätensetzungen halten und – auch wenn sie nicht an gemeinsamen Sektorfinanzierungen teilnehmen – ihre Aktivitäten im Einklang mit den nationalen Plänen durchführen.

„Ownership“ bedeutet jedoch auch im Kontext von Projekten, jeden vorhandenen Raum für eigenverantwortliche Entscheidungskompetenz der Partnerinstitution zu nutzen, klare Übergangsphasen für Verantwortungen zu definieren und Aktivitäten geordnet zu übergeben. Übertragung von Verantwortung darf jedoch nicht als vorschnelle Aktion erfolgen, sondern wohl überlegt nach Schaffung der Managementkapazitäten bei der Partnerinstitution.

Der nächste Schritt muss nun in Richtung aussagekräftiger gemeinsamer Indikatoren für Fortschritte getan werden, eine wesentliche Voraussetzung für ein umfassendes Evaluierungssystem, das nicht mehr nur auf Zahlungen beschränkt ist, sondern Ergebnisse misst und Wirkungszusammenhänge klärt. Eine Arbeitsgruppe beim DAC hat sich diesem gesamten Problembereich gewidmet und wird Ende 2002 Anwendungsregeln verabschieden.

2.3 Integration in das soziokulturelle Umfeld

In der Entwicklungszusammenarbeit treffen unterschiedliche Kulturen und Gesellschaften aufeinander. Die gedeihliche Zusammenarbeit von Partnern mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund setzt **wechselseitig Verständnis und Verständigung** voraus. Dazu gehört das Interesse und die Bereitschaft zu einem tiefer gehenden Kennenlernen und die gegenseitige Achtung ebenso wie die darauf aufbauende Dialogkultur und das faire und offene Verhandeln der unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen, insbesondere in Konfliktsituationen. Die Beachtung und Förderung des kulturellen Erbes der Partner darf aber nicht zur Relativierung von allgemeingültigen Ansprüchen, wie der Respektierung der Menschenrechte, führen. Im Gegenteil: Die kritische Auseinandersetzung über kulturell bedingte Normen dient der Überprüfung der Maßstäbe und Standards auf beiden Seiten und hat damit globale Reichweite. Kulturelle Identität lebt und entwickelt sich wesentlich im Austausch.

Jede Zusammenarbeit soll möglichst weitgehend **Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten der Zielbevölkerung** einbeziehen.

Das Thema „Kultur und Entwicklung“ hat in den letzten Jahren in der internationalen entwicklungspolitischen Diskussion an Bedeutung gewonnen. Die ÖEZA reflektiert und berücksichtigt

verstärkt die **kulturelle Dimension von Entwicklung**, fördert Kreativität und Partizipation und entwickelt spezielle Projekte der Zusammenarbeit und des Austauschs auf kulturellem Gebiet. Fragen der kulturellen Voraussetzungen, der Einstellungen und Lebensweise wurden zum Beispiel bei der Evaluierung der Kleinkraftwerke in der Himalaya-Region genauso eingehend behandelt wie in der darauf folgenden Entwicklung eines Sektorprogramms Energie für Bhutan.

Um der Komplexität dieser Thematik besser Rechnung tragen zu können, bedarf es einer multidisziplinären Annäherung und einer Belebung durch einen breiteren Diskurs. Deshalb wurde eine Ad hoc-Arbeitsgruppe mit Expertinnen aus dem universitären wie auch dem Kulturbereich eingerichtet.

Beispiel: Entwicklungs- und Bildungstheater in Uganda

Die ugandische Theatergruppe Ndere Troupe gründete ein **landesweites Netzwerk von über 900 Kulturinitiativen**, die sich dem Entwicklungs- und Bildungstheater verschrieben haben. Auf kreative und spielerische Weise vermitteln sie der Bevölkerung auch in den entlegensten ländlichen Gebieten die brennenden Fragen des Landes – vom sparsamen Umgang mit Wasser über die Aids-Aufklärung bis zur Verfassungsdiskus-

sion. Inzwischen wurde in der Hauptstadt Kampala mit dem Bau eines Theaterzentrums begonnen, das Heimstätte für Ndere Troupe und zugleich Schlüsselstelle für das landesweite Theaternetzwerk sein soll.

Beim Theater-Festival 2000 wurden in 31 Bezirken Ugandas Vorentscheidungen für das Finale in Kampala durchgeführt. Die **steirische Musikgruppe Deishovida** hat damals eine dieser Gruppen im Südwesten des Landes besucht und

zum Festival begleitet, wo die österreichischen Ehrengäste von Tausenden Zuschauern begeistert gefeiert wurden.

2001 kam die an diesem Kulturaustausch beteiligte Musikgruppe „Big Five“ zum Gegenbesuch nach Österreich und absolvierte gemeinsam mit Deishovida eine viel beachtete und akklamierte Tournee.

2.4 Angepasste Technologie

Eine wichtige Voraussetzung für die soziale und ökonomische Entwicklung ist eine ausreichende, zuverlässige, kostengünstige und umweltschonende Energieversorgung – das gilt für Industrieländer genauso wie für die Länder der so genannten Dritten Welt. Rund zwei Milliarden Menschen haben laut Weltbank derzeit keinen Zugang zu Elektrizität. Vor allem im ländlichen Raum gibt es enorme Versorgungsschwierigkeiten. Da die meisten Entwicklungsländer sich erst im Aufbau ihrer Energiewirtschaft bzw. -versorgungsstruktur befinden, sind die Bedingungen günstig für eine möglichst rasche und breite Nutzung von ökologisch verträglicher erneuerbarer Energie als Alternative zu Kohle und teuer importierten fossilen Brennstoffen.

Beispiel:

Energie lokal produziert in Simbabwe

Seit 1998 fördert die ÖEZA den Aufbau von Produktions- und Vertriebsstrukturen für Solaranlagen. Gemeinsam mit dem Technology Development Centre (TDC) der Universität Simbabwe wurden Kollektoren entwickelt, die fast ausschließlich aus lokal verfügbaren Materialien hergestellt und zu einem erschwinglichen Preis angeboten werden können. Mit geringen

Änderungen können sie problemlos an die lokalen Erfordernisse angepasst werden und sind dadurch sowohl im ländlichen Bereich, wo keine Wasserversorgung über ein Leitungsnetz vorhanden ist, als auch im städtischen Bereich einsetzbar. Ein umfassendes Ausbildungsprogramm mit praktischen Übungen am TDC gewährleistet die Weiterentwicklung des Anlagensystems und die entsprechende Schulung von Fachkräften im Land. An neuen Anwendungsbereichen wird gearbeitet, wie beispielsweise solare Trockner für die Landwirtschaft, um eine größere Produktpalette anbieten zu können. Darüber hinaus wurden vier Handwerksbetriebe beim Aufbau und der Durchführung der Solaranlagenproduktion beraten und unterstützt. Über 200 Kleinanlagen und 6 größere Anlagen für Schulen wurden mittlerweile von diesen Firmen hergestellt und installiert. Die Nachfrage zeigt, dass sich ein regionaler Markt für Solartechnologie etablieren konnte.

Mit der Produktion von Solaranlagen werden mehrere Ziele verfolgt. In einem zukunfts-trächtigen, umweltrelevanten Bereich werden langfristig neue Arbeitsplätze geschaffen und lokale Handwerksbetriebe gefördert. Die Wert-

schöpfung bleibt im Land, weil auf kostenintensive Importe von Anlagen oder Ersatzteilen verzichtet werden kann. Im ländlichen Bereich, wo Brennholz die wichtigste Energiequelle darstellt, verringert die Nutzung solarer Energie die Abholzung und schützt dadurch das Land vor Bodenerosion. Die städtischen Randgebiete sind zwar meist an das Wasser- und Stromnetz angeschlossen, allerdings ist die Stromversorgung oft zeitlich limitiert. Mit Kollektoren funktioniert die Warmwasserbereitung dauerhaft, verbessert den

Hygiene- und Komfortstandard in den Haushalten und erleichtert den Frauen ihre tägliche Arbeit – sowohl am Land als auch in der Stadt. Der verstärkte Umstieg auf Solarenergie reduziert nachhaltig die Schadstoffemissionen der Braunkohlekraftwerke und verringert die Abhängigkeit vom Import teurer fossiler Brennstoffe. Und das wird sich langfristig sowohl auf Simbabwe Handelsbilanz als auch auf das globale Ökosystem positiv auswirken.

3. Sektorarbeit

3.1 Wasser und Siedlungshygiene

War im Jahr 2000 die internationale Diskussion im Sektor Wasser und Siedlungshygiene geprägt durch die Präsentation der „World Water Vision“ für das Jahr 2025, so verlagerte sich der Schwerpunkt der Diskussion 2001 auf die Formulierung konkreter Umsetzungsstrategien und Möglichkeiten, im politischen Sinne eine breitere Unterstützung für die Umsetzung der „World Water Vision“ zu erlangen. Vor allem die „International Freshwater“-Konferenz in Bonn sollte das Thema Wasser verstärkt in den Blickwinkel der internationalen politischen Agenda rücken und wesentliche inhaltliche Vorbereitungen zum geplanten Weltgipfel in Johannesburg 2002 leisten.

Innerhalb der EU-WasserexpertInnen-Gruppe wurde eine intensive Diskussion über die Formulierung eines politischen Papiers zum Thema „Wasserwirtschaft in Entwicklungsländern – Politische Grundsätze und Prioritäten für die Entwicklungszusammenarbeit der EU“ gestartet. Österreich konnte in diese Diskussion wesentliche Punkte aus der im Jahr 2001 neu herausgegebenen Wassersektorpolitik der ÖEZA einbringen, wie z. B. die Betonung von alternativen und auf dem

natürlichen Nährstoffkreislauf basierenden Ansätzen in der Siedlungshygiene.

Neben der Teilnahme am internationalen Dialog über generelle Schwerpunkte und politische Grundsätze im Sektor wurden internationale Konferenzen, wie die Internationale Regenwasserkonferenz in Mannheim, und das Stockholm Water Symposium auch in diesem Jahr wieder erfolgreich dazu genutzt, bewährte und neue Lösungen in der konkreten Umsetzung zu diskutieren und den Kontakt mit internationalen Fachorganisationen aufrecht zu erhalten. Einzigartig in seiner Konzeption und Zielsetzung ist besonders der von der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit organisierte Aguasan Workshop zum Thema „From Sector Reform to Sector Revolution“ hervorzuheben. Hier wurde thematisiert und bewusst gemacht, wie viele Entscheidungen und Aktivitäten der zahlreichen Akteure im Wassersektor oft unbewusst von Paradigmen und fixen Vorstellungen beeinflusst werden und dadurch den Blick für notwendige Veränderungen und neue Ansätze im Umgang mit der Ressource Wasser erschweren.

Ein solcher notwendiger Paradigmenwechsel vor allem in der Siedlungshygiene ist die Abkehr von „end of pipe“-Lösungen hin zu Lösungen, die dem Konzept von ecological sanitation entsprechen. Ecological sanitation und die Umsetzungen in den Projekten und Programmen war daher thematischer Schwerpunkt in diesem Jahr. Unterstrichen wurde dieser Arbeitsschwerpunkt auch dadurch, dass in Zukunft ein österreichischer Experte beim „Water and Sanitation Programme“ der Weltbank seine Erfahrung zum Thema „ecological sanitation“ aus den von ÖEZA finanzierten Projekten mit einbringen wird.

Die bisher entwickelten Wassersektor- bzw. Regionalprogramme in Uganda, Mosambik, Kap Verde, Tansania und Kenia mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von ca. 2,18 Mio. EUR (30 Mio. ATS) im Jahr 2001 zeigen im Wesentlichen sehr positive Auswirkungen. Auch in Palästina konnte das Wasserprojekt im Gaza Streifen trotz sehr schwieriger Bedingungen weitergeführt werden.

So konnten in diesem Jahr zum Beispiel im **Südwesten Ugandas** (durch das Southwestern Towns Water and Sanitation Projekt) Wasserversorgungs- und Siedlungshygieneanlagen in den geplanten, aber noch ausstehenden Städten durchgeführt und im Norden des Landes die Wasserversorgung der Stadt Kitgum fertiggestellt werden. In der Südwest-Region sind damit alle geplanten 18 Städte der ersten Programmphase fertig gestellt und werden derzeit von der ugandischen Regierung kommissioniert. Für eine weitere Programmphase wurden mit den regionalen Wasserbehörden im Rahmen einer „Project Formulation Mission“ 30 weitere Kleinstädte ausgewählt. Die Durchführung des Programms wird entsprechend der raschen politischen Entwicklung in Uganda in enger Zusammenarbeit mit lokalen, regionalen und nationalen Institutionen stattfinden. Ein wichtiger

Entwicklungsschritt dabei ist der Aufbau einer regionalen Dachorganisation für die bestehenden Wasserversorgungen, die auch Dienstleistungen für die neuen Gemeinden in der generellen Planung, Mobilisierung und Qualitätskontrolle anbieten soll.

In **Kenia** wurde die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der lokalen NGO „Kenyan Water for Health Organisation“ (KWAHO) fortgesetzt, die ca. 15.000 EinwohnerInnen und 4.000 Schulkinder in ländlichen Kommunen mit Trinkwasser versorgt. Auch in diesen Programmen wird in weiterer Folge eine Dachgenossenschaft für die Unterstützung der bestehenden Versorgungen und als langfristige eigenständige Struktur entwickelt.

In **Mosambik** zeigte 2001 die intensive Vorbereitungs- und Ausbildungsphase des Wasserversorgungsprojektes PAARSS (Projecto de Abastecimento e Agua Rural e Saneamento em Sofala) Wirkung und befindet sich derzeit in einer intensiven Bauphase. Die regionalen und lokalen Institutionen des Wassersektors werden unterstützt, um die Entwicklung nachhaltiger Strukturen zu ermöglichen. Große Probleme entstanden im Projekt ARA (Administracao regional das Aguas) Centro, da die dezentralisierten wasserwirtschaftlichen Behörden das ambitionierte Programm nicht umsetzen konnten. Verhandlungen mit der nationalen Wasserbehörde werden nun darüber geführt, wie ein PPP Modell (private-public partnership) eine Lösung bringen könnte.

Auf den **kapverdischen Inseln** (CVI) befanden sich alle vier Projekte des Sektorprogramms Wasser & Dezentrale Verwaltung im Jahr 2001 in der Endphase. Die gewählte Strategie, Projekte auf allen Einflusssebenen schwerpunktmäßig im Softwarebereich anzusetzen, erwies sich als erfolgreich, da sie der missglückten harten Privatisierung im Wasserbereich sinnvolle Modelle für die ländlichen Gemeinden anbietet. Im Projekt

Servicios Autonomos wurden die Wasserversorgungsbetriebe der fünf Gemeinde-Städte für einen selbstständigen und wirtschaftlichen Betrieb vorbereitet. Im ländlichen Bereich wurde im Einzugsgebiet Ribeireta eine landwirtschaftliche Wassergenossenschaft gegründet, welche die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität in Randlagen, die Vermarktung der Produkte und den Schutz der Ressourcen zum Ziel hat. Auch auf den Kapverden zeigten sich allerdings bei der Einführung von Strukturen zur wasserwirtschaftlichen Verwaltung relativ große Schwierigkeiten, deren Überwindung noch Zeit braucht.

Neben den Aktivitäten in den Regionalprogrammen in ländlichen Regionen wurden im Jahr 2001 auch noch die Programme für urbane Gebiete, wie die Engpassbehebung der Wasserversor-

gung für Kigali (Ruanda) und Kitgum (Uganda) sowie die Verbesserung des gemeindeeigenen Wasserversorgungssystems in Quetzaltenango (Guatemala), mit einem Finanzierungsvolumen von ca. 1,45 Mio. EUR (20 Mio. ATS) weitergeführt.

Probleme im Sektor treten besonders im Bereich der Siedlungshygiene auf, die vor allem auf das mangelnde Problembewusstsein der lokalen Bevölkerung und unzureichende Lösungen, mit dem Abwasserproblem fertig zu werden, zurückzuführen sind. Einen weiteren Problembereich stellt auch das wasserwirtschaftliche Management von Einzugsgebieten dar. Beide Themenkreise werden daher in der weiteren Sektorarbeit vertieft zu behandeln sein.

3.2 Bildungszusammenarbeit

Im Jahr 2001 wurden in den drei Bereichen Grundbildung, berufliche und tertiäre Aus- und Fortbildung die Aktivitäten in den Ländern mit Schwerpunkt „Bildung“ – Burkina Faso und Kap Verde – auf ihre Wirksamkeit hin reflektiert, um die Programme weiterzuentwickeln und noch näher am Bedarf des Partnerlandes zu orientieren. Für Burkina Faso wurde das Landesektorprogramm „Berufsbildung“ überarbeitet und fortgeschrieben.

Im Schwerpunktland **Äthiopien** wurden die **wissenschaftliche Kooperation** und die **Forschung** zwischen fünf äthiopischen Institutionen und österreichischen Universitäten in den vergangenen zwei Jahren auf solide Beine gestellt. Derzeit studieren 54 ÄthiopierInnen in Österreich, besuchen Speziallehrgänge oder absolvieren Forschungsaufenthalte (Doktorat: 36, kurzzeitige Forschung: 5, Lehrgänge: 13). Der Frauenanteil ist leider marginal.

In Ländern, in denen der Sektor keinen Schwerpunkt im bilateralen Programm darstellt, wurde Bildungszusammenarbeit als **Instrument zur Stärkung der bilateralen Programme** eingesetzt. Die Erfahrungen mit den in Äthiopien und Uganda eingerichteten **Wissenschaftskooperationspools** haben gezeigt, dass sie sich für die Absicherung der Programme und zur Schaffung von Synergien zwischen den verschiedenen Teilprogrammen der ÖEZA bewähren (Äthiopien: Stärkung von Community Health, Uganda: Stärkung im Rechtssektor, Wasser und Community Health Program).

Mit dem **lokalen Stipendienfonds in Uganda** gelingt es sichtbar, das **lokale Fachkräftepotenzial auszubauen** und somit auch die lokalen bzw. dezentralen Kapazitäten zu stärken. Im 5. Jahr der Durchführung konnten wieder rund 50 Personen (davon die Hälfte Frauen) notwendige Aus- und Fortbildungen absolvieren.

Für das Partnerland **Nicaragua** wurde das **Teilprogramm für den Sektor „Soziales“** erarbeitet. Es ist das erste derartige Programm, das eine **Strategie** für den **Bildungssektor** formuliert, die sich primär an der instrumentellen Funktion von Bildung orientiert.

Die Studienförderung in Österreich wurde intensiv als Instrument zur Vernetzung der Programme der Partnerländer und für den Aufbau von Kapazitäten und Institutionen im Süden eingesetzt. Die **Studienförderungsprogramme** der ÖEZA ermöglichten 833 Personen aus Entwicklungsländern eine postgraduale Ausbildung bzw. die Durchführung von Forschungsarbeiten in Österreich. Einige neue Wissenschaftskooperationen sind 2001 entstanden.

Als Teil eines laufenden Reflexions- und Weiterentwicklungsprozesses der Programme zur Qualitätssicherung der Bildungszusammenarbeit wurde die Evaluierung des Postgraduierten Lehrgangs in Limnologie (IPGL) abgeschlossen. Das Ergebnis zeigt, dass die Umstrukturierung des Lehrgangs die Qualität der Ausbildung und die nachhaltige Wirkungsweise des IPGL gestärkt hat. Der Aufbau der wasserrelevanten Institute an der Makerere Universität in Uganda und an der Egerton Universität in Kenia steht in engem Zusammenhang mit IPGL.

Die Arbeit auf **internationaler Ebene** stand ganz im Zeichen der Erarbeitung von Lösungs- bzw. Umsetzungsmöglichkeiten der im Jahr 2000 im Rahmen der globalen Bildungskonferenz „Bildung für Alle“ (Dakar) gemeinsam vereinbarten Ziele und Vorhaben.

Außerdem wurden verschiedene praktische Handreichungen erstellt, wie beispielsweise ein Grundlagenpapier für die instrumentelle Funktion der Bildung in der EZA, ein Informationspaket für Bildungszusammenarbeit in Schwerpunktländern sowie ein Überblick über die Dienstleistungen aus

der Sekordatenbank. Letztere konnte weiter konsolidiert werden. Sie stellt mittlerweile ein unerlässliches Instrument für die Planung von Bildungsvorhaben wie auch für die Beantwortung der ständig zunehmenden Zahl von internationalen und internen Anfragen im Bereich der Bildungszusammenarbeit dar.

Die 2000 erfolgte Restrukturierung des **„Kontaktkomitees Studienförderung Dritte Welt“** zu einem umfassenden Gremium für die Bildungszusammenarbeit konnte konsolidiert werden. Im Zentrum der Arbeit des KKS stand die Thematik der Entrichtung von Studienbeiträgen für Personen aus Entwicklungsländern im Zusammenhang mit der Novellierung des Hochschultaxengesetzes 1972. Durch das Engagement vieler betroffener Institutionen und den besonderen Einsatz des Außenministeriums konnte erreicht werden, dass Studierende aus Entwicklungsländern die Rückerstattung der Studienbeiträge beantragen können.

Erfahrungsaustausch und Dialog wurden auch auf internationaler Ebene intensiv weitergeführt. In der EU-ExpertInnengruppe wie auch in der Internationalen Arbeitsgruppe für Erziehung (IWGE) wurde vor allem über die Erfahrungen mit der Umsetzung von ‚Sector Wide Approaches‘ und die sich daraus ableitenden Konsequenzen für die Weiterentwicklung dieses Ansatzes diskutiert. In der Internationalen Arbeitsgruppe für ‚Skills Development‘ drehte sich die Diskussion rund um das Thema non-formale Bildung und Entwicklung von Fähigkeiten/Fertigkeiten für die Menschen im informellen Sektor.

Im Oktober 2001 fand die Biennale der Plattform für Entwicklung von Bildung in Afrika, ADEA, statt. Im Mittelpunkt standen hier der Austausch über und die Präsentation von erfolgreichen Bildungsmaßnahmen, die Modellcharakter und eine entsprechende Breitenwirkung haben.

3.3 Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Bereits zu Beginn des Jahres 1999 wurde ein Entwurf zur Sektorpolitik „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“ vorgestellt, der noch den entwicklungsstrategischen und programmpolitischen Vorstellungen der 90er Jahre verpflichtet war und aufgrund neuer Erkenntnisse und Entwicklungen der internationalen EZA adaptiert wurde.

Von der Europäischen Kommission wird seit geraumer Zeit eine Angleichung der Sektorpapiere der einzelnen EU-Mitgliedstaaten angestrebt, um bestehende Synergien besser nützen zu können.

In diesem Sinn wurde der begonnene Austausch und die Diskussion von rezenten Erfahrungen und Erkenntnissen im Rahmen von ExpertInnen-treffen der Europäischen Kommission bzw. anderer Foren (wie Weltbank) genutzt, um den internationalen Entwicklungen entsprechend neue Ideen und Konzepte aus dem Bereich Ländliche Entwicklung einfließen zu lassen.

Im Gegensatz zum ersten Entwurf einer Sektorpolitik, in der die landwirtschaftliche Komponente stärker im Mittelpunkt stand, wird nunmehr – dem modernen internationalen Verständnis folgend – die Bezeichnung Ländliche Entwicklung eher als Überbegriff verstanden denn als Sektor im eigentlichen Sinn.

Dieser **aktualisierte Entwurf** einer **Sektorpolitik** zur „Ländlichen Entwicklung“ wurde Ende 2001 im Rahmen eines Treffens der LandesektorreferentInnen behandelt, an dem auch RepräsentantInnen anderer Sektoren und Querschnittsthemen teilnahmen, was eine Auseinandersetzung im breiten Rahmen erlaubte. Der Entwurf orientiert sich am obersten Prinzip der

Armutsorientierung und fordert eine noch stärkere Konzentration auf integrierte und mehrjährig verbindliche Programme statt der früher üblichen Einzelmaßnahmen. Größtes Augenmerk wird heutzutage der grundlegenden Analyse der Entwicklungshemmnisse und -potenziale auf nationaler und auch lokaler Ebene geschenkt. Darüber hinaus ist man bestrebt, sämtliche Analysen, Strategien und nicht zuletzt die Konzeption ländlicher Entwicklungsvorhaben an den in den Entwicklungsländern stattfindenden Prozessen zu orientieren. Dies bedeutet, Landesprogramme im höchstmöglichen Maß dem **Comprehensive Development Framework** (CDF) anzupassen und neue Formen der Kooperation – wie etwa Sector Wide Approaches (SWAp) oder das Basket Funding von Komponenten des PRSP – in Erwägung zu ziehen.

Wichtig sind weiters die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion im Einklang mit der **Erhaltung bzw. Schaffung natürlicher Ressourcen** sowie die Förderung von Austauschbeziehungen und Märkten zur Erhöhung der Einkommen. Auch die gezielte Förderung von **Bildungs- und Beratungseinrichtungen** sowie von **Interessensvertretungen** der lokalen Bevölkerung, die die Partizipationsmöglichkeiten an der Umsetzung der jeweiligen nationalen Politik gewährleisten sollen (human resource development und empowerment), spielen eine bedeutende Rolle. Entscheidend sind ferner Maßnahmen des **Institution and Capacity Building** lokaler Organisationen und einheimischer Fachkräfte, von welchen ein entscheidender Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen erwartet werden kann. Einen besonderen Schwerpunkt bilden Programme zur Dezentralisierung.

Beispiele des österreichischen Engagements auf diesem Gebiet sind die **Distriktentwicklungsprogramme** in Kisoro (Uganda) und Kasulu (Tansania), wo Planungsunterstützung und Managementtraining sowie Förderungen im produktiven Sektor und in der Wasserver- und Abwasserentsorgung erfolgen. In **Uganda** ist der Prozess der Dezentralisierung schon weit fortgeschritten, die Unterstützung des Distrikts Kisoro wird indirekt über den nationalen Poverty Action Fund abgewickelt.

Tansania steht diesbezüglich noch ein weiter Weg bevor, daher erfolgt eine direkte Unterstützung des Distrikts Kasulu mit dem Schwerpunkt auf produktive Bereiche sowie Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung auf allen Ebenen. Eine weitere Unterstützung auf Distriktebene wird in Ngorongoro angestrebt, wobei derzeit Vorbereitungen zur Integration laufender Vorhaben in den Distrikt sowie die Unterstützung der Distriktverwaltung bei der Erstellung eines Distriktentwicklungsplans im Vordergrund stehen.

Das Thema "**Dezentralisierung**" stand im Jahre 1999 auf der Tagesordnung der Koordinatorentagung. Ein erster Entwurf für Leitlinien und Strategien zur Dezentralisierung wurde erarbeitet, der nach erfolgter Aktualisierung und Adaptierung erneut zur Diskussion gestellt werden soll. Außerdem wurde mit der Erarbeitung einer länderübergreifenden Strategie zur Distrikt-

entwicklung und Dezentralisierung im Raum Ostafrika begonnen.

In **Äthiopien** steht Dezentralisierung eher unter dem Schlagwort „Regionalisierung“ auf dem Programm, da hier den Regionen eine wichtige Rolle bei der Planung und Umsetzung lokaler Entwicklungsvorhaben zukommt. 2001 wurde eine Zusammenarbeit mit der Region Amhara im Bereich Ernährungssicherung begonnen, wobei das betreffende Subprogramm diesbezügliche Strategien festgelegt. Darüber hinaus nimmt das Thema „Dezentralisierung“ auch im Subprogramm „Gender and Democracy“ eine wichtige Position ein.

In der Region Westafrika wurde das Thema „Dezentralisierung“ im Rahmen der Erarbeitung des Landesektorprogramms zur ländlichen Entwicklung in **Burkina Faso** mit den Schwerpunkten lokale Ökonomie und menschliche Entwicklung aufgegriffen.

Tendenzen einer intensiveren Auseinandersetzung mit diesem Thema gibt es in **Senegal** sowie in **Mosambik**, wo die Erarbeitung von Entwicklungsplänen auf Ebene der Provinzen bzw. Distrikte vorgesehen ist.

Auf **Kap Verde** ist dieses Thema im Rahmen der Unterstützung des Aufbaus kommunaler Betriebe zur Wasserversorgung von Bedeutung.

3.4 Mikro-, Klein- und Mittelbetriebsförderung

Die erste Strategie für Mikro-, Klein- und Mittelbetriebsförderung (MKMB) wurde 1996 verfasst. 2001 wurde nun eine neue MKMB-Policy erarbeitet, in die auf Basis der inzwischen gewonnenen Erfahrungen neue Ansätze zusätzlich eingebracht wurden. Die Strategie umfasst die Stärkung der Marktposition der MKMB, die Öffnung des Zugangs zu Finanzierung, Information und Know-how für MKMB sowie das Mitwirken an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Aktivitäten der Zielgruppe.

Bei den Instrumenten ergaben sich folgende **Verbesserungen**:

- Auf internationaler Ebene unter Beteiligung der ÖEZA seit 1997 entwickelte neue Ansätze im Bereich Dienstleistungen für Kleinbetriebe (wie Vermarktung, Weiterbildung, Beratung etc.) werden nun angewandt (siehe BDS Richtlinien – Business Development Service).
- Im Bereich Mikrofinanzierung wurden 2000 und 2001 neue Produkte entwickelt (z.B. Mikro-Versicherungen, Money Transfer für kleine Beträge) und auf Basis von internationalen Diskussionen sowie ÖEZA-internen Evaluierungen der letzten zwei Jahre wurden die Microfinance-Prinzipien der ÖEZA weiterentwickelt (siehe Microfinance-Prinzipien).
- Weiters wurden 2000 **Erfolgsfaktoren für Unternehmerinnen** herausgearbeitet sowie Lessons learned in die **Umsetzungsvorschläge für einzelne Instrumente** (z.B. Netzwerkbildung) eingearbeitet (2000, 2001).

Die erwähnten Microfinance-Prinzipien, die auf Basis von **8 Evaluierungen** von Microfinance-Instituten erarbeitet wurden, wurden 2001 beim

Microcredit Summit in New Delhi sowie in **Luxemburg** (anlässlich der Präsentation von EU-Evaluierungen) präsentiert. Im **Senegal** und in **Burkina Faso** wurden 2001 diese Microfinance-Prinzipien ebenfalls vorgestellt, diskutiert und um neue Punkte ergänzt.

Weiters wurde in diesem Bereich der **Austausch** von Geschäftsführern asiatischer und latein-amerikanischer **Microfinance-Institutionen** auf dem Microcredit Summit in New Delhi und in Mexiko finanziert. Zum Thema „Money Transfer“ für kleine Beträge in Ostafrika wurde 2001 eine **Studie** finanziert und international präsentiert.

Im Bereich **Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben** wurde über die Deckung des diesbezüglichen Bedarfs in Arbeitsgruppen von multilateralen und bilateralen Gebern weiter diskutiert. **Kooperationsmöglichkeiten** wurden entwickelt, die lokale Banken und internationales Know-how zusammenführen und damit die Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben verbessern.

Im Rahmen einer internationalen, durch die ILO organisierten Diskussion über Erfahrungen im Bereich der oben bereits angesprochenen BDS-Richtlinien, wurden die „lessons learned“ der ÖEZA mit den **BDS-Richtlinien im ländlichen Raum** dargestellt (Turin 2001).

Projektbeispiele im Bereich Microfinance

Im **Senegal** wurde der Aufbau von Spar- und Kreditgruppen im ländlichen Raum unterstützt, die kostendeckend agieren und Einkommen schaffende Tätigkeiten wie Landwirtschaft, Viehzucht und Kleinproduktion fördern. Die Gruppen werden in Zukunft auch ländliche Klein Händler als Mitglieder akzeptieren.

Trotz besonders schwieriger wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen konnten in **Simbabwe** Spargruppen in ländlichen Gebieten, deren Mitglieder auch intern Kredite vergeben, aktiv bleiben. Sie erhielten für die Bewältigung dieser schwierigen Situation Beratung durch den Projektpartner.

Projektbeispiele im Bereich Dienstleistungen

In **Nicaragua** wurden erfolgreich Projekte zur Vermarktung lokaler landwirtschaftlicher Produkte (Zierpflanzen, Nüsse etc.) unterstützt. Dabei konnte ein Teil der Produkte bereits exportiert werden, für einen anderen Teil wurden lokale Märkte erschlossen.

In **Mosambik** wurde ein Holzcluster (Netzwerk von holzverarbeitenden Betrieben) gefördert, das nun eine kostendeckende Werkstatt zur Anmietung von Maschinen betreibt und ein Büro für gemeinsame Vermarktung aufgebaut hat. Die teilnehmenden Kleinst- und Kleinunternehmen haben in den letzten drei Jahren ihre Umsätze um ein Vielfaches gesteigert.

In **Simbabwe** wurden Kleinunternehmen dabei unterstützt, ihre Produkte für den nationalen und internationalen Markt auf einer gemeinsamen Web Site zu präsentieren, indem ein gemeinsames Portal für die teilnehmenden Unternehmen errichtet wurde.

3.5 Energie

Seit vielen Jahren repräsentiert der Energiesektor einen auf wenige Projekte konzentrierten, aber in seiner Umsetzung kapitalintensiven Bereich der ÖEZA. Die Verfügbarkeit erschwinglicher Energie in ausreichender Menge ist gerade für die ärmeren Schichten und die ländliche Bevölkerung in Entwicklungsländer nicht gegeben. Laut Angaben der Weltbank haben etwa zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zu modernen Energieformen.

Das Jahr 2001 stand vor allem im Zeichen der **konzeptiven Planung und Überprüfung** der bisherigen Vorgangsweise. Ausgehend von der detaillierten Evaluierung der Projekte Namche Bazar und Rangjung im Himalaja, wurden die Auswirkungen ländlicher Elektrifizierung auf das Leben und den Lebensraum untersucht. Die daraus gewonnenen Daten für Umweltschutz, Armutsbekämpfung, Gesundheit und Gender-Anliegen bildeten die Basis für die Erarbeitung von mittelfristigen Energieprogrammen.

Während 2001 für das Schwerpunktland **Bhutan** ein **Sektorprogramm Energie** erstellt wurde, konnte eines für **Äthiopien** bereits in Kraft gesetzt werden. Die Schwerpunkte der enthaltenen Programmschienen konzentrieren sich auf Ausbildung und Weiterbildung, kleine Wasserkraftwerke und ländliche Energie, wobei hier besonders an den vernünftigen Umgang mit Brennstoffen und Ressourcenschutz gedacht wurde.

Die Initiativen im Bereich der internationalen Kooperation, wie der Einberufung und Unterstützung des „**Global Forum on Sustainable Energy**“ in Laxenburg im November 2001 und die aktive Rolle als Co-Vorsitz des runden Tisches „Energie“ im Rahmen der **LDC III Konferenz** in Brüssel, unterstreichen das Engagement der ÖEZA im Energiesektor.

Der **operative Bereich** stand 2001 im Zeichen der erfolgreichen **Inbetriebsetzung** des Kraftwerkes **Basochhu** in Bhutan. Auch die Ergänzungsarbeiten beim Kraftwerk **Rangjung** wurden

abgeschlossen. Zur Sicherung der getätigten Investitionen wurde ein mehrjähriges Programm zur Unterstützung in der optimalen Betriebsführung und ein Trainingsprojekt für die Betriebs- und Erhaltungsmannschaft begonnen. Als Ergänzung zum Kraftwerk Basochhu erfolgte über das Department of Power die Bereitstellung der Mittel zur Elektrifizierung der in der Umgebung des Kraftwerkes befindlichen Bauernhöfe.

Auf Initiative der ÖEZA gelang es erstmals, ein Industrieprojekt als Folgeprojekt zum Engagement in Basochhu für die österreichische Wirtschaft zu sichern. Die Verträge für ein weiteres Kraftwerk bei Rurichhu konnten unter der Schirmherrschaft der ÖEZA im September 2001 unterschrieben werden. Die ÖEZA wird die entwick-

lungspolitische Komponente dieses Projektes begleiten und den bhutanischen Bauherren bei der Bauaufsicht und Qualitätssicherung unterstützen.

Die Arbeiten in den anderen Projekten, die sich neben Bhutan auf **Äthiopien** konzentrierten, wurden programmgemäß abgewickelt.

Zahlreiche weitere Energieaktivitäten wurden 2001 verstärkt in andere Sektoren integriert. Damit wurde mit Erfolg der Ansatz verstärkt, dass Energie nicht primär als selbstständiger Sektor, sondern vielmehr als Initiator für die Verbesserung der Ernährungssicherheit und der wirtschaftlichen Situation der ärmsten Bevölkerungsteile – besonders in ländlichen Gebieten – fungiert.

3.6 Gesundheit

Im Rahmen der ÖEZA ist Gesundheit – abgesehen von den Programmen in nachgenannten vier Ländern – kein sektoraler Schwerpunkt. Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitssituation sind meist in Programmen anderer Sektoren eingebunden.

Das Jahr 2001 war geprägt von wichtigen internationalen Aktivitäten zur Bekämpfung von HIV/Aids. Viele Entwicklungsländer – v.a. in Afrika südlich der Sahara – haben sich ernsthaft dazu bekannt, diese Herausforderung auf allen Ebenen aufzunehmen. Im Berichtszeitraum erfolgten wesentliche Weichenstellungen bis hin zu konkreten Umsetzungsstrategien.

Österreichische Projekte der Gesundheitsförderung verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, das heißt, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte werden berücksichtigt.

Im Berichtszeitraum förderte die ÖEZA die Ausweitung bzw. Konsolidierung von bereits bestehenden Programmen in Äthiopien, Tansania, Nicaragua und Palästina.

Auf dem Gebiet der Spezialisierung in Community Health Care konnte dieser Bereich hinsichtlich personeller Kapazitäten wie auch institutionell in Äthiopien und Uganda weiter ausgebaut werden. Gemeinsame Feldforschungsprojekte haben sich bewährt, um die drängendsten Probleme dieser Länder zu untersuchen und weiterzuverfolgen. Diese Arbeiten werden jährlich publiziert.

Laufende Themen sind:

- reproduktive Gesundheit
- Familienplanung/Aufklärung
- Verhalten bei epidemischen Krankheiten
- HIV/Aids ...

Konkrete Beispiele zum Komplex HIV/Aids in Nicaragua und Äthiopien sind im Bericht 2000 näher ausgeführt. Sie laufen erfolgreich weiter.

Beispiel: Palästina - Union of Palestinian Medical Relief Committees

Die ÖEZA arbeitet mit der Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMRC) seit 1988 zusammen. 1979 als Freiwilligenorganisation von Ärzten und Gesundheitspersonal gegründet, hatte sie das Ziel, die Gesundheitsversorgung in den von Israel besetzten Gebieten zu verbessern, und konzentrierte sich von Anfang an auf die basis-medizinische Versorgung der Bevölkerung in abgelegenen ländlichen Gebieten und in Flüchtlingslagern. Gegenwärtig betreibt sie 25 Basisgesundheitskliniken und 7 spezialisierte Gesundheitszentren in der Westbank und im Gazastreifen. Die Kliniken versorgen rund 400 ländliche Gemeinschaften, die oft nur schwer oder gar keinen Zugang zu medizinischen Einrichtungen haben. Ihr Angebot konzentriert sich in erster Linie auf basismedizinische Betreuung und Vorsorgemedizin.

Einen weiteren wichtigen Arbeitsschwerpunkt von UPMRC stellt die 1984 gegründete „School of Community Health“ dar. Neben der Aus- und

Fortbildung von Gesundheitspersonal bietet UPMRC nunmehr auch eine systematische theoretische und praktische Ausbildung für Ärzte in Primary Health Care an. Dieses Ausbildungsprogramm wurde vom Gesundheitsministerium anerkannt und in den Nationalen Gesundheitsplan der Palästinensischen Autorität (PA) integriert.

UPMRC verfolgt eine Strategie, die davon ausgeht, dass die Menschen selbst Verantwortung für ihre unmittelbare Lebenswelt und ihre Gesundheit zu übernehmen haben. Deshalb verlangt sie von den PatientInnen nicht nur einen (symbolischen) Kostenbeitrag, sondern von den Gemeinden und Gruppen, die sie basismedizinisch versorgt, auch ein aktives Engagement für gesellschaftliche Belange. So werden durch Freiwilligenarbeit z. B. Kinder und Behinderte betreut oder Maßnahmen zum Schutz der Umwelt gesetzt.

Die UPMRC erhielt 2001 die jährlich vergebene Auszeichnung der Weltgesundheitsorganisation für ihren „außergewöhnlichen Beitrag zur Entwicklung des Gesundheitswesens“. Der Preis wurde am 27. Mai anlässlich der 54. Weltgesundheitsstagung der WHO in Genf verliehen.

3.7 Verkehr und Mobilität

Der Aufbau von Personalkapazitäten, insbesondere im Bereich **Instandhaltung der Eisenbahnen**, war auch 2001 Schwerpunkt der Sektoraktivitäten. Dabei wurde in Kooperation mit **SARA** (Southern African Railways Association) verstärkt versucht, auch das Top Management einzubinden, da die Erfahrungen zeigen, dass nachhaltige Effekte nur dann zu erzielen sind, wenn insbesondere das Management tiefgreifende Veränderungen der Unternehmenskultur befürwortet.

Primär ging es um Kostenbewusstsein und effizienzsteigernde Maßnahmen.

Auf der Ebene des mittleren Managements hat sich die Kooperation zwischen den Eisenbahnen intensiviert. Es kommt zu regelmäßigen Treffen der Instandhaltungsleiter, die nicht nur Erfahrungen austauschen, sondern sich vor allem um die Erreichung gemeinsamer Standards im Erhaltungsbereich bemühen – ein wesentlicher Schritt

zur Harmonisierung und dadurch zur Verbesserung der regionalen Effektivität der Systeme.

Das Schweißprojekt **Tazara** wurde, wie angekündigt, Mitte 2001 zeit- wie auch kostenmäßig im Plan abgeschlossen. Insgesamt wurden 658 Kilometer Oberbau überarbeitet und die Schienen danach verschweißt. Damit konnte der Standard auf diesem Streckenabschnitt ganz entscheidend verbessert werden. Indikatoren sind dafür die auf Null gesunkenen Unfallraten auf diesem Streckenabschnitt und die schnelleren Durchlaufzeiten. Die angekündigte Auslagerung der Instandhaltung ist im Laufen, der Aufsichtsrat der Tazara hat grünes Licht für die Ausschreibung der Instandhaltungsleistungen gegeben. Österreich unterstützt den Aufbau des zu diesem Zweck geplanten Joint Ventures durch Bereitstellung eines Beraters.

Ein wesentlicher Erfolg im Jahr 2001 ist die Fertigstellung des **computergestützten Systems** zur Instandhaltungsplanung und -überwachung. Es wird inzwischen von allen Eisenbahnen der Region südliches Afrika mit Ausnahme Südafrika eingesetzt. Auf der Basis dieses

gemeinsamen Ansatzes ist es jetzt natürlich leichter, Daten zu vergleichen und Trainingsprogramme zu harmonisieren. Ein Handbuch zum System wird 2002 erscheinen.

Im Rahmen der **Europäischen Kommission** (EK) legt Österreich besonderen Wert darauf, dass die inzwischen auf EU-Ebene verabschiedeten Zielsetzungen, insbesondere Armutsorientierung, ökologische und soziale Verträglichkeit und Chancengleichheit, von der operativen Ebene wahr- und ernst genommen werden. Dieser Ansatz geht beim vorhandenen Ausgabedruck viel zu oft verloren. Infrastrukturansätze werden so oftmals nicht bedürfnisgerecht geplant und wirken sich – wenn überhaupt – nur für eine kleine Elite positiv aus. Die EK hat dieses Manko erkannt und versucht, über die Länderprogrammierung verstärkt sicherzustellen, dass bedarfsorientiert und technologisch angepasst reagiert wird. Ein Indikatorensystem soll dazu die Planungs- und Kontrollparameter liefern. Damit kommt die ÖEZA dem Ziel einer besseren Planung der Interventionen und eines besseren Monitorings der Mittelverwendung im Sektor wieder einen Schritt näher.

3.8 Tourismus

Die europäische **Vorkonferenz** für das **Jahr des Ökotourismus 2002** fand im September 2001 in St. Johann im Pongau statt. Die TeilnehmerInnen stellten fest, dass für eine nachhaltige Entwicklung des Ökotourismus Bedarf an innovativen, umweltverträglichen Verkehrstechnologien und benutzerfreundlichen Reiseinformationssystemen besteht. Ebenso notwendig sind die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Anliegen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie die Einbindung der Tourismusplanung als integrativen Teil der Raumplanung unter weitgehender Einbeziehung der lokalen Bevölke-

rung. Diese Ergebnisse stellen neben den Schlussfolgerungen weiterer Vorbereitungskonferenzen einen wichtigen Beitrag für den von der WTO (World Tourism Organisation) gemeinsam mit UNEP und Kanada geplanten Weltökotourismusgipfel in Quebec 2002 dar.

Seit Robert Jungk 1980 die erste Kritik am ‚Harten Reisen‘ veröffentlicht hat, ist viel Zeit vergangen. Einerseits ist der Tourismus der größte wirtschaftliche Hoffnungsträger für viele Länder, andererseits mehren sich auch Bedenken im Hinblick auf unkontrolliertes Wachstum,

Umweltzerstörung und kulturelle Rücksichtslosigkeit. Während es sich viele Länder des Nordens leisten könn(t)en, über Umwelt- und Nachhaltigkeitslabel zu diskutieren und diese umzusetzen, glauben manche Länder des Südens, auf rasche Gewinne durch ebenso raschen Tourismusaufbau setzen zu müssen. Oftmals unbemerkt entstanden und entstehen aber auch gerade in diesen Ländern Projekte, die abseits der herkömmlichen Bahnen neue Wege gehen und insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:

- Nachhaltige Nutzung der Biodiversität und natürlicher Ressourcen
- Minimierung negativer Auswirkungen, sowohl im ökologischen wie auch im sozio-kulturellen Umfeld, vor allem in Bezug auf Klimaveränderungen, Energieverbrauch und traditionelle Kulturen
- Bestärkung und Einbeziehung der lokalen Bevölkerung
- Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Umwelterziehung aller Betroffenen, besonders der Gastgeber und Gäste
- Nachhaltiger ökonomischer Nutzen für alle Beteiligten

Ökotourismus ist eine Chance und eine Herausforderung für nachhaltige regionale Entwicklung.

Seit 1. März 2001 ist die **Sektorpolitik der ÖEZA** für den Bereich „**Tourismus in Entwicklungsländern**“, die in Abstimmung mit zahlreichen Partnern entwickelt wurde, gültig.

Projektbeispiele

Aus- und Weiterbildung von Tourismusfachkräften und Öffentlichkeitsarbeit zur Bewusstseinsbildung in Österreich, z.B. im Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung bei Reisen und im Tourismus, wobei die ÖEZA dem Schutz der Kinder spezielles Augenmerk widmet. Ein von der

EU gefördertes Projekt konnte bereits umgesetzt werden: Ein „Code of Conduct for protecting children from sexual exploitation in travel and tourism“ (Verhaltenskodex für die Reisebranche zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch durch Sextouristen) wurde erarbeitet und vom Österreichischen Reisebüroverband (ÖRV) sowie den VertreterInnen der zuständigen Bundesministerien für auswärtige Angelegenheiten, für Wirtschaft und Arbeit sowie für Soziale Sicherheit und Generationen im April 2001 unterzeichnet. Eine Kampagne gegen Kindersextourismus wurde durchgeführt mit zahlreichen Maßnahmen, wie Medienarbeit, ein Symposium zum Thema während der Tourismusmesse im Jänner 2000, Erstellung eines Inflight-Videos und von Broschüren, die von der AUA bei ihren Indienflügen verteilt werden.

Eine der grundlegenden Ambitionen der Entwicklungszusammenarbeit ist die Förderung eines partnerschaftlichen Dialogs und Austausches zwischen Nord und Süd. **TouristInnen** sind demzufolge **direkte Träger entwicklungspolitischer Bemühungen**. Deshalb wird der **Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit** im Tourismusbereich große Bedeutung beigemessen. Die Erstellung von Informationsbroschüren für TouristInnen, wie zum Beispiel die Sympathie-Magazine, wurde weiter gefördert, aber auch die Fortbildung von deutschsprachigen ReiseleiterInnen in den Zielländern oder die Veranstaltung von Fachtagungen.

Weiters unterstützte die ÖEZA die Regierung **Bhutans** bei der Erstellung eines **Masterplans** und wirkte unter anderem bei der Ausbildung von Bergführern mit.

Für das Ökotourismusprojekt Rolwaling in **Nepal** wurde der Vertrag mit dem nepalesischen Tourismusministerium verlängert. Aufgrund der aktuellen innenpolitischen Situation mussten

einige der geplanten Projektaktivitäten (z.B. Marketing) vorerst verschoben werden. Die Maßnahmen im Bereich Basisinfrastruktur sind weitgehend abgeschlossen, erste Lodges sind fertig gestellt und etliche Campingplätze mit entsprechender Infrastruktur in Betrieb. Die Anzahl der TouristInnen im Rolwaling Tal hat sich – trotz innenpolitischer Konflikte und ohne spezielle Marketingaktivitäten – von ca. 400 Personen im Jahr 1996 auf 1.500 TouristInnen pro Jahr erhöht. Die Ausbildungskurse im Bereich Tourismus, darunter auch das Female Outdoor Leadership Training, wurden fortgesetzt.

Fortbildungsförderung: Im Institut für Tourismus- und Hotelmanagement (ITH), Klessheim, werden jährlich etwa 30 Studierende (2001: 34) aus Entwicklungsländern mit einem Stipendium der ÖEZA vor allem im Tourismusmanagement

weitergebildet. Voraussetzung ist eine entsprechende Ausbildung und Praxis im Heimatland und die Beschäftigung in der regionalen oder nationalen Fremdenverkehrsverwaltung. Geboten wird eine fundierte Fortbildung zur nachhaltigen Stärkung der Kapazitäten im Tourismus-Sektor in den jeweiligen Ländern und Institutionen. Über die berufliche Qualifikation hinaus nehmen die AbsolventInnen noch eine weitere wichtige Erfahrung mit nach Hause, nämlich die des interkulturellen fachlichen wie auch persönlichen Austausches.

Die am stärksten vertretenen und von der ÖEZA geförderten Länder seit 1989 waren: Indien: 35 TeilnehmerInnen, Uganda: 33, China: 25, Peru: 24, Nepal: 23, Bhutan: 22, Tansania: 22, Pakistan: 22, Äthiopien: 18.

4. Programme nach Regionen und Ländern

4.1 Region Ostafrika

Ostafrika befindet sich derzeit in der Hauptphase der regionalen Integration in Form der East African Community (EAC) und in weiterer Form der COMESA (Common Market for Eastern and Southern Africa). Regionale Integration und die Schaffung eines größeren Wirtschaftsraums ist für die wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Länder von eminenter Bedeutung. Auch die Lösung regionaler bewaffneter Konflikte bzw. regionale Konfliktverhütung stehen in engem Zusammenhang mit regionaler Integration.

Die ÖEZA hat auf regionaler Ebene in Ostafrika im Jahr 2001 weitere Schritte zur Unterstützung der EAC gesetzt. Ein Projekt dient der Finanzierung von Verhandlungen zur Harmonisierung der Gesetzgebung in der EAC. Außerdem wurden im ostafrikanischen Raum mehrere grenzübergreifende Programme zur Bekämpfung von Rinderkrankheiten, Tsetse-Fliegen und Schädlingen in der Landwirtschaft gefördert.

4.1.1 Schwerpunktland Uganda

Trotz schwieriger politischer und wirtschaftlicher Umstände ist Uganda weiterhin ein führendes Land bei Reformanstrengungen und Entwicklungserfolgen. Die internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen blieben 2001 schlecht. Niedere Preisentwicklung beim Hauptexportprodukt Kaffee und hohe Erdölpreise trugen dazu bei, dass das Wachstumsziel von 7% nicht erreicht werden konnte. Durch gutes makroökonomisches Management wurde jedoch 5% Wachstum erzielt – ein Wachstum, mit dem eine strikt armutsorientierte Politik finanziert wird. Uganda war das erste Land, das in den Genuss von **Schuldenreduktionen unter HIPC** kam, erfüllte 2000 die Voraussetzungen für HIPC II und setzte die Schuldendienstesparnisse in Armutsreduktion um.

Aufgrund des Reformerschlusses ist Uganda eines der wenigen Länder in Afrika, in dem **die absolute Armut abnimmt** (1994: 56%, 1997: 44%, 2001: 35%) und die **AIDS-Infektionsrate zurückgeht**. Besonders gut funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gebern. Es gibt einen intensiven und offenen Dialog zu den wichtigsten Reformschritten und zur Erstellung des jährlichen Budgets. In den Sektoren Gesundheit und Bildung existieren bereits Sektorinvestitionsprogramme, an denen sich alle Geber in diesen Sektoren beteiligen, sodass es nicht mehr zu der sonst üblichen Zersplitterung der Geberprogramme kommt. In den Wasser- und Rechtssektoren entstehen gerade solche Sektorentwicklungsprogramme, woran die ÖEZA aktiv mitarbeitet.

Diese guten Bedingungen und Erfolge der internationalen EZA in Uganda werden von vielen bilateralen und einigen multilateralen Gebern

durch eine **Erhöhung der ODA-Flüsse honoriert**. Trotzdem rangiert Uganda noch immer unter den ärmsten Ländern der Welt.

Schwer beeinträchtigt wurde die Situation Ugandas durch das militärische Engagement in der DRC (Demokratische Republik Kongo) sowie durch Rebellenbewegungen im Norden und Westen des Landes.

Die ugandischen Truppen zogen sich 2001 fast ganz aus der DRC zurück, und die Rebellenbewegung ADF (Allied Democratic Front) in Westuganda wurde durch Amnestie und militärischen Druck zerschlagen. Im Norden ist die Rebellenbewegung LRA (Lord's Resistance Army) aufgrund der Amnestiegesetzgebung, einem Abkommen mit dem Sudan und militärischen Maßnahmen stark geschwächt, und es besteht Hoffnung auf Frieden.

2001 wurden sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen durchgeführt. Lückenlose internationale und NGO-Wahlbeobachtung brachten zwar Missstände in Teilbereichen zutage, bestätigten aber insgesamt freie und faire Wahlen.

Die ÖEZA ist in Uganda in vier Hauptbereichen tätig: Wasserversorgung, Dezentralisierung, Good Governance / Rechtsentwicklung, Privatsektorentwicklung. Alle sind Prioritäten in der ugandischen Politikgestaltung und im „Poverty Eradication Action Plan“ enthalten.

Über die Projektarbeit hinaus ist die ÖEZA auch aktiv in den politischen Prozess und in die Dialoge von Sektoren, Regierung und Gebern eingebunden.

Wasserversorgung

Das **South Western Towns Water and Sanitation Programme** hat die Einrichtung von nachhaltigen Wasserversorgungs- und Siedlungshygieneinfrastrukturen und den Aufbau von selbsttragenden Verwaltungsstrukturen in Kleinstädten und ländlichen Wachstumszentren im Südwesten Ugandas zum Inhalt. Im laufenden Jahr konnten die Arbeiten in Kisoro und 18 anderen Kleinstädten abgeschlossen werden. In Summe werden dadurch etwa 25.000 Menschen mit Wasser versorgt. Die Planung für 30 weitere Kleinstädte in südwestlichen Distrikten und für die ländlichen Gebiete im Distrikt Kisoro wurden durchgeführt.

Kitgum Town Water Supply Rehabilitation Project: Die Rehabilitierung der Wasserversorgung der Stadt Kitgum im Norden (ca. 20.000 EinwohnerInnen) wurde 2001 mit dem Anschluss öffentlicher Institutionen und dem Bau von öffentlich zugänglichen Siedlungshygieneinfrastrukturen abgeschlossen. Die ÖEZA nimmt aktiv am Entstehen eines sektorweiten Ansatzes im Wassersektor teil.

Dezentralisierung

Die Dezentralisierung von Verwaltungsstrukturen soll die Erbringung öffentlicher Leistungen grundlegend verbessern und bildet somit einen Grundstein der Armutsbekämpfung. In ihrem Dezentralisierungsprogramm legte die ÖEZA den Schwerpunkt auf den Distrikt Kisoro am äußersten südwestlichen Ende Ugandas, an den Grenzen zur DRC und zu Ruanda. Kisoro (729 km² und 249.900 EinwohnerInnen) ist ein junger Distrikt, ohne asphaltierte Straßen und erst seit kurzem an ein Mobiltelefonnetz angeschlossen. Mit einer Bevölkerungsdichte von 403/km² ist er der **am dichtesten besiedelte Distrikt in Uganda**. Bei der Geburtenrate liegt er im nationalen Maßstab auf Platz 2 (8,35 Geburten/Frau).

Der Distrikt selbst erstellte einen **Distriktentwicklungsplan** und setzte eine Reihe von Prioritäten. Alle Aktivitäten werden vom Distrikt selbst ausgeführt. Im Jahr 2001 wurden in Kooperation mit der ÖEZA Planung und Vergabe der ländlichen **Wasserversorgung** im gesamten Distrikt durchgeführt. Wegen des vulkanischen Untergrunds müssen in alle Dörfer, ausgehend von einer ergiebigen Quelle, Wasserleitungen verlegt werden.

Der von der ÖEZA errichtete Operationsaal des **Distrikt-Krankenhauses** wurde nach einer Ausschreibung gemäß den nationalen Vergaberichtlinien ausgestattet.

Dezentralisierung heißt auch, **mit der Zentralverwaltung zu arbeiten** und in einem breiten konsultativen Prozess die Strukturen der dezentralen Verwaltung zu gestalten. Die ÖEZA tut dies gemeinsam mit anderen in der Dezentralisierung tätigen Gebern, wobei 2001 der Schwerpunkt weiterhin auf der Verbesserung des Zahlungstransfers, auf Finanzadministrationssystemen und fiskaler Dezentralisierung lag.

Good Governance / Rechtsentwicklung

Rechtsreform und Menschenrechte

In einem langen und intensiven Dialogprozess mit den Gebern erstellten das Justiz- und das Finanzministerium ein Handelsrechtsreformprogramm. Die ÖEZA war stark in diesen Dialog involviert und unterstützt gemeinsam mit anderen Gebern die Handelsrechtsreform.

Ein gemeinsamer strategischer Aktionsplan für die **Reform des Rechtssektors** wurde vom Justiz- und Innenministerium sowie acht weiteren Institutionen auf die Beine gestellt. Die ÖEZA nahm intensiv am Sektordialog teil und fördert das sektorweite Reformprogramm.

Parallel zur Justizreform werden 'Legal Aid Clinics' (Rechtshilfebüros) im südwestlichen Uganda gefördert, wodurch vor allem den Menschen in ländlichen Gebieten der **Zugang zu Recht und Rechtsberatung** ermöglicht wird.

Das **International Law Institute** Uganda spielte eine wichtige Rolle im Bereich der Rechtsfortbildung. Österreich förderte die Abhaltung eines Kursprogramms für Juristen aus ganz Ostafrika.

Mit der **Uganda Human Rights Commission** führte die ÖEZA ein Kapazitätsentwicklungsprogramm durch und stellte öffentlichen Zugang zu deren Informationen her.

Demokratisierung

Im Zuge der Präsidentschafts- sowie der Parlamentswahlen beteiligte sich die ÖEZA an einer Basket-Finanzierung für die lückenlose Wahlbeobachtung durch ein Konsortium ugandischer NGOs. Eine weitere Maßnahme zur Förderung des Demokratiebewusstseins ist das Projekt '**Fortbildung für Gemeinderätinnen**'.

Verwaltungsreform

Im Rahmen der von Österreich unterstützten Verwaltungsreform wurden im Jahr 2001 vor allem Maßnahmen zur **Reform der Distriktsverwaltungen** gefördert (z.B. Einrichtung von Stellenbewertung und Gehaltsreform).

Privatsektorentwicklung

Dieser Programmbereich richtet sich vor allem an die Förderung von Kapazitäten und der Rahmensegmente, um Wachstum von Klein- und Kleinstbetrieben zu fördern. Dazu gehört auch ein funktionierendes Finanzsystem, insbesondere im Bereich Mikrofinanz.

Das Regionalbüro in Kampala ist in technischen Arbeitsgruppen zur Implementierung der Privatsektor-Entwicklungsstrategie der Regierung vertreten und handhabt auch die Gebervertretung in den Sector Working Groups zum Privatsektor im nationalen Budgetvorbereitungsprozess.

In der **Koordination der Geber im Bereich Privatsektor** stellte das Regionalbüro in Kampala auch 2001 das Sekretariat der Gebergruppe.

TCFC (Training & Common Facility Centre): Die Trainingskurse für Schuster waren 2001 alle ausgebucht. Der Vertrieb von Schuhreparaturmaterialien ermöglicht den Schustern den Ankauf von kleinen Mengen zu guten Preisen. Das Center stellt auch zwei kommerzielle Produktlinien unter den Markennamen 'Lambertini' und „Crane Shoes“ her.

FINCA Uganda ist eine Mikrokreditorganisation, die durch ein Gruppensystem Kredite hauptsächlich an Frauen vergibt. Schneiderinnen, Händlerinnen, Friseurinnen und Frauen in anderen unternehmerischen Tätigkeiten können durch diese Kredite Einkommen schaffen. Inzwischen hat FINCA sechs Zweigstellen, die 14 Orte mit über 25.000 Kundinnen bedienen.

FOCCAS-Uganda ist ein weiteres Kleinkreditprogramm für ca. 2.000 KreditnehmerInnen, das seit 2000 von der ÖEZA finanziert wird.

JENGA, ein Trainingsprogramm in Nord-Uganda, konnte innerhalb von zwei Jahren 5.000 KleinstunternehmerInnen aus- und fortbilden und wurde 2001 weitergeführt.

Ein **Versicherungsprojekt in Südwest-Uganda** bietet KleinstunternehmerInnen Versicherungen für Basisgesundheit an.

Sonstige Projekte

Basisstrukturen für Entwicklungstheaterzentrum („Ndere Troupe“): Die Planung des Baus eines Zentrums für Entwicklungstheater musste aufgrund budgetärer Bedingungen verändert werden. Das Jahresfestival versammelte diesmal etwa 900 Theatergruppen aus dem Land.

Rehabilitierung des Masindi-Gefängnisses:

Mit diesem Projekt konnten für 1000 Häftlinge menschenwürdige Haftbedingungen geschaffen werden. Gleichzeitig lieferte es ein Musterkonzept für die dringend erforderliche Rehabilitierung von Gefängnissen in Uganda. Das Projekt wurde 2001 abgeschlossen.

4.1.2 Schwerpunktland Ruanda

Ruanda machte nach dem Genozid von 1994 und dem folgenden ökonomischen Einbruch beträchtliche, von allen Gebern anerkannte Fortschritte in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Dennoch bleibt die wirtschaftliche Basis des Agrarlandes extrem schmal und die Armut drückend. Der Completion point – die Voraussetzungen für **Schuldenreduktion unter HIPC II** – wurde Ende 2001 erreicht.

Die gegenwärtige Regierung ist zweifellos ein Minderheitenregime mit teilweise autoritärem Charakter, aber sie gewährt unter den gegebenen Umständen relative Stabilität und versucht, die Bevölkerungsmehrheit schrittweise in die politischen Prozesse und die politische Macht einzubeziehen. Die Regierung betreibt eine nationale Versöhnungspolitik und achtet auf die weitgehende Einhaltung der Menschenrechte.

Ein aus dem Genozid stammendes Problem ist die große Zahl von Untersuchungshäftlingen in den Gefängnissen, die verdächtigt werden, am Genozid teilgenommen zu haben und auf ein Gerichtsverfahren warten. Beiden Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ist ein wichtiges Element der Wiederversöhnung.

Neben seinen internen Problemen hat Ruanda auch ein externes, nämlich seine Verwicklung in den bewaffneten Konflikt in der DRC. Ruanda steht zum Lusaka-Abkommen (Waffenstillstandsabkommen mit DRC 1999). Eine endgültige Lösung des Konflikts ist jedoch noch nicht in Sicht.

Die ÖEZA war in Ruanda im Jahr 2001 in den Bereichen Wasserversorgung und Kofinanzierung tätig.

Ende 2001 wurde das **Großprojekt Kigali 2000**, das für die Engpassabdeckung in der Wasserversorgung der Stadt Kigali durch den Bau eines Brunnens zur Gewinnung von Uferfiltrat (50 l/s), einer Aufbereitungsanlage und einer Trinkwasserleitung (8 km) sorgte, abgeschlossen und in Betrieb genommen.

In Nyanza wird **Infrastruktur für die Ausbildung von Jugendlichen** zur Verfügung gestellt (Ausbau und Adaption eines Gebäudes für Näherei und Tischlerei, Ausbildungswerkstätten für Mädchen und Burschen).

4.1.3 Kooperationsland Burundi

Das Land befindet sich seit Jahren in einer Bürgerkriegssituation, die Gegenstand intensiver Friedensbemühungen im Arusha-Prozess ist. Darin spielte Österreich eine aktive Führungsrolle und leitete eine von fünf Kommissionen. Im August 2000 wurde in Arusha von einem Großteil der Parteien ein politisches Abkommen unterzeichnet. Im September 2001 kam es zur Einigung über die Führung einer Übergangsregierung. Ein Waffenstillstandsabkommen konnte bislang nicht erzielt werden.

Neben dem Engagement im Friedensprozess ist die ÖEZA in Burundi vorwiegend in folgenden Rehabilitierungs- und Wiederaufbauprogrammen mit österreichischen NGOs tätig:

Rehabilitierung der Grabenbewässerungssysteme in Rugombo und Burambi/Muhira

Mit der Rehabilitierung der Grabenbewässerungssysteme Rugombo und Burambi / Muhira in der Provinz Cibitoke haben nun 3.000 Familien (ca. 22.000 Personen) auf einer Nutzfläche von 8.400 ha die Möglichkeit, das ganze Jahr über landwirtschaftlich tätig zu sein. Die Bauarbeiten wurden 2000 abgeschlossen. Begleitmaßnahmen zur Stärkung des Bewässerungskomitees wurden 2001 weitergeführt.

Wiederaufbau Cibitoke

In der Provinz Cibitoke wurde mit der Rehabilitierung und Erweiterung von elf Volksschulen begonnen. Damit wird etwa 4.500 SchülerInnen der Schulbesuch ermöglicht. Durch die Notrehabilitierung von sieben ländlichen Wasserversorgungsanlagen werden ca. 30.000 EinwohnerInnen der Provinz Cibitoke mit sicherem Wasser versorgt.

Wiederaufbau Bururi

Durch die Rehabilitierung und Erweiterung von fünf Volksschulen in der Provinz Bururi können nun 3.600 Kinder wieder die Volksschule besuchen. Die Notrehabilitierung der Wasserversorgung der Stadt Rumonge gewährleistet etwa 15.000 Personen sicheres Trinkwasser.

Integrierte ländliche Entwicklung in Rumonge, Burambi und Buyengero

In der Provinz Bururi wurde mit einer Übergangsfinanzierung die Erhaltung von Strukturen zur Bereitstellung von Saatgut und Zuchtvieh abgesichert.

4.1.4 Kooperationsland Kenia

Die wirtschaftliche und politische Krise Kenias hielt im Jahr 2001 an. Die negativen Auswirkungen auf die arme Bevölkerung sind enorm, Energie- und Wasserversorgung bleiben labil. Ein bürokratisch erstelltes IPRSP (Interim Poverty Reduction Strategy Paper) reichte nicht aus für die Erfüllung der Bedingungen, die Weltbank und IWF an die Wiederaufnahme ihrer Programme in Kenia knüpften.

Die ÖEZA ist im Wassersektor sowie im Demokratisierungsprozess tätig:

Wasserversorgung / Siedlungshygiene

Lower Tana: Projekte der ländlichen Wasserversorgung mit der kenianischen NGO KWAHO (Kenya Water for Health Organisation) als Durchführungsorganisation wurden 2001 weitergeführt. Brunnen mit Handpumpen, Latrinen, Quellfassungen und Tanks zur Regenwasserfassung wurden gebaut und Community Based Management Systeme eingerichtet. Im Projektgebiet Lower Tana wurden von KWAHO 45 Brunnen mit Handpumpen, Latrinen, Badehäuser, Viehtränken, Tanks zur Regenwasserfassung gebaut und ebenso Community Based

Management Systeme eingerichtet. Insgesamt wurde dadurch die Trinkwasserversorgung und Siedlungshygiene für ca. 25.000 Menschen maßgeblich und nachhaltig verbessert.

Migori: Zielsetzung des Projektes ist die **Erweiterung der Wasserversorgung**, die von der Nyasare Water Supply Association (NWSA) betrieben wird, und die weitere Ausbildung von NWSA, um die Organisation zu befähigen, in den nächsten Jahren die Wasserversorgung der Stadt Migori (ca. 30.000 EinwohnerInnen) von der staatlichen Wasserversorgungsbehörde zu übernehmen.

Demokratisierung

Anlässlich der bevorstehenden Verfassungsreform in Kenia fand sich unter der Beteiligung Österreichs eine Gruppe bilateraler Geber zusammen, um gemeinsam mit einschlägigen lokalen NGOs ein begleitendes '**Civic Education Programme**' zu erarbeiten und zu finanzieren. Die Gebergruppe beschloss, einen Basket Fund zur Finanzierung dieses Programms einzurichten, an dem sich die ÖEZA beteiligt.

4.1.5 Kooperationsland Tansania

Tansania zählt zwar zu den ärmsten Ländern Afrikas, kann aber auf sehr gute Erfolge in seiner Reformpolitik verweisen. Die Wirtschaft wächst mit einer Rate von ca. 5%, und in einem landesweiten, breiten Konsultationsprozess wurde eine Armutsreduktionsstrategie erstellt, die als Politikgrundlage für die Umsetzung von Wachstum und Armutsreduktion dient.

Die Voraussetzungen für **Schuldenreduktion unter der HIPC-II-Initiative** wurden erfüllt. So kommt Tansania in den Genuss von Ersparnissen aus verringerten Schuldendienstzahlungen.

Das Land ist seit vielen Jahren von politischer Ruhe und Stabilität geprägt, geriet jedoch 2000 im Zuge der Präsidentschaftswahlen in einen Strudel politischer Unruhe in Sansibar.

Die Aktivitäten der ÖEZA in Tansania konzentrieren sich auf Dezentralisierung und Privatsektorentwicklung.

Dezentralisierung

Kasulu liegt im Westen Tansanias an der Grenze zu Burundi. Auf 9324 km² leben ca. 445.000 EinwohnerInnen und ca. 150.000 Flüchtlinge aus Burundi, Ruanda und der DRC.

Das Kasulu Dezentralisierungs- und Distriktentwicklungsprogramm wurde 2000 evaluiert und restrukturiert: Früher eingeleitete Investitionen in **Wasser, Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft wurden abgeschlossen**, eine Neuplanung mit der Distriktverwaltung durchgeführt, das Fortsetzungsprojekt ausgeschrieben und vergeben.

Im Ngorongoro Distrikt wurde die Endphase der Direktfinanzierung zweier **Distrikthospitäler** einge-

leitet, die Community Development Aktivitäten (v.a. **Dammbau und Schulen**) wurden fortgesetzt.

Über 80% der Bevölkerung sind Massai-Hirten, die zweitwichtigste Bevölkerungsgruppe sind die Ackerbau betreibenden Batemi. Zwischen diesen beiden ethnischen Gruppen kommt es regelmäßig zu Konflikten. In Projekten wird daher versucht, diesen Konflikten an der Wurzel zu begegnen. Etwa 40.000 Menschen werden von Unterstützungsmaßnahmen erfasst.

Die Kooperation mit dem Ministry of Local Government und dem von ihm ausgehenden Reformprogramm verbesserte sich 2001 weiter.

Privatsektorentwicklung

Die Schwerpunkte im privaten Sektor liegen auf **Nahrungsmittelverarbeitung** und auf der Unterstützung der in der **Milchproduktion und im Milchhandel** tätigen ProduzentInnen (Klein- und Kleinstbetriebe). Ein Projekt kümmert sich im Bereich der Milchwirtschaft und -vermarktung um einen verbesserten Politikdialog, die Entstehung nationaler Standards und die verstärkte Zusammenarbeit von UnternehmerInnen im Sektor zur Vertretung ihrer Interessen. Ein anderes Projekt unterstützt Tierärzte bei der Errichtung einer Privatpraxis, um vor allem die Verbreitung von durch Zecken übertragenen Krankheiten mit vorbeugenden Impfungen zu reduzieren.

Sonstige Projekte

Dörfliche Entwicklungsprogramme gibt es in Masasi und in der südlichen Dar es Salaam Region. Auch wurden die Formulierung einer NGO-Policy sowie die Erstellung eines NGO-Directory mit Unterstützung der ÖEZA abgeschlossen.

4.1.6 Schwerpunktland Äthiopien

Der Grenzkonflikt Äthiopien – Eritrea wurde nach Verhandlungen unter Unterstützung der OAU (Organisation of African Unity) sowie der USA mit einem Waffenstillstand am 18. Juni 2000 und letztlich mit dem Friedensvertrag von Algier beendet.

Seitdem ist eine positive Trendwende zu verzeichnen: Die grundsätzliche Freigabe von 50% der zweiten Tranche des 8. EDF wurde von der EU beschlossen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) soll über ein umfassendes Strukturanpassungsprogramm auf Basis eines Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung³ abstimmen, während die Weltbank⁴ einen Kredit von 700 Mio. US \$ zur Demobilisierung, Wiedereingliederung von Soldaten und Wiederaufbaumaßnahmen plant. Die Weltbank und der IWF nahmen die Entschuldungsverhandlungen im Rahmen des HIPC wieder auf, wobei Äthiopien in den Kreis der bevorzugten 20 ärmsten Länder aufgenommen werden soll. So wurde im Jahre 2001 ein Kredit (Economic Rehabilitation Support Credit – ERSC) in der Höhe von 150 Mio. US\$ von der Weltbank genehmigt, mit dem die äthiopische Wirtschaft wiederbelebt werden soll, die mit einem Rückgang des Handels sowie den Folgewirkungen von Dürren und dem Grenzkonflikt mit Eritrea zu kämpfen hat.

Die ÖEZA in Äthiopien will einen Beitrag zur Armutsminderung leisten und konzentriert sich im **Planungszeitraum 2001–2003**, wie im diesbezüglichen Landesprogramm festgelegt, auf die vier Teilprogramme Gesundheit, Energie, Ernährungssicherung sowie Gender und Demokratie. Ausbildungsprogramme, Wissenschaftspool, NGO-Finanzierungen und multilaterale Projekte

(UNIDO) werden als komplementäre Werkzeuge zu den Sektoren angelegt.

Das neue Teilprogramm **Ernährungssicherung (Food Security)** beinhaltet das in Richtung landwirtschaftliche Entwicklung umgeplante Tourismusprojekt in den Semien Mountains⁵, ein seit Anfang 1998 erfolgreich laufendes Viehzuchtprojekt⁶ sowie ein sich im Planungsstadium befindendes Biomasseprojekt. Der regionale Schwerpunkt liegt in der Region Amhara. Food Security genießt in der Regierungspolitik Äthiopiens hohe Priorität.

Einige der für das Jahr 2001 geplanten Vorhaben mussten auf 2002 verschoben werden, erfolgte Zusagen wurden aber eingelöst. Das **Ausschreibungsprinzip** wurde verstärkt eingesetzt.

Im **Teilprogramm Gesundheit**, dessen Schwerpunkt in der **Region Somali** liegt, zeigte die Strategie des zweiseitigen Implementierungsansatzes (sowohl durch das regionale Gesundheitsbüro⁷ als auch durch Einsatz von NGOs als Implementierungspartner) bereits erste Früchte. Eine im Dezember 2000 durchgeführte Evaluierung des regionalen Gesundheitsbüros⁸ ergab

⁵ Projektevaluierung vor Ort 1999, Abschluss der Umplanungsarbeiten erste Jahreshälfte 2000; neuer Name des Projektes: „Semien Mountains National Park - Integrated Development Project, SMNP-IDP“. Dieses neu konzipierte Vorhaben begann Mitte 2001 mit der Auswahl von qualifiziertem Personal für die Projektdurchführung vor Ort sowie einigen Vorbereitungsaktivitäten.

⁶ Die laufende Projektphase wurde mit Dezember 2001 beendet. Eine Fortsetzung des Vorhabens wurde in Zusammenarbeit mit der zuständigen Regionalverwaltung konzipiert, die auch die Durchführung der Kooperation übernehmen wird. Externer Input wird nur mehr in Form von Beratungsleistungen erbracht.

⁷ Somali Regional Health Bureau, SRHB

⁸ Implementierung des ersten Jahresplans des Health Sector Development Programs (HSDP) durch die oben genannte regionale Gesundheitsbehörde, das den erfolgreichen

³ Poverty Reduction Growth Facility (PRGF)

⁴ Poverty Reduction Strategy Paper

ein positives Ergebnis: Die Kapazität dieser für die ganze Region verantwortlichen Gesundheitsbehörde wurde deutlich konsolidiert. Seit dem Jahre 2001 richtet sich der Fokus verstärkt auf das von der Regierung initiierte Sektorentwicklungsprogramm, welches von der äthiopischen Regierung gemeinsam mit den Geberländern unter Federführung der Weltbank geplant und durchgeführt wird. Die österreichische Beteiligung wird im Rahmen eines Projekts zur Unterstützung der regionalen Gesundheitsbehörde in der Region Somali (Kapazitätsentwicklung und Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung) durchgeführt.

Weitere laufende Projekte

Die Tuberkulosekontrolle in der Region Somali (Jijiga, Gode und Kebridehar), die in Zusammenarbeit mit dem äthiopischen Gesundheitsministerium durchgeführt wird, zeigt ausgezeichnete Ergebnisse und wurde auf die Distrikte Degehabur, Kelafo und Shinille in der Region ausgedehnt.

Die **Basisgesundheitsversorgung** der Bevölkerung in den Bezirken Kelafo, Mustahil und Ferfer des Distrikts Gode wird durch die italienische NGO CCM (Comitato Collaborazione Medica) implementiert.

Ein Teil der für die Basisgesundheitsversorgung veranschlagten Mittel⁹ wurde aufgrund der durch die Dürre ausgelösten Notsituation umgewidmet und für **Nothilfmaßnahmen im Gesundheitsbereich** eingesetzt (therapeutische **Feeding-Zentren** für Babys und Kleinkinder, Impfkationen gegen Masern).

Die Ende 1999 geplante weitere Ausdehnung des Programms zur Basisgesundheitsversorgung auf die Distrikte Libaan und Afdeer im Süden und

Beginn für eine auf fünf Jahre angelegte Zusammenarbeit darstellt.

⁹ Dies betrifft sowohl die Budgets für das regionale Gesundheitsbüro als auch für CCM

Südosten der Region Somali wurde ausgeschrieben. Aufgrund massiver Probleme in der Durchführung wurde dieses Vorhaben vorübergehend gestoppt und zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Planung der Aktivitäten ein Workshop initiiert.

Teilprogramm Energie

Das seit 1998 laufende Trainingsprogramm für Mitarbeiter der äthiopischen Energiebehörde EEPCO (Ethiopian Electric Power Corporation) wurde im November 2000 evaluiert und erfolgreich abgeschlossen.

Weiters wurde eine Studie über den weiteren Trainingsbedarf dieser Behörde durchgeführt, an der die Weltbank großes Interesse angemeldet hat, da das Ergebnis für die Planung weiterer Trainingsmaßnahmen mit Unterstützung der Weltbank genützt werden soll.

Die Verantwortung für die Entwicklung von **Modellen zur ländlichen Elektrifizierung** wurde der EEPCO übertragen. Eine Ausschreibung für die Machbarkeitsstudie ist mittlerweile angelaufen und die Durchführung einer Feasibility Studie in Kooperation von EEPCO mit österreichischen Partnern wurde begonnen.

Teilprogramm Gender und Demokratie

Projekte dieses Teilprogramms werden aus einem Anfang 1999 eingerichteten Pool finanziert. Kleinprojekte im Bereich Gender, Demokratie und Menschenrechte können seither direkt vom Koordinationsbüro ausgewählt und unterstützt werden. Projektanträge können sowohl von äthiopischen NGOs als auch von Regierungsorganisationen gestellt werden. Richtlinien wurden bereits im Jahr 1999 verfasst und wurden im Dezember 2000 in zwei vollständige Teilprogramme für Gender und Demokratie aufgewertet. Ein Folgeprojekt für den Pool wurde bereits eingereicht.

Bereits im Jahre 2000 wurden einige neue Projektverträge abgeschlossen: Dazu zählt ein Medienprojekt mit dem äthiopischen Fernsehen und Radio zu verschiedenen Themen mit Bezug auf Gender, Demokratisierung und Menschenrechte (einschließlich des Themas "weibliche Genitalverstümmelung"), das mit Unterstützung einer externen Konsultantin neu konzipiert wird. Weiters ein Vorhaben zur Ausbildung von Mädchen in verschiedenen Bereichen in Zusammenarbeit mit einem orthodoxen Nonnenkloster¹⁰, das im Jahre 2001 evaluiert und abgeschlossen wurde, sowie verschiedene Trainingsaktivitäten zum Thema "Menschenrechte und Entwicklung", deren Ergebnis in das Design eines Trainingsprogramms für äthiopische NGOs einfließen soll. Die Fortsetzung dieses Trainingsprogramms, das unter Beteiligung von NGOs als auch Repräsentanten der Regierung stattfinden soll, wurde vorbereitet.

Weibliche Genitalbeschneidung:

Im Bereich der Gender-Arbeit richtet sich die Aufmerksamkeit der ÖEZA vor allem darauf, die Problematik der weiblichen Genitalbeschneidung („female genital mutilation“ oder kurz FGM) in die laufende Projektarbeit zu integrieren bzw. Akzente zu setzen, die bereits bestehende Initiativen unterstützen. Dazu gehört die seit Jahren andauernde Unterstützung des Revisionsprozesses des äthiopischen Familienrechts, das zusammen mit der neuen Verfassung des Jahres 1995 die rechtliche Basis zur Bekämpfung schädlicher Praktiken darstellt. Die ÖEZA unterstützt im Rahmen des Gender-Programms auch NGOs, die sich des Themas der Gewalt gegen Frauen besonders annehmen, wie der „Vereinigung äthiopischer Rechtsanwältinnen“ (Ethiopian Women Lawyers' Association, EWLA). Ein neues Projekt mit der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Mekele zielt in Zusammenarbeit mit

der Frauenvereinigung der Provinz Tigray (Women Association of Tigray, WAT) darauf ab, Probleme im Familienrechtsbereich besser zu erfassen und rechtliche Hilfe für spezielle Fälle zu gewähren, die Beispielcharakter entwickeln sollen.

Da der Schwerpunkt in der Gesundheitsarbeit in Äthiopien in der Region Somali liegt, bietet sich dieser Bereich besonders zu Verknüpfungen mit dem Thema der weiblichen Genitalbeschneidung an. In den Regionen Afar und Somali ist die schwerste Form der Beschneidung, die Infibulation, nach wie vor die Norm.

Im November 2001 wurde in der Regionalhauptstadt Jijiga ein einwöchiges Training zum Thema FGM für Projektmitarbeiter der ÖEZA durchgeführt. Ziel war, die Teilnehmer durch Film- und Theaterbeiträge sowie Diskussionen für die medizinischen Folgen der Beschneidungen zu sensibilisieren. Es ist geplant, derartige Trainings auf jährlicher Basis auch für Absolventen der Krankenpflegerschule (Junior Nursing College) von Jijiga anzubieten.

Im Bezirk Gode, in dem die italienische NGO CCM gemeinsam mit den lokalen Behörden die Basisgesundheitsversorgung der Bevölkerung sicherstellt, wird in Zukunft ein Team eingesetzt, das sich vor allem für die Abschaffung der Infibulation engagieren soll. Diese Pläne werden auch von den religiösen Würdenträgern (die Region ist muslimisch) voll unterstützt.

Ergänzend zu diesen Maßnahmen ist ein Filmprojekt in Planung, in dem vor allem die soziokulturellen Umstände, die die Beschneidung begünstigen, zur Sprache gebracht werden.

Das Thema FGM hat in Äthiopien in den letzten Jahren den Tabucharacter verloren. Die Unterstützung seitens der Regierung ist gegeben, Initiativen zur Bekämpfung der verschiedenen Beschneidungspraktiken werden begrüßt und

¹⁰ Wobei auch Trainingskomponenten für die Nonnen selbst im Projekt inkludiert sind.

teilweise aktiv unterstützt. Dieses positiv gewandelte Umfeld soll genutzt werden, aber es ist klar, dass Praktiken, die seit Jahrtausenden bestehen, nicht „über Nacht“ abgeschafft werden können.

Bildungszusammenarbeit

(Stipendienprogramm)

Im Rahmen des Nord-Süd Dialogprogramms wurden im Jahr 2001 sieben Stipendien für Doktoratsstudien an Mitglieder des Lehrkörpers ausgewählter äthiopischer Universitäten sowie weitere drei Stipendien für kurzzeitige Forschungsaufenthalte äthiopischer Wissenschaftler in Österreich vergeben.

Für die verschiedenen Lehrgänge (Community Health, European University Center for Peace Studies (EPU) Stadtschlaining, ITH Klessheim) konnten insgesamt zehn Stipendienplätze für geeignete äthiopische Kandidaten gesichert werden.

Wissenschaftskooperation

Im Rahmen des seit Oktober 1999 laufenden zweiten Poolprojektes für Wissenschaftskooperation wurden 22 Subprojekte abgewickelt, in deren Rahmen die Feldstudien von acht derzeit in Österreich studierenden Doktoratsstipendiaten unterstützt werden konnten.

Weiters wurden zwei äthiopische Ärzte nach erfolgreichem Abschluss des Lehrganges für Community Health an der Universität Innsbruck bei ihrer Forschungsarbeit zur Erlangung des Titels "Master of Community Health" unterstützt. Ähnliche Förderungen erhielten vier weitere Kandidaten für ihre Forschungsarbeiten in verschiedenen Gebieten zur Erlangung eines M.Sc. oder M.A. Zusätzlich wurden Beiträge zu einer

Publikation geleistet und das Department of Community Health der Universität in Addis Abeba unterstützt. Auch erhielten einige Antragsteller die Möglichkeit, an internationalen Veranstaltungen sowie einem Symposium teilzunehmen.

Kofinanzierung

NGO-Finanzierung wird von der äthiopischen Regierung nicht als bilaterale Leistung anerkannt und damit auch nicht in bilaterale Verhandlungen aufgenommen. Projekte österreichischer NGOs, die sowohl durch ÖEZA- als auch durch EU-Mittel kofinanziert werden, werden daher nicht mit dem äthiopischen Planungsministerium MoFED (Ministry of Finance and Economic Development) abgestimmt, sondern wurden entsprechend den geltenden Richtlinien fortgesetzt. Thematisch reicht der Rahmen von ländlicher Entwicklung über Ausbildung bis zur Gesundheitsvorsorge.

Zusammenarbeit mit anderen Gebern

Die Geberkoordination spielt sich in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen ab. Die EU führt seit 1994 einen Pilotversuch in Geberkoordination zwischen der Kommission und den Mitgliedsländern durch. Diese Arbeitsgruppen dienen bisher v.a. dem Informationsaustausch und gemeinsamen Interventionen. Eine tatsächliche Koordination gibt es aber nur in den Sektorentwicklungsprogrammen mit gemeinsamer Planung, Finanzierung und Umsetzung. Dementsprechende Programme sind in Entwicklung bzw. werden gerade implementiert und betreffen die Teilprogramme Straßen, Bildung, Gesundheit und Nahrungsmittelsicherheit.

4.2 Region südliches Afrika

Im August 2001 wechselte der Vorsitz der SADC (Southern African Development Community) vom mosambikanischen Präsidenten Chissano zum malawischen Präsidenten Bakili Muluzi.

Trotz aller Bemühungen gelang es nicht, den schwelenden internen Konflikt mit Simbabwe Präsidenten Mugabe zu entschärfen.

Die dringende SADC-Strukturreform wird langsam umgesetzt.

Seit September 2000 wird die SADC-Freihandelszone zögerlich implementiert (von 11 der 14 Länder – nicht dabei sind Angola, DRC und Seychellen).

4.2.1 Kooperationsland Simbabwe

Im Juni 2000 fanden Parlamentswahlen statt, bei denen trotz zahlreicher Behinderungen von Seiten der regierenden ZANU-PF die Oppositionspartei MDC 57 von 120 Sitzen erobern konnte.

Innen- sowie außenpolitisch dominierte die Landfrage die Diskussion. Mit weitgehender Billigung der Regierung besetzten Kriegsveteranen Farmen. Bei diesen Aktionen waren mehrere Dutzend Tote zu beklagen.

Das Pro-Kopf-Einkommen fiel von 920 USD (1990) auf 530 USD (1999). Die Inflation kletterte gegen Ende 2001 auf 100%. Für Nahrungsmittel allein betrug sie im Oktober 2001 rund 170%. Die Wirtschaft schrumpfte 2001 um rund 10%. Die Arbeitslosenrate lag bei 60%.

Ende Oktober 2001 lancierte die Regierung einen Hilfsappell für Nahrungsmittel. Die Geber erklärten sich dazu grundsätzlich bereit, sofern sichergestellt sei, dass die Regierung Hilfsmittel nicht für Propagandazwecke missbrauche. Am 29. Oktober beschloss die EU schließlich, mit Simbabwe in einen forcierten Dialog nach Art. 96 des Cotonou-Abkommens einzutreten – mit dem Ziel einer besser strukturierten Dialogführung.

Nahezu alle Geber haben ihre Kooperation mit staatlichen Stellen im Laufe der letzten Jahre eingestellt. Die Zusammenarbeit beschränkt sich ausschließlich auf NGO-Projekte bzw. auf soziale Vorhaben. Österreich beschloss bereits im September 2000, auf absehbare Zeit neue Projekte hintan zu setzen. Damit die Zivilbevölkerung nicht noch unter zusätzlichen Belastungen zu leiden hat, werden begonnene Projekte jedoch weitergeführt. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation laufen die derzeit noch aktiven Vorhaben recht gut.

Im Rahmen eines ILO-Programmes wird die Netzwerkbildung von Mikro- und KleinunternehmerInnen gefördert. Eine zu diesem Zweck ins Leben gerufene Zeitung „**Business Connect**“ schaffte es innerhalb von 6 Monaten, sich selbst durch Anzeigen zu finanzieren.

Das Projekt „**Erneuerbare Energie**“ lief nach wie vor erfolgreich. Anstatt der vorgesehenen 300 installierten Anlagen konnten jedoch bis zum Jahresende 2001 nur rund 270 installiert werden. Grund waren die immer wieder fehlenden Zulieferungen im Materialien- und Rohstoffbereich.

Die ÖEZA ist auch für die Umsetzung von zwei weiteren Projekten verantwortlich: Die Verbesserung und Stärkung der Leistung von **Kleinbetrieben** im informellen Sektor soll im Rahmen des Projekts ISTARNA die Arbeitslosigkeit in der Provinz Manicaland verringern. Die Umsetzung blieb jedoch infolge der politischen Situation hinter dem Zeitplan zurück.

Durch ein ländliches Mikro-Sparprogramm in dem Gebiet um Zvishavane soll der Zugang der zwar wirtschaftlich aktiven, aber armen Bevölkerungsgruppen zu finanziellen Dienstleistungen verbessert werden. Auch grundlegendes Wissen über die Führung von Geschäften wird vermittelt. Die Zielerreichung (Anzahl der Spargruppen, angesparte Beträge usw.) liegt im Implementierungsplan.

4.2.2 Kooperationsland Namibia

Die Landfrage gewann innenpolitisch an Bedeutung. Spill-over-Effekte vom Nachbarland Simbabwe werden erwartet.

Nach Regierungsangaben beträgt die Arbeitslosigkeit 35%. Unter Berücksichtigung der Unterbeschäftigten ergibt sich jedoch eine Quote von annähernd 70%. Die Einkommensverteilung ist in Namibia extrem ungleich: rund 10% der Bevölkerung – zumeist Weiße – beziehen 65% der Einkommen.

Die Zusammenarbeit beschränkte sich 2001 auf die Sektoren **Gewerbeförderung und Demokratisierungshilfe** (Reform der Jugendgerichtsbarkeit; Zugang der Frauen zu ihren Rechten). Im Sektor „Gewerbeförderung“ gelang das Ziel einer Konsolidierung der Zusammenarbeit. Das Mikrokreditprogramm zeigte nicht den gewünschten Erfolg. Die hohen administrativen Kosten (große Entfernungen, geringe Bevölkerungsdichte) verhinderten im Wesentlichen, dass das Programm den Grad der Selbsterhaltung erreichte.

Erfolgreich abgeschlossen wurde die Erstellung eines **Tourismusmasterplans für die Nord-Westregion**, der eine ökologisch schonende touristische Erschließung der Region mit maximalem Nutzen für die lokale Bevölkerung vorsieht. Der Masterplan ist Teil eines nationalen

Plans und wurde in enger Kooperation mit der betroffenen Bevölkerung von namibischen Institutionen erstellt. Die Umsetzung einzelner Empfehlungen wurde aus Restmitteln des Vorhabens gefördert. Ende 2001 wurde gemeinsam mit dem namibischen Partner ein Projektvorschlag erarbeitet, der 2002 als Grundlage für eine Ausschreibung dienen soll.

Besonders erfolgreich verläuft das über mehrere Jahre angelegte Programm der **Reform der Jugendgerichtsbarkeit**. Einerseits wird versucht, die Situation von Jugendlichen in Gefängnissen zu verbessern, gleichzeitig werden aber auch mit allen betroffenen Institutionen gemeinsam **alternative Strafvollzugsmethoden** entwickelt, getestet und eingeführt. Zielgruppe sind die ca. 900 jugendlichen Strafgefangenen. Entsprechende Sozialarbeit (Fortbildung, Training und Nachbetreuung) soll deren Chance auf eine erfolgreiche Wiedereingliederung nach der Entlassung erhöhen. In diesem Programm gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen den NGOs und staatlichen Stellen (Justizministerium, Bildungsministerium, Polizei usw.), die von Ownership und hoher gegenseitiger Wertschätzung geprägt ist.

Ein Kooperationsabkommen zwischen Namibia und Österreich stand 2001 vor dem Abschluss.

4.2.3 Kooperationsland Südafrika

Gleich wie Namibia fürchtet auch Südafrika ein Übergreifen negativer Entwicklungen im Zusammenhang mit der Landreformfrage. Es wird kritisiert, dass die bisherigen Anstrengungen bei weitem nicht ausreichend sind, um die Frage einer umfassenden Lösung zuzuführen. 86% des besten Landes wird von 60.000 weißen Farmern gehalten. 17 Millionen schwarze Farmer hingegen teilen sich die restlichen 14% des Landes von meist schlechterer Qualität. Die Durchschnittsfarmgröße bei schwarzen Farmern beträgt 1,3 ha, jene von weißen Farmern 1.570 ha. Die Arbeitslosenrate liegt nach wie vor bei etwa 40%.

Die ÖEZA konzentriert sich im Sektor Demokratisierungshilfe weitgehend auf den Bereich 'Local Government'. Diese Maßnahmen reichen von der Förderung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Grundrechte, über die Unterstützung von lokalen **Beratungszentren gegen häusliche Gewalt** in Mpumalanga und Eastern

Cape bis hin zur Unterstützung von **Beratungsprogrammen für Landrechte und Rechtsberatung** durch ein Rechtsbulletin und Seminare für Gemeinden in Südafrika, schwerpunktmäßig in Eastern und Western Cape sowie in Northern Province.

Besonders erfolgreich ist die „**Unterstützung der Selbstverwaltung der Kommunalebene**“, ein Projekt, das die University of Western Cape abwickelt. Durch die vierteljährlich publizierte Zeitschrift werden praktisch alle Gemeinden in Südafrika erreicht. Dieses Bulletin und die Seminare bieten entsprechende Hilfestellung sowohl bei der administrativen als auch legislativen Verwaltung der Gemeinden. 2001 waren die Schwerpunkte der Zeitung: Verfassungsrechtlich relevante Fragen für Gemeinden; ‚Ward Committees‘; Rolle und Verantwortlichkeiten des administrativen Leiters einer Gemeinde; Rolle und Verantwortlichkeiten eines Bürgermeisters.

4.2.4 Schwerpunktland Mosambik

Ein Jahr nach dem Jahrhunderthochwasser, das in Mosambik die Grenzen einer als oft beispielhaft bezeichneten Entwicklung aufzeigte, überschatteten politische und physische Nachwehen den wieder eingekehrten Alltag.

Obwohl zwischenzeitlich die größte Oppositionsgruppe RENAMO-UE die Arbeit im Parlament wieder aufgenommen hat, wird weiterhin die Legitimität von Präsident und Parlament negiert. Ebenso ist der im Jahr 2000 eingeleitete direkte Dialog mit der Regierungspartei FRELIMO ausgesetzt.

Neben dieser innenpolitischen Auseinandersetzung hat im Land die Problematik rund um Korruption und Kriminalität deutlich zugenommen. Ein Bericht der überparteilichen Organisation ETICA reiht Mosambik nach Simbabwe an zweiter Stelle und beleuchtet kritisch, dass die Justiz als einziges Beispiel im südlichen Afrika schlechter als die Regierung bewertet wird.

Im Bewusstsein dieser Probleme kann die Regierung dennoch auf die volle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bauen.

Im Mai wurde das **Regierungsprogramm zur Reduzierung der absoluten Armut** (PARPA/PRSP) vom Parlament verabschiedet. Im September bestätigten Weltbank und Internationaler Währungsfonds die zweite Entschuldungsphase für hoch verschuldete verarmte Länder (HIPC), die für Mosambik eine jährliche **Reduzierung der Schuldentrückzahlung** von über 100 Millionen USD (1998) auf durchschnittlich 56 Millionen USD (2002–2010) bringen wird.

Anlässlich der periodischen Konsultationen zwischen Regierung und Gebergemeinschaft wurden Ende Oktober in Maputo Finanzierungszusagen für 2002 von über 720 Millionen USD abgeben. Das Regierungsprogramm zur Armutsbekämpfung (PARPA 2002–2004) wurde dabei von allen Beteiligten als Handlungsrahmen bestätigt.

Ergänzend zum Trend von nationaler Budgetunterstützung und Sektorprogrammen (SWAP) betonte die ÖEZA in diesem Zusammenhang, dass bei der Armutsbekämpfung über ländliche Entwicklung entsprechende Strukturen und Mechanismen an der **Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bevölkerung in den Distrikten** notwendig sind. Dementsprechend ist das bilaterale Entwicklungskonzept auf Distriktebene in der Provinz Sofala ausgerichtet.

Die mit Hochwassergeldern finanzierte neue Ansiedlung Guara Guara gibt heute etwa **3.000 Menschen** im Distrikt Búzi **eine neue Heimat** und wurde durch den Provinzgouverneur und Botschafter Leitenbauer eingeweiht. Lokal wurden dabei mehr als 290.00 EUR (4 Mio. ATS) im Distrikt umgesetzt, was einen sichtbaren Aufschwung beim lokalen Handel und Kleingewerbe nach sich zieht. Ein effizienter Mitteleinsatz ermöglicht zudem infrastrukturelle Maßnahmen in ländlichen Gebieten, die im Jahr

2001 durch neuerliche Überschwemmungen betroffen wurden.

Eine Verbesserung der Lebensbedingungen als Voraussetzung zur Armutsverringerung kann nur dort stattfinden, wo die Menschen in entsprechenden Verhältnissen leben und am Prozess beteiligt sind. Das ÖEZA-Landessektorprogramm **Demokratie** und **Dezentralisierung** bietet hier seit Jahren den Handlungsrahmen.

In der Stadt Dondo und im Distrikt Búzi wurden gemeinsam mit der lokalen NGO ASSERCO Gruppen der Zivilgesellschaft in **Selbstorganisation** und **Dialog mit Verwaltungsstrukturen** gefördert. Diese Erfahrungen dezentraler partizipativer Entwicklung wurden in zwei Dokumentationen publiziert und finden über die Provinz hinaus Anerkennung als Beitrag für modellhafte Entwicklungskonzepte. Nach einem Jahr Sendebetrieb trägt mittlerweile das Pilotprojekt **Kommunalradio Búzi** ebenso zur allgemeinen Entwicklungsdiskussion durch Radio in Mosambik bei.

Administrative Dezentralisierung bzw. Dekonzentrierung bilden den zweiten Schwerpunktbereich. Im Projekt PADM wurde ab 2001 mit Erfolg die Planung und Umsetzung von Kapazitätsbildung und verbesserten Arbeitsbedingungen direkt den vier beteiligten Distrikt- und Stadtverwaltungen übertragen.

Die **Stärkung dezentraler Strukturen** spiegelt sich auch in den drei weiteren Sektoren mit ÖEZA-Engagement wider. Innerhalb des **Wassersektorprogramms** hat das Projekt PAARSS erfolgreich zur Bewusstseinsbildung einer nachfrageorientierten Wasserversorgung bei der ländlichen Bevölkerung und der zuständigen Provinzdirektion in fünf Distrikten beigetragen und so die Grundlage für die nachhaltige Bereitstellung von kollektiven Wasserversorgungssystemen ge-

schaffen. Lediglich der Aufbau der regionalen Wasserbehörde ARA-Centro stockt im noch unklaren Umfeld von zentralistischer Linienstruktur und autonomen Institutionen.

Der **Landwirtschaftssektor** ist geprägt durch die fortschreitende Implementierung des Reformprogramms PROAGRI (1999–2003) des Landwirtschaftsministeriums und durch die entsprechende Unterstützung der Gebergemeinschaft (2001: 20 Mio. USD). In Abstimmung mit der Provinzdirektion finanziert die ÖEZA Projekte auf drei Interventionsebenen.

APROS steuert lokal die staatliche landwirtschaftliche Organisationsreform auf Provinz- und Distriktebene. In zwei Distrikten wurden die Voraussetzungen für die Planung und das Monitoring des landwirtschaftlichen Beratungsdienstes für 8.000 Familien geschaffen. Auf Seite der ländlichen Bevölkerung vergrößert PACDIB die Reichweite des landwirtschaftlichen Beratungsdienstes im Distrikt Búzi und dokumentiert ertragreiche Produktionsformen zur Einkommensverbesserung in ländlichen Haushalten. PROMEC initiiert Partnerschaften zwischen Produzenten, Lieferanten und Abnehmern im Umkreis von Erzeugergemeinschaften, basierend auf den Ergebnissen der mehrjährigen Zusammenarbeit des abgeschlossenen Projektes PIRAC mit Genossenschaften und deren Provinzverband. Die Provinz Sofala verfügt als Folge dieser Projektintervention über die höchste Anzahl an registrierten kleinbäuerlichen Genossenschaften.

Dem Grundsatz der Produktionssteigerung als Beitrag zur Reduzierung der Armut folgend, konzentriert sich die **Mikro- und Kleinbetriebsförderung** auf Wachstumspole für ländliche Entwicklung. In Zusammenarbeit mit dem Provinz-Unternehmervverband APIS wurden in zwei Distriktstädten Kleingewerbeparks eingerichtet, die lokalen Kleinstunternehmen gegen Kostenersatz kompetitive Produktionsbedingungen bieten und über den Wettbewerb innovative Konzepte fördern.

Die letzte Phase eines UNIDO-Projekts beleuchtet zudem die Voraussetzungen zur Einführung einer einzelnen Anlaufstelle für Neuregistrierungen für Handel- und Gewerbetreibende zur Unternehmensförderung und Reduktion von Bürokratie und Korruption.

Im Bereich **Entminung** wurde über UNDP im Jahr 2001 das Regionalbüro des nationalen Entminungsinstitutes IND als Maßnahme zur Bürgernähe eingerichtet sowie durch IND ein Auftrag in Höhe von 400.000 USD zur Entminung der Stromversorgungslinie nach Beira vergeben. Zudem wurde ein neues Projekt im Bereich „**Mine Action**“ unter Einbeziehung lokaler Forschungsinstitutionen und NGOs auf Kommunalebene durchgeführt.

Im Rahmen der Maßnahmen der ÖEZA für **Konfliktprävention** wurden 2 Seminare zur Unterstützung des Aufbaus afrikanischer Konfliktlösungspotenziale in Mosambik mit internationaler Teilnahme aus 17 afrikanischen Staaten abgehalten.

4.3 Region Westafrika – Sahel

Hauptthemen für die Region Westafrika waren 2001 auf internationaler Ebene: regionale Integration, Armutsbekämpfung, Nahrungsmittelsicherheit, Kampf gegen die Verwüstung sowie Bildung.

Mit dem österreichischen Beitrag zur **Programmförderung von ENDA-Tiers Monde**, einer im Sahel-Raum tätigen internationalen Entwicklungsagentur mit Sitz in Dakar, wurde in Dakar und in anderen Großstädten des Sahel-Raumes die Einkommensschaffung für insgesamt 10.000 Kinder und Jugendliche unterstützt. Alphabetisierung, Abfallrecycling und Animation sind hierbei die zentralen Themen.

Der zweite Interventionsbereich betrifft die **Entwicklungsforschung im Sahel**. Die ÖEZA unterstützt seit mehreren Jahren das Sekretariat des „Club du Sahel“, der 2001 sein 25-jähriges

Gründungsjubiläum feierte. Die neue strategische Ausrichtung des Clubs zielt auf Westafrika (statt bisher Sahel) als geographischen Bezugsbereich, auf die stärkere Einbindung südlicher Partner und die Öffnung gegenüber der zivilen Gesellschaft. Das Arbeitsprogramm 2001–2003 des Clubs fokussiert den Aufbau regionaler Kapazitäten zur Analyse von Entwicklungspotenzialen, die Förderung regionaler Integration sowie lokaler Entwicklung und Dezentralisierung.

Der monetäre Zusammenschluss schreitet planmäßig voran. Im Jahr 2000 wurde der Fahrplan für die monetäre Einheitspolitik der sechs westafrikanischen Staaten, die nicht zur CFA-Zone gehören (darunter Nigeria), beschlossen, 2005 sollte die Fusion dieser Währung mit jener der CFA-Zone Realität werden.

4.3.1 Kooperationsland Senegal

Der Staatschef Abdoulaye Wade konnte nach dem überwältigenden Sieg seines Wahlbündnisses in seinem zweiten Amtsjahr seinen politischen Handlungsspielraum erhöhen. Die im Jänner 2001 verabschiedete neue Verfassung erlaubt Frauen den Besitz von Grund und Boden und schaffte die Zwangsheirat ab.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für territoriale Entwicklung und Dezentralisierung haben sich geklärt, die politische Umsetzung stellt noch einen Problem dar. Mitte Dezember wurde das nationale Armutsbekämpfungsprogramm (PRSP) seitens der Regierung vorgestellt und mit der Gebergemeinschaft und der zivilen Gesellschaft diskutiert. Die Vorlage einer endgültigen Fassung und deren Annahme stehen bevor.

2001 konnte im Senegal die 1996/97 eingeleitete Umstellung des ÖEZA-Programms auf einheitliche Einführung des Instruments „lokaler Entwicklungsfonds“ zur Erreichung des Programmziels „nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes“ konsolidiert werden. Das Landesprogramm Senegal 2002–2005 mit Schwerpunkt ländliche Entwicklung wurde ausgearbeitet. Die österreichischen Durchführungsorganisationen haben ihrerseits ihren Dezentralisierungsprozess erfolgreich umgesetzt.

Insgesamt werden durch ländliche Entwicklungsprojekte der ÖEZA direkt oder indirekt ca. 50.000 Menschen unterstützt.

Die Fortführung der Zusammenarbeit mit der in Dakar ansässigen NGO ENDA Tiers Monde trägt

zur Bekämpfung der Armut insbesondere im städtischen Bereich und zur weiterreichenden Mobilisierung der zivilen Gesellschaft im Land bei. Mit einem neuen Müllentsorgungs- und -verwertungsprojekt in St Louis, der ehemaligen Hauptstadt des Landes, sollen die Lebensqualität im urbanen Raum verbessert und neue Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden.

Im Mikrofinanz-Bereich fanden hauptsächlich auf nationaler Ebene in Dakar und mit Partnern aus den Regionen Thiès, Ziguinchor, St Louis,

Louga, Fatick, Kaolack und Kolda. verstärkt Aktionen und Informationsaustausch statt.

In Abstimmung mit der österreichischen Botschaft und der EU-Kommission nimmt jetzt die ÖEZA auch in der Geberkoordination zu den Themen Umwelt, Dezentralisierung und EU-Bi- und Multilaterale EZA teil. Weitere Themen sind Handwerksförderung und der lokale Entwicklungsfonds.

4.3.2 Schwerpunktland Burkina Faso

Nach dem Attentat auf den oppositionellen Journalisten Norbert Zongo Ende 1998 fiel Burkina Faso in eine sozio-politische Krise, die bis heute fortbesteht. Im Gegensatz zu den Vorjahren verlief das Jahr 2001 jedoch verhältnismäßig ruhig. Da die seit November 2000 amtierende Regierung im Hinblick auf die Vorkommnisse der vergangenen Jahre weniger belastet ist, kann sie auch unbefangener agieren. So wurde das gleich zu Beginn des Jahres abgehaltene Treffen des Premierministers mit dem Oppositionsbündnis „Gruppe des 14. Februar“ als Neubeginn eines nationalen Dialogs gewertet. Die Wiedereröffnung der Universität von Ouagadougou im Jänner 2001 war ein weiterer Faktor, der nach den schweren Studentenunruhen der Vorjahre und letztlich der Schließung der Universität im Oktober 2000 zu einer gewissen Beruhigung des sozio-politischen Klimas beigetragen hat.

Nach der Zongo-Affäre und diversen Anschuldigungen, wonach Burkina Faso die UN-Sanktionen gegenüber Angola und Sierra Leone gebrochen hätte, war der Versuch des Präsidenten Compaoré, sich und sein Land als wichtige politische Größe im subregionalen Raum zu etablieren, als gescheitert anzusehen.

Inzwischen aber gelingt es dem Land mit zunehmendem Erfolg, sich als Gastgeber für große internationale Konferenzen einen Namen und damit wieder eine gewisse Bedeutung auf internationalem Niveau zu verschaffen.

Die makroökonomischen Rahmenbedingungen blieben weiterhin stabil. Nach einer klimabedingten schlechten Ernte im Jahr 2000, die zu einem fast 4%-igen Rückgang der Wirtschaftsleistung im Primärsektor geführt hatte, wird für das Jahr 2001 nicht zuletzt aufgrund einer guten Regensaison ein Gesamtwirtschaftswachstum von über 6% erwartet.

Die Umsetzung des im Juli 2000 von der Weltbank und dem IWF angenommenen Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung (PRSP) wurde im September 2001 erstmals einer Zwischenevaluierung seitens der Geber unterworfen. In einem gemeinsamen Memorandum der EU-Mitgliedstaaten und der EK wurden die Bemühungen der Regierung anerkannt, aber auch auf einige Unzulänglichkeiten wie mangelnde Kohärenz zwischen dem PRSP und den verschiedenen Sektorstrategien, zu wenig effiziente Führung des öffentlichen Haushalts

sowie unrealistische Entwicklungsziele hingewiesen.

Die Arbeit der ÖEZA in Burkina Faso orientierte sich im Jahr 2001 weiterhin an einer Konsolidierung der beiden Schwerpunktsektoren im Hinblick auf mehr Kohärenz und Effektivität der Maßnahmen. Die wesentlichen Eckpunkte bildeten dabei der Start eines neuen Projektes der ländlichen Handwerksförderung, die Vorbereitung eines Regionalentwicklungsprojektes im Osten des Landes sowie die Erstellung des Sektorprogramms Technischer Unterricht und Berufsbildung.

Im Schwerpunktsektor **Ländliche Entwicklung** wurde im Bereich der Förderung des ländlichen Handwerks durch den Beginn des Projektes **PARTOU** (Programme d'Appui à l'Artisanat dans l'Ouest) ein wesentlicher Impuls für die kleingewerbliche Entwicklung von vier westlichen Provinzen des Landes gesetzt. Gemeinsam mit zwei anderen, bereits seit mehreren Jahren laufenden Handwerksförderungsprojekten (**PERCOMM**, **ProPANO**) werden nunmehr ca. **3.000 Handwerker in 18 Provinzen** betreut.

Das Projekt **PAD** (Projet Agriculture Durable) in Kouritenga befindet sich in seiner zweiten Finanzierungsphase, die u.a. eine Stärkung der Bauernorganisationen sowie die zunehmende Anwendung eines von der betroffenen Bevölkerung ausgearbeiteten und gesteuerten Flächennutzungssystems vorsieht.

Im Rahmen einer **Studie zur Erhebung der Entwicklungsmöglichkeiten dreier Provinzen** im Osten des Landes wurde die Provinz **Kouplélogo** als Interventionszone für ein Regionalentwicklungsprogramm mit den Schwerpunkten Landwirtschaft und Schutz natürlicher Ressourcen **identifiziert**. Diese Provinz zählt zu den am wenigsten entwickelten Gegenden des Landes und wurde bisher von kaum einem

Entwicklungsprogramm betreut. Gemeinsam mit den betroffenen Bauernverbänden und den lokalen Behörden wurde im Rahmen eines mehrtägigen Workshops im November der Rahmen für ein Projekt definiert, das 2002 beginnen sollte.

Im Sektor **technische und berufliche Bildung** wurde auf der Grundlage zweier mit Unterstützung der ÖEZA in den Jahren 2000 und 2001 erstellten Sektorstudien ein **neues Sektorprogramm** erarbeitet. Das Dokument wurde im November den betroffenen Ministerien und Gebern präsentiert und als Rahmen für alle sektorbezogenen Maßnahmen für den Zeitraum 2002–2004 angenommen.

Der fünfte und sechste von der ÖEZA unterstützte Lehrgang zur Ausbildung von technischen Lehrern wurde fortgesetzt. 25 Studenten haben ihre Ausbildung Ende 2001 abgeschlossen.

Nach einer Evaluierung im Dezember 2000 erfuhr das „**Centre de Ressources**“ für seine im Juli begonnene zweite Phase eine teilweise Neuausrichtung. Dieses betrieblich orientierte Berufsbildungszentrum widmet sich der Schulung von Kleinbetrieben, der Weiterbildung von technischen Lehrern sowie der Vermittlung von Betriebspraktika für Schüler verschiedener technischer Schulen. In zunehmendem Maße werden auch spezifische technische Dienstleistungen vom Markt nachgefragt. Die Einnahmen aus allen Leistungen fließen ins Projekt zurück und sollen bis zum Ende der Phase die Abdeckung von 40% der laufenden Kosten erlauben.

Die Koordination unter den Gebern verläuft größtenteils sehr gut und konstruktiv. Ein sichtbarer Ausdruck dieser guten Zusammenarbeit ist eine im Juni 2001 an den Finanzminister gesandte und von allen bi- und multilateralen Gebern anerkannte Leistungs- und Entgeltregelung im Rahmen von Entwicklungsprojekten. Auf der Ebene der EU fand ein intensiver und sehr

offener Diskussionsprozess zur Erstellung der neuen Länderstrategie (im Rahmen des 9. EEF) statt. Das Koordinationsbüro der ÖEZA in Burkina Faso war aktiver Teilnehmer an allen Koordinierungstreffen der EU, den verschiedenen Abstimmungstreffen zwischen Regierung und Gebern im Rahmen der PRSP-Evaluierung sowie an den relevanten Sektorbesprechungen (Secteur Privé, Développement Rural, Formation Professionnelle).

Der auf Initiative der ÖEZA in Burkina Faso im November 2000 ins Leben gerufene Konzertierungsrahmen für den Bereich Technischer

Unterricht und Berufsbildung hat sich gut etabliert. Dies zeigt sich nicht zuletzt in einem gemeinsamen Brief an den Premierminister, in dem u.a. auf den seit Jahren bestehenden Kompetenzkonflikt zwischen den zwei am meisten betroffenen Ministerien hingewiesen und um eine Klärung im Sinne einer effizienteren Sektorentwicklung gebeten wurde.

Im September 2001 besuchten die 4 entwicklungspolitischen SprecherInnen der österreichischen Parlamentsparteien die wichtigsten EZA Projekte und führten Gespräche mit Fachministern und Vertretern der Gebergemeinschaft.

4.3.3 Schwerpunktland Kap Verde

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2001 übernahm die PAICV (Partido Africano da Independencia de Cabo Verde) nach 10 Jahren Regierung der MpD (Movimento para a Democracia) wieder als stärkste Partei des Landes die Führung.

Auf wirtschaftlicher Ebene konnte die äußerst prekäre Finanzsituation des Landes zumindest soweit im Gleichgewicht gehalten werden, dass es zu keinen erheblichen Verzögerungen bei der Auszahlung von Gehältern an öffentliche Bedienstete gab. Entgegen internationalen Bestrebungen konnte die interne öffentliche Schuld nicht abgebaut werden. Das Wirtschaftswachstum betrug 2001 lediglich 3% – ein drastischer Einbruch gegenüber 6,7% in 2000 und den fast 8% in den Jahren davor. 2002 ist aufgrund rigoroser Spar- und Preisangleichungsmaßnahmen trotz der schwachen Regenfälle wieder ein Wirtschaftswachstum in der Höhe von etwa 5% zu erwarten.

Der Prozess der Restrukturierung und Privatisierung öffentlicher Betriebe wurde nach der

Kritik der Vorjahre genau geprüft und mit dem Ziel, besonders die Rückstände aus dem externen Schuldendienst aus den Jahren 1999 und 2000 zu begleichen, im Sinne der PAICV-Regierung weitergeführt.

Die Präsenz der internationalen Gebergemeinschaft in der Entwicklungszusammenarbeit mit Kap Verde nimmt weiterhin ab, die Überweisungen der EmigrantInnen zu. Der Privatsektor kurbelt die Integration Kap Verdes in die Weltwirtschaft an, insbesondere über „joint ventures“, häufig mit portugiesischen Firmen.

Aufgrund eines relativ hohen BIP/Kopf von über 1.300 US \$ sind Interventionen in Kap Verde nur dann zu rechtfertigen, wenn die Armutsrelevanz der EZA eindeutig sichtbar ist.

Strategisch ist die Armutsorientierung des ÖEZA-Programms verankert durch die Definition der besonders armutsrelevanten Programme, Projekte und Maßnahmen in den langjährigen Interventionssektoren und durch die Festlegung operativer Mechanismen, um ÖEZA-Projektmittel

und kapverdische Gegenwertmittel aus ÖEZA-Budgethilfen in gemeinsamen Armutsbekämpfungsprogrammen sinnvoll zusammenzuführen.

Sämtliche Programme und Projekte werden in Abstimmung mit der kapverdischen Regierung und den anderen Gebern durchgeführt. Mit Ausnahme jener Programme in den Bereichen, die das gesamte Land betreffen (Stipendienprogramme, Budgethilfen usw.), konzentriert sich die ÖEZA in ihrer Projektarbeit auf den ländlichen Bereich der Hauptinsel Santiago mit einer Zielbevölkerung von ca. 120.000 Personen.

Seit 1998 besteht ein Abkommen mit der kapverdischen Regierung, das einen **österreichischen Beitrag zum nationalen Armutsbekämpfungsprogramm**, an dem sich auch Weltbank, UNDP und EU beteiligen, festschreibt. Österreichische Aktivitäten in diesem Bereich sind sektorübergreifend und konzentrieren sich auf den ländlichen Raum. Sie zielen auf eine Eingliederung unterqualifizierter Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt ab.

Im Bereich **Wasserversorgung und Dezentralisierung** arbeitet die ÖEZA mit verschiedenen Ebenen bzw. Akteuren: Die Entwicklung der Kapazitäten **technischer Planungsbüros** soll die nachhaltige Verteilung der Ressourcen, insbesondere Wasser, in Zukunft gewährleisten. Im Rahmen des Projekts **ASAAS** werden Betrieb und Verwaltung von Wasser- und Abwasserinfrastrukturen in den ländlichen Gemeinden Santiagos nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten reorganisiert. Aufgrund des Modellcharakters des Projektes unterstützt die französische EZA auf Ersuchen der Regierung Wasserversorgungsbetriebe in ähnlicher Form auf anderen Inseln.

Als Pilotprojekt gilt die integrierte **Bewirtschaftung von Wasserressourcen im Flusseinzugsgebiet in Ribeireta**, einem kleinen Flusstal auf Santiago. Es fungiert bereits als „Laborato-

rium für Armutsbekämpfung im ländlichen Raum“. Die wasserwirtschaftlichen Aspekte des Projektes werden in ihrer Gesamtheit (Förderung – Verteilung – Nutzung – Aufbereitung) durch die Verbreitung von wassersparenden Methoden (z.B. Tröpfchenbewässerung) sowie durch die Schaffung von Nutzergemeinschaften nachhaltig in der Bevölkerung verankert.

Der Einschulungsrate von fast 100% stehen mangelhafte Kapazitäten und Ressourcen des Schulsystems gegenüber, die zu unbefriedigenden Erfolgen und frühen Schulabgängen führen. Im Rahmen der **Bildungsreform** Kap Verdes – durch verschiedene Geberinterventionen existieren drei Bildungssysteme in Ansätzen parallel – hat Österreich mit Deutschland, UNICEF u.a. eine operationelle Kooperation der Geber auf Programmebene erreicht, die erstmals auf ein einheitliches Grundbildungssystem mit messbaren Resultaten und nachhaltigen Erfolgen hoffen lässt. Mit diesem Programm sollen die **Primärbildungsstrukturen** langfristig aufrechterhalten bzw. erweitert und die **Qualifikation** von Schulverwaltung und Lehrern verbessert werden. Die ÖEZA leistet ihren Beitrag in Form der technischen Assistenz für die Schulerhaltung und die Qualifizierung der LehrerInnen einerseits sowie einer Budgethilfe für Schulbau und Schulerhaltung andererseits eingesetzt.

Wegen der politischen Veränderungen und prekären Finanzsituation des Landes 2001 kam es nur zu langsamen Fortschritten in der Umsetzung der Projekte. Dennoch lassen eben diese Veränderungen auf eine bessere Erreichung der Ziele in den folgenden Jahren hoffen.

Außerdem wurden 2001 für den Einkauf von Grundnahrungsmitteln ca. 800.000 EUR (11 Mio. ATS) ausgezahlt. Der Inselstaat ist aufgrund seiner geringen Fläche und mangelnder Niederschläge dauerhaft auf massive Nahrungsmittelimporte angewiesen.

4.4 Region Zentralamerika

Politisch ist Zentralamerika nach wie vor von einer Union weit entfernt. Zu groß sind die Differenzen zwischen den Staaten.

Anfang 2001 führte El Salvador die Dollarisierung ein. Auch Guatemala plant diesen Schritt. In Costa Rica wird diese Möglichkeit zeitweise überlegt.

Aufgrund der fehlenden regionalen Ansätze hat die ÖEZA derzeit keine länderübergreifenden

Projekte. Informationsaustausch und Workshops zu Querschnittsthemen sollen jedoch auf Ebene der lokalen NGOs und der Zivilgesellschaft die Vernetzung fördern. Neben einer vergleichenden Gender-Studie, einem Erfahrungsaustausch in ländlicher Entwicklung und dem Thema Kleinkredite wird als nächster Schritt das Thema „Traditionelle Medizin“ überregional behandelt werden.

4.4.1 Kooperationsland Costa Rica

Auch wenn die Situation Costa Ricas im zentralamerikanischen Kontext nach wie vor gut ist, sind einige besorgniserregende Ereignisse zu verzeichnen. Die für das Jahr 2000 vorgesehene Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft wurde aufgrund massiver Streiks und Unruhen abgebrochen. Einen weiteren Problembereich stellen die angeblich mehr als 500.000 nicaraguanischen Einwanderer, von denen mehr als 300.000 die Aufenthaltsgenehmigung erhielten, dar. Einerseits kann die costaricanische Exportlandwirtschaft (Kaffee, Bananen, Palmöl, Zucker und Blumen) ohne diese billigen Arbeitskräfte nicht überleben, andererseits gelingt die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in das geschlossene costaricanische Gesellschaftssystem nur schwer. Damit verbleiben die Einwanderer am untersten Ende der Sozialskala mit unzureichendem Zugang zu Schulbildung und Sozialsystem.

Das Engagement der ÖEZA beschränkt sich in Costa Rica auf zwei Projekte:

- Im Grenzgebiet zum „Regenwald der Österreicher“ wird ein **Gemeindeentwicklungsprojekt** von der lokalen NGO Neotrópica durchgeführt. Dabei sollen soziale Spannungen als Folge der Naturschutzmaßnahmen entschärft werden.
- Ein neu begonnenes Projekt hat die Schaffung eines **Ausbildungszentrums** für ökologischen Landbau zum Ziel. In den feuchten Tropen bei Turrialba gelegen, sollen auf einer kleinen Demonstrationsfarm nachhaltige Landwirtschaftsformen erprobt und demonstriert werden. Durch ein begleitendes **Stipendienprogramm** werden zu den einzelnen Kursen auch VertreterInnen aus Nicaragua, Guatemala und El Salvador eingeladen, um neben der Vermittlung von Kenntnissen auch die regionale Vernetzung zu fördern.

4.4.2 Kooperationsland El Salvador

Die Wahlen in El Salvador im Jahr 2000 haben zu keinen grundlegenden Änderungen geführt. Die wirtschaftliche Situation ist die dynamischste der Region, was auch auf den hohen Anteil an Auslandsüberweisungen von Verwandten zurückzuführen ist. Salvadorianische Investoren haben sich bereits vor mehreren Jahren teilweise aus dem Agrobusiness zurückgezogen und vermehrt in kommerzielle Aktivitäten investiert. Ein Teil des Erfolgs ist auch auf das inzwischen abgeschlossene Freihandelsabkommen mit Mexiko (gemeinsam mit Guatemala und Honduras) zurückzuführen.

Seit 1. Jänner 2001 hat El Salvador den Dollar als Währung eingeführt.

Da Nicaragua nicht nur an seiner südlichen Grenze Probleme hat, sondern auch mit

Honduras, wird versucht, eine Achse El Salvador – Nicaragua zu formen, wozu unter anderem wieder eine Bootsfähre zwischen diesen beiden Ländern über den Golf Fonseca errichtet werden soll. Damit würde Honduras umgangen und könnten die aufwändigen Grenzkontrollen reduziert werden.

Schwerpunkt der ÖEZA bleibt die **Förderung der ländlichen Entwicklung**, der dahingehend erweitert wird, dass neben dem rein landwirtschaftlichen Aspekt ein integrierender Ansatz angestrebt wird, der sowohl die ökonomische als auch die soziale Situation mitbehandelt.

Weiters soll der Gewerbeförderung, als Ansatzpunkt zur Schaffung dringend benötigter Arbeitsplätze, stärkere Beachtung gegeben werden.

4.4.3. Kooperationsland Guatemala

Das Friedensabkommen von 1996 bleibt eine leere Hülse, nachdem durch ein von der regierenden Partei des ehemaligen Putsch-Generals Ríos Montt FRG initiiertes Referendum die erforderlichen Verfassungsänderungen zur Umsetzung des Friedensabkommens abgelehnt worden sind. Die Menschenrechtssituation hat sich verschlechtert, eine steigende Gewaltbereitschaft ist merkbar.

Die im Friedensabkommen vorgesehene Erhöhung der Steuerquote auf ohnehin nur 12% wurde nicht erreicht und pendelt weiter zwischen 9% und 10%. Der Ausweg aus dem Dilemma ist die Erhöhung der indirekten Steuern, die jedoch überproportional die ärmeren Schichten treffen. Die Einführung einer gerechteren Grundbesitz-

abgabe wurde von Großgrundbesitzern leider verhindert. Entwicklungsmöglichkeiten im Tourismus sind durch die politische Situation sehr eingeschränkt.

Das **Landtitulierungsprojekt** der ÖEZA wurde zu Jahresende 2000 erfolgreich abgeschlossen, und damit wurde auch der Schwerpunkt Petén beendet. Weiterhin regionaler Schwerpunkt der ÖEZA bleibt das **westliche Hochland**.

Auch in Guatemala hatte das Programm mit den Finanzierungsproblemen der ÖEZA in der Region zu kämpfen, Pläne für Aktivitäten mussten gestreckt und erwartete Resultate gestrichen werden.

Ein großer Erfolg ist, dass die Gemeindeverwaltung von **Quetzaltenango** von der Notwendigkeit der Schaffung eines **autonomen Wasserversorgungsunternehmens** überzeugt werden konnte. Mit Jahresende 2000 wurden der rechtliche Rahmen geschaffen und das Unternehmen in seine **finanzielle Autonomie** entlassen. Damit hat die 200.000 EinwohnerInnen zählende Stadt einen wesentlichen Schritt zur Verbesserung der Wasserversorgungssituation unternommen. Nachdem immer wieder Cholerafälle aufgetreten waren, stellt die Verbesserung des Versorgungssystems auch einen wesentlichen **Beitrag zur Armutsbekämpfung** dar (denn gerade die Wohngebiete der Bevölkerung mit niedrigen Einkommensquoten haben mit den stärksten Versorgungsproblemen zu kämpfen). Der neu geformte Gemeindebetrieb wird 2002 in die Selbstständigkeit entlassen und nur mehr bei der Integrierung der ländlichen Versorgungseinheiten unterstützt.

Da die Partnerorganisationen nicht bereit waren, sich in das öffentliche Schulsystem integrieren zu lassen, musste das zweisprachige Erziehungs-

programm in der Umgebung von Guatemala Stadt geschlossen werden. Im westlichen Hochland wurde nun ein neues Projekt in Abstimmung mit der regionalen Schulbehörde und anderen Gebern konzipiert, das auf Grundlage einer Ausschreibung inzwischen mit Erfolg ein Curriculum für **zweisprachige Erziehung im Kiché-Gebiet** durchgeführt wird. Die Fortsetzung dieser Aktivitäten ist – genauso wie jene im Wasserbereich – in der Landwirtschaft und im Gender-Bereich in den Jahren 2002–2004 vorgesehen.

Ein interessanter Beitrag der ÖEZA ist vor kurzem abgeschlossen worden. Dabei wurden die **Ch'orti-Indianer im Grenzgebiet zu Honduras** unterstützt, ihr Gemeindeland zu demarkieren und zu legalisieren. Erst durch die Eintragung ins Grundbuch sind Entwicklungsinvestitionen abgesichert und kann das Land auch mit Krediten belehnt werden. Damit ist ein erster Schritt zur Verbesserung der Lebenssituation geschaffen. Eine Fortsetzung der Unterstützung wird über ein Kofinanzierungsprojekt sichergestellt.

4.4.4 Schwerpunktland Nicaragua

Die politische Situation in Nicaragua war geprägt durch die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im Jahr 2000 sowie durch die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2001, die jeweils im November abgehalten wurden. Das gesamte System des Rechtswesens ist nach Ansicht aller Gebervertreter unglaubwürdig geworden. Am auffälligsten dabei ist der hohe Prozentsatz an abgewiesenen Gerichtsfällen. Die Schwierigkeiten mit den öffentlichen Institutionen führten dazu, dass die ÖEZA verstärkt mit den besser erfassbaren dezentralen **Strukturen auf Gemeindeebene** und **direkt mit der Zivilgesellschaft** zusammenarbeitet.

Nicaragua wurde im Jahr 1999 aufgrund seiner Überschuldung von 1200% des Exporterlöses als Kandidat für die HIPC-Initiative ausgewählt. Das Defizit in der Handelsbilanz hat sich 2001 durch den Preisverfall des Hauptexportprodukts Kaffee und den Anstieg des Erdölpreises zusätzlich verschärft. Das Land überlebt im Wesentlichen durch Geldtransfers von Verwandten aus dem Ausland, EZA-Zahlungen und Kredite.

Aufgrund schwerwiegender Probleme im Bankensektor (im Jahr 2000 und 2001 mussten vier Banken wegen Überschuldung geschlossen werden, u. a. die erst kurz privatisierte Staats-

bank BANIC) und der Nichterfüllung von Auflagen des IWF und der Weltbank verzögerte sich die Aufnahme Nicaraguas in die HIPC-Initiative bis Ende Dezember 2000. Der Completion Point wird voraussichtlich frühestens Ende 2003 erreicht werden.

Ein konkretes Programm zur Armutsbekämpfung, ein „Poverty Reduction Strategy Paper“ (PRSP) wurde erarbeitet, das auch für die ÖEZA in Zukunft ein möglicher Hauptansatzpunkt sein könnte.

Bedingt durch die Budgetprobleme und die Verschlechterung des Wechselkursverhältnisses Schilling zu Dollar kam es in einer Reihe von Projekten zu Problemen in der Abwicklung.

Abgeschlossen wurde das BIOMASA-Projekt, wobei es gelang, die Universität bei der Gründung eines Umweltinstitutes zu beraten, an das das Umweltlabor übergeben werden konnte. Weitergeführt wird an diesem Institut die **Beratung in Abwasserfragen**. In Kombination mit dem von Österreich über die UNIDO finanzierten **Cleaner Production Center** wird österreichisches Know-how vermittelt. Die desolante Umweltsituation führt allmählich zu einem Umdenken, sodass ein größeres Engagement in diesem Sektor bei gleichzeitig stärkerer Koordination der Geber angebracht ist.

Ein mühsam erkämpfter Erfolg bahnt sich beim **Regenwaldprogramm** an. Nachdem das bereits vor über 10 Jahren mit österreichischen Mitteln errichtete **Sägewerk am Río San Juan** nunmehr im zweiten Jahr operativ war, wurde erwartet, dass **im Jahr 2001 ausgeglichen bilanziert** werden kann. Aufgrund der ungünstigen Witterungsbedingungen wird dieser Punkt nach notwendigen Umstrukturierungen erst 2002 erreicht werden. Dies nicht nur aus ökonomischer, sondern auch aus ökologischer Sicht. Die Über-

arbeitung der forstlichen Bewirtschaftungspläne und begleitende Feldforschung zeigen die Nachhaltigkeit des Systems, sofern nicht willkürlich durch Brandrodungen eingegriffen wird. Das österreichische Konzept wird als richtungsweisend dargestellt.

Ein weiterer Erfolg ist die **Einführung tropischer Schnittblumen als alternatives Marktprodukt**. Pflanzen, die von den lokalen Bauern als „Unkraut“ bezeichnet werden, sowie verschiedene Kreuzungen und Hybriden werden auf kleinen Flächen angebaut, um sowohl lokal vermarktet zu werden als auch mittelfristig den österreichischen und europäischen Markt zu beliefern.

Nach mehrjähriger Vorarbeit ist es in der am wenigsten entwickelten Autonomen **Atlantikregion Nord** (RAAN) gelungen, die diversen **Gesundheits- und Bildungsprojekte** zu koordinieren und zu einem Programm zusammenzufassen. Hier wird ein optimales Zusammenwirken von Zentralregierung, Provinzverwaltung, österreichischen NGOs und Regionalbüro möglich.

Das Regionalbüro ist aktiv an der **Geberkoordination** beteiligt, v. a. in den Bereichen Good Governance, Klein- und Mittelbetriebe und Umwelt. Aufgrund der mangelnden Themenführerschaft der Regierung hat in den genannten Bereichen die Gebergemeinschaft die Initiative übernommen. Mit der neuen Regierung des Präsidenten Bolaños wird eine engere Zusammenarbeit seitens der Geber angestrebt.

Im Sektor Ländliche Entwicklung wurde ein erster Versuch der engeren Zusammenarbeit zwischen den mittelamerikanischen Lokalpartnern lanciert. Dazu gab es drei Seminare zu den Themen Nachhaltige Landwirtschaft, Agroindustrie und Kommerzialisierung.

Ein neuer Arbeitsbereich ist „**Microfinance als Instrument der Entwicklungsförderung**“. Die ÖEZA hatte seit einigen Jahren Probleme im Bereich Kreditwesen festgestellt, z. B. gab es keine einheitlichen Kriterien oder **Richtlinien zur Kreditvergabe** in den verschiedenen Projekten in mittelamerikanischen Ländern. Die Erfahrungen wurden zu Beginn 2001 systematisiert, Richtlinien sollen im kommenden Jahr fertig gestellt werden.

Seit 2000 führt das ÖEZA-Koordinationsbüro zu 100% für alle Projekte in Mittelamerika eine **Rechnungsprüfung vor Ort** in enger Zusammenarbeit mit der ÖEZA-Kontrollabteilung durch. Damit wird erstmals sowohl die sachliche als auch die rechnerische Richtigkeit von mehr als 120 Einzelverträgen mit 27 unterschiedlichen Vertragspartnern direkt vor Ort geprüft – ein wichtiger Beitrag zur Dezentralisierung.

4.5 Region Himalaya-Hindukusch

Im Jahr 2001 hat sich besonders deutlich gezeigt, wie instabil die politische Situation in dieser Region ist. Sie wird geprägt von politischen und gesellschaftlichen Gegensätzen, die immer wieder zu Spannungen oder Konflikten zwischen und in den einzelnen Staaten führen. Vor diesem Hintergrund erhält die Unterstützung von länderübergreifenden Projekten besondere Bedeutung.

In den vergangenen Jahren arbeitete die ÖEZA auf regionaler Ebene vor allem mit dem in Kathmandu ansässigen International Center for Integrated Mountain Development (**ICIMOD**)

zusammen. Neben Beiträgen zu den laufenden Kosten von ICIMOD wurden **Projekte der angewandten Forschung**, an denen Menschen und Institutionen aus verschiedenen Ländern der Region gemeinsam arbeiten, weitergeführt. Beispiele für solche Projekte sind das **Regionale Weidelandprogramm**, das zur Verbesserung der ökologischen Situation in den Ökosystemen der Region Himalaya-Hindukusch beitragen will, oder das Projekt **Einheimische Bienen im Himalaya** zur Erhaltung der Biodiversität und Produktivitätssteigerung, das in Zusammenarbeit mit nationalen Organisationen in Bhutan, China, Indien, Nepal und Pakistan durchgeführt wird.

4.5.1 Schwerpunktland Bhutan

Auch im Jahr 2001 konzentrierte sich die österreichische Kooperation mit Bhutan auf die Sektoren **Energie, Hochgebirgsökologie, Kultur und Tourismus**.

Wesentliche Fortschritte gab es im Energiesektor. Ein Entwurf für das Landesektorprogramm Energie 2002–2004 wurde ausgearbeitet und mit den bhutanischen Partnern abgestimmt. Laut Programm wird sich die

Kooperation im Energiesektor auf folgende Bereiche Wasserkraft, Ländliche Energie sowie Ausbildung und Aufbau von Kapazitäten konzentrieren.

Im Energiesektor dominiert das **Wasserkraftwerk Basochhu** nach wie vor die Zusammenarbeit mit Bhutan. Die Bauarbeiten an der Oberstufe des Kraftwerkes konnten Ende August 2001 abgeschlossen werden, seit Oktober speist

Basochhu I den produzierten Strom in das bhutanische Netz ein, Mitte November wurde die Kommissionierung abgeschlossen. Basochhu I hat auch bereits erfolgreich bewiesen, dass selbst bei technischen Problemen im Großkraftwerk Chhukha die Stromversorgung Westbhutans gewährleistet werden kann. Die Einführung eines bilateralen Steuergremiums (**Steering Committee**) sowie der engagierte Arbeitseinsatz vieler Mitarbeiter in Bhutan und Österreich haben sicher wesentlich zum erfolgreichen Abschluss dieses Projektes beigetragen. Die Unterstufe des Wasserkraftwerks Basochhu soll im Rahmen des Österreichischen Exportförderungsverfahrens (Rahmen II Kredite) finanziert werden. Grundlegende Vorbereitungsarbeiten begannen bereits vor mehreren Jahren. Die Ausschreibung erfolgte zu Beginn des Jahres. Im Sommer wurden die Angebote gemeinsam mit den bhutanischen Partnern evaluiert, und im September 2001 wurde der Vertrag mit dem österreichischen Generalunternehmer unterzeichnet. Bhutan hat bislang noch sehr wenig Erfahrung mit so genannten „turn key“-Projekten und ersuchte deshalb die ÖEZA, die Basochhu Project Authority in ihrer Funktion als Bauherr zu unterstützen. Eine entsprechende Aufgabenbeschreibung für Konsultanten wurde ausgearbeitet und ausgeschrieben.

Da Basochhu das erste Kraftwerk mit moderner europäischer Technologie ist, werden auf Wunsch Bhutans Maßnahmen in den Bereichen Ausbildung und Beratung der Betriebsleitung von Basochhu I gefördert. Ein technischer Berater unterstützte die Betriebsleitung während der Kommissionierung von Basochhu I vor Ort. Er wird auch in Zukunft für bestimmte, kürzere Zeitabschnitte vor Ort und ansonsten über eine Hotline zur Verfügung stehen. Das geplante Ausbildungsprogramm mit Schwerpunkt Betrieb und Wartung von Wasserkraftwerken soll auch

für Mitarbeiter anderer bhutanischer Kraftwerke zugänglich sein.

Die Sanierungs- und Nachrüstungsarbeiten am **Kraftwerk Rangjung** wurden wie geplant in diesem Jahr abgeschlossen. Die externe Evaluierung des Kraftwerkes zeigt, dass dieses langjährige Projekt der ÖEZA wesentlich zur Verbesserung der Stromversorgung in ländlichen Gebieten – ein zentrales Ziel der bhutanischen Regierung – beigetragen hat. Die Resultate und Empfehlungen der Evaluierung wurden bei der Ausarbeitung des Energiesektorprogramms berücksichtigt.

Erstmals unterstützte die ÖEZA das Programm zur ländlichen Elektrifizierung, das von der bhutanischen Regierung mit externer Hilfe geplant und bis dato von Gebern wie Asian Development Bank (ADB), Niederlanden und Indien finanziell gefördert wurde. Dieses Projekt ist ein gutes Beispiel für Geberkoordination in Bhutan und ermöglicht Haushalten in teils sehr entlegenen ländlichen Gebieten, mit relativ geringen eigenen Kosten ans Stromnetz angeschlossen zu werden.

Ausbildung und Aufbau von Kapazitäten gewinnen innerhalb des Energiesektors ständig an Bedeutung (siehe oben); drei zusätzliche Ausbildungsplätze konnten in diesem Jahr am AIT (Asian Institute of Technology) zur Verfügung gestellt werden.

Im **Tourismussektor** konnten auch in diesem Jahr keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Gespräche mit zuständigen bhutanischen Stellen zeigten aber ein großes Interesse an weiterer Kooperation im Sektor.

Die Projekte im Bereich **Hochgebirgsökologie**, Verringerung des Ausbruchrisikos von Gletscherseen in der Lunana Region, und das

Nadelwald Forschungs- und Ausbildungsprojekt, wurden fortgesetzt.

Zentrales Projekt im Sektor **Kultur** ist die Renovierung des Trongsa Dzong.

In allen neuen Projekten der Kooperation mit Bhutan wird dem Prinzip der National Execution Rechnung getragen (das lokale Projektmanagement übernimmt die Projektverantwortung, Geldflüsse werden über das bhutanische Finanzministerium geleitet, das Projektmanagement folgt den detaillierten und strengen Richtlinien für

National Execution, das Koordinationsbüro der ÖEZA ist intensiv in Planung und Monitoring der Projekte eingebunden).

Die 1998 eingeführten Annual Consultations haben sich sehr bewährt. Die gemeinsame Rückschau auf die Aktivitäten des Vorjahres und die Planung für das jeweilige Folgejahr haben wesentlich zur Erhöhung der Transparenz, zur Verbesserung der Koordination und zur Umsetzung der Kooperationsziele in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht beigetragen.

4.5.2 Kooperationsland Nepal

Die innenpolitische Instabilität nahm in diesem Jahr stark zu. Die schon seit Jahren im Untergrund kämpfenden maoistischen Rebellengruppen haben ihren Einfluss auf das gesamte Land ausgedehnt, einige westliche Distrikte stehen unter der Kontrolle der Maoisten, deren Anschläge in diesem Jahr auch die Hauptstadt Kathmandu erreicht haben. Seit 1995 wurden bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Maoisten und staatlicher Verwaltung ca. 2000 Menschen getötet. Im Juni erschütterte das Massaker an der Königsfamilie die Bevölkerung. Der neue König gilt nicht als Integrationsfigur wie sein Vorgänger. Premierminister Koirala trat unter starkem und anhaltendem Druck Oppositionsparteien im Juli zurück. Unter seinem Nachfolger Deuba wurden erstmals ernsthafte Verhandlungen mit den Maoisten über einen Waffenstillstand aufgenommen, sie brachten aber kein Ergebnis. Nachdem die Maoisten das Land mit einer Serie von Anschlägen überzogen hatten, wurde Mitte November 2001 der Ausnahmezustand ausgerufen. Die Angriffe der Maoisten konzentrieren sich nach wie vor auf öffentliche Einrichtungen, wie Polizei oder Distriktverwaltung, Banken und Flughäfen.

Die österreichische Zusammenarbeit mit Nepal stützte sich im Berichtszeitraum hauptsächlich auf die Kooperation zwischen österreichischen und lokalen Nicht-Regierungs-Organisationen und konzentrierte sich auf die Sektoren **Ländliche Entwicklung, Tourismus und Kultur**. In diesem Jahr wurde der Konflikt zwischen Maoisten und Regierung auch erstmals in den Projektgebieten der ÖEZA im Osten des Landes spürbar. Dennoch kam es bis dato zu keiner wesentlichen Behinderung der Projektarbeit, weshalb die Projekte in Einklang mit der internationalen Gebergemeinschaft weitergeführt werden. Die Projekte werden der jeweiligen Situation vor Ort angepasst, in einigen Fällen werden einzelne Projektkomponenten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben oder neue Komponenten, z.B. im Bereich conflict transformation, aufgenommen.

Im Rahmen des Projektes Regionalentwicklung Khumbu wurde das **Kraftwerksprojekt Thame – Namche Bazar** Ende 2000 **abgeschlossen**. Eine Schlussdokumentation erschien im Juni 2001. Die von der ÖEZA in Auftrag gegebene externe Evaluierung bescheinigt diesem Projekt

durchwegs positive Ergebnisse, die Vorbildrolle beim Aufbau von Institutionen und Kapazitäten wird besonders hervorgehoben. Die Projektkomponente Dorfentwicklung Thamel wurde fortgesetzt und soll Mitte 2002 abgeschlossen werden. Bis dato wurden etliche kleine Dörfer elektrifiziert, Brücken und Wege gebaut, Trinkwasserstellen und Komposttoiletten eingerichtet sowie Maßnahmen im Bereich Ausbildung und Verbesserung der Landwirtschaft gesetzt.

Das Projekt zur Förderung von Kleinbauern im Aruntal (Nationalpark Makalu Barun), das laut einer im Jahr 2000 durchgeführten Evaluierung des Ministry of Forests and Soil Conservation sehr positiv bewertet wurde, befindet sich in der Abschlussphase, wobei im Sinne der Nachhaltigkeit die Stärkung und Festigung der lokalen Strukturen (Community Development Committees und Kooperativen) im Vordergrund stehen.

Für das **Ökotourismusprojekt Rolwaling** wurde der Vertrag mit dem nepalesischen Tourismusministerium verlängert. Aufgrund der aktuellen innenpolitischen Situation mussten einige der geplanten Projektaktivitäten (z.B. Marketing) vorerst verschoben werden. Die Maßnahmen im Bereich Basisinfrastruktur sind weitgehend abgeschlossen, erste Lodges sind fertig gestellt und etliche Campingplätze mit entsprechender Infra-

struktur in Betrieb. Die Anzahl der TouristInnen im Rolwaling Tal hat sich – trotz innenpolitischer Konflikte und ohne spezielle Marketingaktivitäten – von ca. 400 Personen im Jahr 1996 auf 1500 TouristInnen pro Jahr erhöht. Die Ausbildungskurse im Bereich Tourismus, darunter auch das Female Outdoor Leadership Training, wurden fortgesetzt.

Im **Sektor Kultur** haben die Restaurierungsarbeiten am **Keshar Mahal Garden Projekt**, das die Rehabilitierung einer Parkanlage mit einigen Pavillons im Zentrum von Kathmandu vorsieht, begonnen und ein bilaterales Projektabkommen wurde ausverhandelt. Die Gartenanlage ist eine der wenigen innerstädtischen Grünflächen und eines der vielen architektonischen Kleinode, das dem Verfall preisgegeben war. Die Anlage soll restauriert und als Erholungsgelände den Einheimischen wie den TouristInnen zugänglich gemacht werden.

Der Ausbildungskomponente wird in diesem Projekt besondere Bedeutung beigemessen, durch die Einrichtung von Gastbetrieben in den Pavillons soll die Gartenanlage eine langfristige wirtschaftliche Grundlage bekommen. Neben dem unschätzbaren Wert der Kulturdenkmal-erhaltung wird auch eine erhebliche Zahl qualifizierter Arbeitsplätze geschaffen.

4.5.3 Kooperationsland Pakistan

Seit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 sind Afghanistan und dessen Nachbarländer ins Zentrum des weltpolitischen Interesses gerückt. Vergessen scheint die europäische Zurückhaltung in der Kooperation mit Pakistan seit dem Militärputsch im Herbst 1999.

Da sich die Arbeit der ÖEZA in den vergangenen Jahren auf die an Afghanistan grenzende North Western Frontier Province (NWFP) konzentrierte, sind auch die Projekte der ÖEZA direkt von den politischen Entwicklungen in dieser Krisenregion betroffen. Die NWFP ist jene Region Pakistans, die ebenso wie Afghanistan primär von

Paschtunen besiedelt ist, in der es große Sympathien für die afghanischen Taliban gab und gibt und in der religiöser Fundamentalismus weit verbreitet ist.

Folgende Projekte in der NWFP wurden unterstützt:

Basisgesundheitsversorgung

Seit 1980 unterstützt Österreich die Betreuung afghanischer Flüchtlinge in Pakistan. Aus dem Austrian Relief Committee for Afghans (ARC) entwickelte sich 1994 die pakistanische NGO FPHC (Frontier Primary Health Care), die ihren Schwerpunkt im Bereich der Basisgesundheitsversorgung von afghanischen Flüchtlingen und lokaler pakistanischer Bevölkerung setzt. Frauen und Kinder profitieren am stärksten von diesem Projekt, z.B. durch Maßnahmen im Bereich der so genannten reproduktiven Gesundheit, durch medizinische Ausbildung von Hebammen und GesundheitsarbeiterInnen, durch die Einrichtung von Kindergärten und Ausbildungsstätten für Mädchen (Vocational Training Centres) in der Nähe der Gesundheitsstationen. Die Arbeit von FPHC wird sowohl in Pakistan als auch von Internationalen Organisationen als richtungsweisend und modellhaft geschätzt.

Eigentlich war eine Unterstützung dieses Projektes in kontinuierlich reduzierter Weise bis Ende 2002 vorgesehen, bis dahin sollte die finanzielle Unabhängigkeit von der ÖEZA erreicht sein. Angesichts der aktuellen Situation hat die ÖEZA die weitere Unterstützung von FPHC, einer in der Region erfahrenen und verankerten NGO, aus Mitteln der humanitären Hilfe des österreichischen Bundeskanzleramts sehr unterstützt. Eine Ausweitung des Projekts sowie

zusätzliche finanzielle Unterstützung durch die ÖEZA sind vorgesehen.

Fremdenverkehrsschule PAITHOM

PAITHOM wurde als Ausbildungsstätte für Tourismusberufe der unteren und mittleren Ausbildungsstufe geplant und besteht aus einer Schule, einem Übungshotel sowie Unterkünften für SchülerInnen und LehrerInnen. Im Frühjahr 2001 erfolgte die technische Abnahme des Projektes und damit ist – laut bilateralem Vertrag – das pakistanische Ministry of Tourism (MoT) Eigentümer von PAITHOM. Mangelnde oder stark verspätete Vertragserfüllung bei Infrastruktur oder Betriebsvorbereitung machten die Zusammenarbeit mit dem Vertragspartner MoT sehr schwierig. Seit Frühjahr/Sommer wurde intensiv nach Möglichkeiten der Inbetriebnahme gesucht. Verschiedene, durchaus realistische Möglichkeiten der Inbetriebnahme zeichneten sich ab. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen scheint aber eine Inbetriebnahme dieser Schule im Grenzgebiet zu Afghanistan in absehbarer Zeit nicht möglich zu sein. Das Steering Committee im November 2001 konnte aus Sicherheitsgründen nicht am Projektstandort in der NWFP abgehalten werden.

Wiederaufforstungsprogramm

Malam Jabba

Dieses Projekt zur Wiederaufforstung stark erodierender Berghänge wird in enger Zusammenarbeit mit der **Südtiroler Landesregierung** durchgeführt. Österreich stellt technische Assistenz zur Verfügung, Südtirol übernimmt gemeinsam mit Pakistan die Investitionskosten. Das lokale Projektteam konnte die Arbeit ohne große Beeinträchtigung fortsetzen.

4.6 Sonderprogrammland Palästina

Die großen Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung der gesamten Region des Nahen Ostens, die mit dem 1993 zwischen Israel und der PLO abgeschlossenen Abkommen verbunden waren, sind Ende September 2000 mit dem Ausbruch gewaltsamer Unruhen zerschlagen worden. Neben den zu beklagenden Toten und Verwundeten hat auch die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Da es aber keine Alternative zu einer friedlichen Koexistenz beider Völker gibt, haben weder multilaterale noch bilaterale Entwicklungsorganisationen die Autonomen Palästinensischen Gebiete verlassen, sondern sind bemüht, die Palästinensische Autorität bei der Eindämmung der krisenhaften Entwicklungen zu unterstützen.

Neben der Beteiligung an den internationalen Anstrengungen im Rahmen der EU hat Österreich – unter Bezugnahme auf laufende Aktivitäten im Bereich Berufsausbildung – an die UNRWA, dem UN-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge, einen außerordentlichen Beitrag in der Höhe von 363.364 EUR (5 Mio. ATS) zur Aufrechterhaltung der Berufsschulen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche zur Verfügung gestellt.

Laufende Projekte und Programme

Die Errichtung der Meerwasserentsalzungsanlage in Deir Al-Balah wurde im Jahr 2001 trotz der durch Israel verhängten Absperrung des Gazastreifens weitergeführt. Der mechanische Teil der Anlage wurde nach intensiven Konsultationen mit der Palästinensischen Wasserbehörde in Auftrag gegeben. Unsicherheitsfaktor bleibt, ob Israel die Einfuhr der benötigten Baumaterialien und technischen Anlagen genehmigen wird. Das mit der Weltbank gemeinsam durchgeführte Projekt zur **Revitalisierung des**

Altstadtkerns von Beit Jala/Bethlehem wird trotz der immer wieder stattfindenden Luftangriffe auf Beit Jala durchgeführt und angesichts der hohen Zahl an Arbeitslosen bewusst als „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ konzipiert.

Fortgesetzt wurde die Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium und der Wasserbehörde zur **Errichtung einer Datenbank und der Erarbeitung von Modellen**, wie in Zukunft Wasser in der Landwirtschaft möglichst effizient eingesetzt werden soll.

Das Projekt „Stadterhaltung und Stadterneuerung in Nablus“ wurde unter komplizierten Bedingungen weitgehend fertig gestellt. Die Bestandsaufnahme der umfangreichen historischen Bausubstanz von Nablus, die auf das Römische Imperium zurückgeht, wurde abgeschlossen und ein Konzept für deren zukünftige räumliche Nutzung entwickelt. Die Diskussion des ebenfalls erarbeiteten Entwurfs für ein Altstadterhaltungsgesetz musste auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Sofort nach Ausbruch der gewaltsamen Unruhen war die ÖEZA bemüht, **Hilfsmaßnahmen**, insbesondere für die Versorgung der zahlreichen schwer verletzten PalästinenserInnen, zu organisieren. Das Makassed Hospital als wichtigstes palästinensisches Krankenhaus in Ostjerusalem wurde mit 145.345 EUR (ATS 2 Mio.) unterstützt. Damit konnten dringend benötigte Geräte für die Intensivstation angeschafft und der mit österreichischer Unterstützung begonnene Soziale Dienst weitergeführt werden. Darüber hinaus wurde ein dreimonatiger Einsatz eines österreichischen Chirurgen im Rafidia-Hospital in Nablus ermöglicht und mit der Gemeinde Wien, die Mittel für dringend benötigte Instrumente zur Verfügung gestellt, koordiniert.

4.7 Region Südostasien

In dieser Region fördert Österreich Maßnahmen der **technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit**. Im Bereich der Bildungskooperation standen im Berichtsjahr etwa 1,7 Mio. EUR zur Verfügung.

Im Vordergrund steht die Stärkung und institutionelle Verankerung der lokalen/regionalen Expertise. Etwa 90 Personen aus der Region wurden für **Dissertationen und Forschungsvorhaben** unterstützt; wobei die Nachfrage nach Doktoratsstudien überwiegt.

Eine kontinuierliche Anzahl von 10 bis 15 Personen besucht **Postgraduierten-Lehrgänge** für weitere Spezialisierungen. Diese Fortbildung findet meist im Rahmen von bestehenden institutionellen Kooperationen statt. 2001 konnte die Zusammenarbeit mit über 30 **wissenschaftlichen Institutionen** in der Region durch zielgerichtete Förderung von wissenschaftlichem Nachwuchs an einschlägigen Einrichtungen in den Partnerländern der ÖEZA konsolidiert werden.

Intensiviert wurde die institutionelle Nord-Süd-Kooperation. Auch der **Ausbau des ASEA-UNINET (Nord-Süd sowie Süd-Süd-Netzwerk)** entwickelt sich auf der Grundlage des besonderen Engagements österreichischer und zuneh-

mend auch anderer europäischer wie auch asiatischer WissenschaftlerInnen und ForscherInnen weiter. Im BM:BWK ist zur besseren Information, Kooperation und auch Transparenz ein **Steering Komitee** eingerichtet.

Das Projekt „Förderung der **landwirtschaftlichen Mechanisierung** im Mekong-Delta“ wird – um die Komponente „angewandte Forschung“ bereichert – weitergeführt.

Die langjährige Kooperation mit dem regionalen Ausbildungszentrum „**Asian Institute of Technology**“, Bangkok wird fortgesetzt. Im Einvernehmen mit dem AIT konnten für den regionalen Schwerpunkt Himalaya-Hindukusch zur konkreten Stärkung von Institutionen drei fixe Fortbildungsplätze (für 2002: max. 5) für bhutanische Beamte gesichert werden. Die Nominierung erfolgt direkt durch die zuständigen bhutanischen Ministerien in Absprache mit dem ÖEZA-Kooperationsbüro in Thimphu. Der Anteil von Experten aus Nepal an der Fortbildung am AIT ist nach den Steigerungen in den letzten Jahren nunmehr konstant.

Insgesamt ist anzuführen, dass auf der Grundlage kontinuierlicher Programmentwicklung und partnerschaftlichem Dialog auch hier die österreichische Schwerpunktpolitik greift.

5. Instrumente

5.1 Kofinanzierungsinstrumente

Im Jahr 2001 wurden die Kofinanzierungsinstrumente weiter ausgebaut. Die verstärkte Einbeziehung der zivilen Gesellschaft in alle Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit wurde u.a. bei Veranstaltungen des Mattersburger Kreises in Salzburg erörtert.

Die Förderung von NGOs aufgrund von Rahmenvereinbarungen ist für sieben österreichische Organisationen ermöglicht worden. Rahmenvereinbarungen werden dann vorgenommen, wenn eine Organisation bereit ist, ein Projektbündel in einem oder mehreren Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zu einem gewissen Anteil selbst zu finanzieren. Die Organisationen KFS, IIZ, CARE Österreich, EWA, HWA und Christoffel Blindenmission erhielten in 2001 etwa 4 Mio. EUR (ATS 55 Mio.) Diese Mittel wurden in den Ländern Zentralamerikas, West-, Ost- und südliches Afrika bzw. Nepal und Pakistan vorwiegend für Sozialprojekte eingesetzt. Der Gesamtmitteleinsatz in 2001 betrug 5,45 Mio. EUR (75 Mio. ATS).

Im Jahr 2001 schlossen sich die Organisationen ÖED, KFS und IIZ zur nunmehr größten österreichischen entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisation HORIZONT 3000 zusammen.

Dem Ziel, mehr Leistungen der privaten österreichischen Unternehmen in Entwicklungsländern für „private Wirtschaftspartnerschaften“ zu erbringen, wurde durch zwei Vergabesitzungen entsprochen. Durch den Anreiz, bis zu

35% einer Privatinvestition zur Verfügung zu stellen, konnten bisher sieben Unternehmerpartnerschaften Österreich/Entwicklungsland unterstützt werden. Dabei wurden 2001 ca. 3,63 Mio. EUR (50 Mio. ATS) an Mittelfluss ausgelöst.

Die Kooperation zwischen der BÜRGES-Bank und dem „Centre for the Development of Enterprise, CDE“ in Brüssel, einer Institution der EU-Kofinanzierung, wurde durch gezielte Anbahnungen gefördert.

Über das globale Kofinanzierungsinstrument wurden aufgrund von zwei Vergabesitzungen 25 österreichische kleinere NGOs für Vorhaben im Sozialbereich in den Ländern Indien, Pakistan, Südafrika, El Salvador, Uganda und Äthiopien gefördert. Gesamter Mitteleinsatz: 1,02 Mio. EUR (ATS 14 Mio.)

Die EU-Kofinanzierung ermöglichte über fünf österreichischen Organisationen im Jahr 2001 den Mitteleinsatz über mehrere Jahre von insgesamt 8,7 Mio. EUR, wobei die EU-Kommission 50% und die ÖEZA im Außenministerium 35% beisteuern.

Insgesamt wurden mit dem Kofinanzierungsinstrumentarium im Jahre 2001 Finanzflüsse in die Entwicklungsländer im Ausmaß von fast 18,89 Mio. EUR (260 Mio. ATS) ausgelöst. Der Anteil der ÖEZA im Außenministerium daran betrug ca. 6,9 Mio. EUR (95 Mio. ATS).

5.2 Evaluierung und Kontrolle

Im Jahr 2001 wurden von der Evaluierungsabteilung eine Reihe von externen **Evaluierungen** durchgeführt. Der schon in den Vorjahren eingeleitete Trend, weniger einzelne Projekte zu evaluieren, sondern stärker thematische Bereiche aufzugreifen, hat sich weiterhin verstärkt. Dem wurde auch mit der Verabschiedung von Leitlinien der Evaluierung Rechnung getragen, die beim Treffen der LeiterInnen der Koordinierungsbüros im April in ihrer endgültigen Form vorgestellt wurden. Die Leitlinien sollen die dezentralen Akteure besser in die Lage versetzen bzw. dabei unterstützen, Projektevaluierungen selbstständig, aber nach einheitlichen Standards und Qualitätskriterien durchzuführen.

Folgende Evaluierungen wurden 2001 initiiert, durchgeführt oder beendet:

- Instrument Kleinkredite Phase IV (Synopsis)
- Kleinkraftwerke in Nepal und Bhutan
- Postgraduiertenausbildung in Limnologie
- International Law Institute (ILI) Uganda
- Telekommunikation Kap Verde
- Ledersektor Uganda

An den Ergebnissen der Evaluierung der Kleinkraftwerke in Nepal und Bhutan gab es auch außerhalb der ÖEZA breit gestreutes und großes Interesse. Diesem wurde im Juni mit einer sehr gut besuchten Veranstaltung an der Universität für Bodenkultur zum Thema Kleinkraftwerke und Elektrifizierung Rechnung getragen.

Neben den von der Abteilung selbst gesteuerten Evaluierungen wurde für eine Reihe interner oder externer Evaluierungen der Koordinationsbüros bzw. Tandems regelmäßig Beratungsarbeit geleistet. Dieser Aspekt der Tätigkeit nimmt zu und entspricht ganz dem in den Leitlinien festgelegten Grundsatz nach einer stärkeren Dezentralisierung zumindest der Projektevaluierungen.

Die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen Evaluierung, die bei der EU bzw. beim DAC angesiedelt sind, wurde fortgeführt. Als besonders bereichernd erweist sich dabei die enge und sehr praxisorientierte Zusammenarbeit innerhalb der D/A/C/H-Gruppe, der die deutschsprachigen Evaluierungsdienste aus Deutschland, der Schweiz, Holland und Österreich angehören. Dieses Treffen fand 2001 in Holland statt.

Im Bereich der **Qualitätssicherung** gab es weitere Initiativen: So wurde im Zusammenhang mit der Diskussion um die Beibehaltung oder Neufestlegung der Schwerpunktländer zusammen mit der ÖFSE eine Vergleichsstudie zur Vorgangsweise anderer Geberländer und multilateraler Organisationen erstellt. Ergänzend dazu wurde eine umfassende Befragung aller MitarbeiterInnen der ÖEZA (Managementebene, operative Ebene, KonsulentInnen) durchgeführt, in der vor allem die bisherigen Erfahrungen mit der geltenden Schwerpunktländpolitik abgefragt wurden. Die Ergebnisse beider Arbeiten liegen dem Management in Form von zusammengefassten Ergebnissen und Empfehlungen vor.

Auch 2001 wurden eine Reihe von **Verträgen** für Ressortabkommen in englischer Sprache erarbeitet sowie die Aktualisierung der Musterverträge und Standardformate weitergeführt. Verstärkt betrieben wurde die Mitarbeit der Abteilung in Fragen der Kostenrechnung und des **Controlling**. Für den letztgenannten Bereich erfolgte zusammen mit dem zuständigen Referat der administrativen Sektion VI die Erarbeitung der Grundlagen für die probeweise Einführung von Controlling zunächst in der Abteilung VII.6. Eng verbunden mit diesen Bemühungen ist auch die regelmäßige Mitarbeit der Abteilung bei der Betreuung und Weiterentwicklung der Finanzdatenbank der Sektion. Diese Datenbank ist mitt-

lerweile zum wesentlichsten Planungs- und Kontrollinstrument für das jährliche Budget geworden.

Die Integration der finanziellen **Kontrolle** von Programmen und Projekten der **Ostzusammenarbeit** ist nunmehr abgeschlossen.

Zusammen mit der Kontrolle und rechnerischen Prüfung der Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit wurde 2001 ein Volumen von mehr als 72,7 Mio. EUR (1 Mrd. ATS) geprüft. Dieses Prüfungsvolumen erforderte die Erstellung von rund 700 Prüffakten durch das Kontrollreferat.

5.3 Entwicklungspolitische Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit

5.3.1 Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium

Grundsätzliche Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit ist es, eine möglichst breite Bevölkerung über die Zielsetzungen der ÖEZA, Leistungen sowie die Programme und Projekte aktiv zu informieren. Dies geschieht in Abstimmung und zum Teil gegenseitigen Ergänzung mit den Aktivitäten der Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit von Nicht-Regierungsorganisationen, die aus Mitteln der ÖEZA gefördert werden.

Die Maßnahmen sind vielfältig: An Publikationen sind im Jahr 2001 drei Ausgaben des Newsletters „Weltnachrichten“, der Jahresbericht 2000 sowie Landes- und Sektorpolitiken, wie z. B. die Sektorpolitik Tourismus oder die Landesprogramme zu Burundi und Ruanda, erschienen. Der ÖEZA-Infodienst informierte monatlich via eMail über aktuelle Ereignisse in der österreichischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit und -politik, Berichte, Publikationen und interessante Links. Im Rahmen der Medienarbeit wurden Presseaussendungen, Hintergrundgespräche und Pressekonferenzen durchgeführt. Weiters gab es für insgesamt 15 JournalistInnen verschiedener österreichischer Medien die Möglichkeit, Projekte in Schwerpunkt- und Kooperationsländern zu besuchen (Äthiopien, Burkina Faso, Guatemala, Kap Verde, Mosambik, Namibia, Nepal, Palästina). In Kooperation mit dem ORF TV

wurden Beiträge produziert, die in ORF bzw. 3sat gesendet wurden (Tazara – Der eiserne Weg in die Freiheit; Radio Welcome – Burundi; Amaizi Marungi – Clean Water for Uganda). Als ausgelagerte Stelle für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der ÖEZA im Außenministerium betreute das „Informationsbüro“ diese Aufgaben. Darüber hinaus bearbeitete diese Servicestelle ca. 900 eMail-Anfragen sowie zahlreiche telefonische Anfragen. Auch die Wartung und Aktualisierung der Web Site www.bmaa.gv.at/eza erfolgte durch das Informationsbüro.

Spezielle Maßnahmen 2001

Informationsinitiative „Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit“

Nach einem Auftakt im Herbst 2000 wurde die Informationsinitiative im Frühjahr 2001 fortgesetzt. Ziel war, den Nutzen und die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit aufzuzeigen und das Thema auf mehreren Ebenen (Medien, Politik und Verwaltung, Wirtschaft) wieder verstärkt in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Die Finanzierung der Informationsinitiative erfolgte aus dem laufenden Budget für Öffentlichkeitsarbeit und durch Sponsoring von Zeitungsverlagen und Unternehmen.

Erstmals kamen klassische Werbemittel wie TV-Spots und Inserate zum Einsatz, um auch eine breite Öffentlichkeit anzusprechen und Möglichkeiten für persönliches Engagement zu vermitteln.

Zum reduzierten Sozialtarif wurden 53 Mal TV-Spots in drei thematischen Versionen (Thema Armutsbekämpfung mit dem Sujet: Schule/Bordell, Thema Friedenssicherung mit dem Sujet: Lehrling/Soldat und Thema Umwelt und Entwicklung mit dem Sujet: Jäger/Gejagter) im ORF jeweils zwischen 18 und 22 Uhr geschaltet. Dadurch wurden 25 Mio. Kontaktchancen bei der österreichischen Bevölkerung ab 12 Jahren erzielt.

Durch Sponsoring zweier Firmen wurden im Österreich-Fenster von RTL im Juni 2 mal 30 Spots mit Sponsoren-Allonge ausgestrahlt, davon 33% zur Prime Time.

Von den Verlagen wurden bis Jahresende 110 Inserate mit einer Druckauflage von rund 10 Millionen kostenlos geschaltet.

Im Rahmen einer Medienkooperation informierte die Tageszeitung „Kurier“ in einer sechsteiligen Serie unter dem Titel „Entwicklung für alle“ von Mitte April bis Anfang Mai über Projekte und Möglichkeiten zu spenden oder persönlich aktiv zu werden.

Im Mai widmete Ö1 fünf Journal Panorama-Sendungen der „Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit“. Thematische Schwerpunkte waren Katastrophenhilfe, Fairer Handel, Konfliktprävention und die Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern am Beispiel Kap Verde.

Eine Telefon-Hotline (ca. 120 Anrufe), die Homepage www.eza.gv.at (rund 8.000 Besuche von Mitte April bis Dezember) und die kostenlose Broschüre „Engagement für Entwicklung – Ein Leitfaden der ÖEZA“ waren weitere Informationsquellen für die interessierte Öffentlichkeit, um Nähere über Initiative, die Schwerpunkte der

ÖEZA und über persönliche Handlungsmöglichkeiten zu erfahren.

Kulturaustausch

Seit mehreren Jahren wird der Kulturaustausch zwischen Österreich und den Partnerländern von der ÖEZA unterstützt. 2001 wurde der musikalische Austausch fortgesetzt mit Kap Verde (Gastauftritte der Sängerin Tete Alhino), mit Uganda (gemeinsame Österreich-Tournee der ugandischen Gruppe Big Five und den steirischen „Deishovida“) und mit Mosambik (Österreich-Tournee der Gruppe Mabulu).

Großen Anklang fand das innovative Projekt „Tonga.online – ein Dorf geht an's globale Netz“ und dessen Präsentation im Rahmen einer Ausstellung in Oberösterreich. Der Projektträger ARGE Zimbabwe erhielt dafür den „Spezialpreis für Kommunikation mit Museen“ des Wissenschaftsministeriums.

Das sehr gut besuchte Symposium „Mining Cultural Diversity?“¹¹ setzte sich mit den visuellen Künsten Afrikas zwischen ethnologischer Aufarbeitung von Volkskultur, der Rezeption globaler Kunstproduktion und der Nutzung als Motor für eine demokratische Entwicklung auseinander.

Internationales Jahr der Freiwilligen

Im UN-Jahr der Freiwilligen wurden Traude Novy (Katholische Frauenbewegung), Renate Sova (Guatemala Solidaritätskomitee) und Dr. Karl Rigal (Christoffel Blindenmission) von Außenministerin Ferrero-Waldner für ihr herausragendes ehrenamtliches EZA-Engagement geehrt und erhielten jeweils einen Förderpreis für ein Projekt ihrer Wahl.

¹¹ Dieses Symposium fand im Rahmen der Ausstellung „Flash Afrique“ in der Kunsthalle Wien im September / Oktober 2001 statt.

Projektpartnerschaften

Fairer Handel

Die Kooperation mit Trans Fair intensivierte sich 2001 aufgrund der von der ÖEZA substanziell geförderten Fair Trade Informationskampagne. Die Kampagne startete im September 2001 und umfasste TV- und Plakatwerbung, Medienarbeit, Kommunikation mit EntscheidungsträgerInnen und intensives Marketing und Zusammenarbeit mit dem Handel.

Tourismus

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ist respect – Zentrum für Tourismus und Entwicklung als von der ÖEZA initiierte und unterstützte Einrichtung für Fragen des Tourismus ein Kooperationspartner. Die Kampagne gegen Kindersextourismus, der respect-Award für herausragende Initiativen im sozialverantwortlichen Tourismus und die Mitorganisation der Vorbereitungskonferenz zum Internationalen Jahr der Berge und des Ökotourismus 2002 sind nur einige Beispiele für die Aktivitäten 2001.

5.3.2 Förderung der entwicklungspolitischen Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit

KommEnt – Gesellschaft für Kommunikation und Entwicklung veröffentlichte zu Beginn 2001 unter dem Titel „Engagement und Professionalität“ eine Broschüre mit Beispielen gelungener entwicklungspolitischer Informations-, Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich. Sie stehen exemplarisch für die wichtigsten Bereiche, die in den letzten drei Jahren aus Mitteln der ÖEZA im Außenministerium, des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie der Europäischen Kommission gefördert wurden. 2001 betragen diese Förderungen 2,9 Mio. EUR (ATS 41 Mio.).

Geförderte Projekte:

- Bildungsprogramme, insbes. Workshops für Kinder und Jugendliche, vor allem in Schulen
- Ausstellungen zu den Regionen Amazonien, Orient und Himalaya
- Lehrgänge, Seminare und Vorträge im Rahmen der Erwachsenenbildung
- Studien- und Begegnungsreisen nach und aus Entwicklungsländern

- Publikationen im Zusammenwirken mit Verlagen und Tageszeitungen (Zeitungsbeilagen)
- Programme in den Freien Radiostationen
- Kulturveranstaltungen – Lesungen, Musiktourneen, Filmtage und Festival
- Durchführung einer gesamtösterreichischen Entwicklungstagung
- Kampagnen, Besuchertourneen und Veröffentlichungen zum fairen Handel (u. a. Start einer mehrjährigen Marketing-Initiative)
- Informationen für Fernreisende und Fair Play-Aktionen bei Sportveranstaltungen
- Filmproduktionen und Produkte im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (erste DVD oder online-Präsentationen der entwicklungspolitischen Bibliotheks- und Dokumentationsstellen)
- Regionale Service- und Beratungsstellen in allen Bundesländern
- Kleinprojekte in Gemeinden, Pfarren und Jugendzentren

Details: www.komment.at/Projektrecherche.

6. Andere Bereiche der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

6.1 Entschuldung

Im Jahr 2001 hat Österreich im Gleichklang mit den anderen Gläubigerstaaten des Pariser Klubs im Rahmen der bilateralen Umsetzung der internationalen HIPC-Initiative Schuldenerleichterungen von bis zu 100% gewährt. Die budgetären Aufwendungen für die gesamte Schuldenerleichterung durch Zinssatzreduktion und durch Schuldenstreichung betragen im Jahr 2001 rund

163 Mio. EUR, das entspricht fast einem Drittel der Gesamt-ODA im Jahr 2001.

Zu den 2001 begünstigten Ländern zählen Ägypten, Äthiopien, Bolivien, Bosnien, Burkina Faso, Cote d'Ivoire, Guinea, Kamerun, Kongo, Madagaskar, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Ruanda, Sierra Leone, Tanzania, Togo, Vietnam, Sambia, Zentralafrikanische Republik.

6.2 Ausfuhrförderung

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium hat sich im Rahmen der bilateralen EZA bereits seit den späten 80er Jahren in Bhutan im Energiesektor (Wasserkraft) engagiert.

Im Jahr 2001 ist es der ÖEZA erstmals gelungen, bei der Realisierung eines Wasserkraftwerkes in Bhutan die Interessen der österreichischen Exportwirtschaft und des EZA-Engagements im Rahmen der österreichischen Ausfuhrförderung zu verbinden.

Die erste Ausbaustufe dieses österreichischen Großprojekts Wasserkraftwerk Basochhu wurde aus Mitteln der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sowie aus ERP-Kreditmitteln finanziert. Die zweite Ausbaustufe sollte im Rahmen der österreichischen Ausfuhrförderung realisiert werden. Auf Basis einer detailliert ausgearbeiteten Prefeasibility Study erfolgte im Vorfeld eine umfassende Wirtschaftlichkeitsprüfung durch

die Österreichische Kontrollbank AG, wodurch eine Finanzierung im Rahmen des Ausfuhrförderungsverfahrens in Erwägung gezogen werden konnte. Ein entsprechendes Memorandum über diese Finanzierungsmöglichkeit im Rahmen der Ausfuhrförderung der zweiten Ausbaustufe des Wasserkraftwerkes Basochhu wurde anlässlich des Besuches von FBM Dr. Benita Ferrero-Waldner bereits im Jahr 1997 in Bhutan überreicht.

Im September 2001 hat der österreichische Exporteur (als Generalunternehmer) den Projektvertrag mit der bhutanischen Seite unterschrieben. Die erforderlichen Gremien, Ausfuhrförderungsbeirat und Exportfinanzierungskomitee, wurden Ende 2001 befasst. Der endgültige Finanzierungsbeschluss zur Projektrealisierung erfolgte durch den Bundesminister für Finanzen Anfang 2002.

6.3 Nahrungsmittelhilfe

Basis für die Nahrungsmittelhilfe ist das **Internationale Nahrungsmittelhilfeübereinkommen (NMHK) von 1999** im Rahmen des Internationalen Getreide-Übereinkommens. Vertragsparteien sind die Europäische Gemeinschaft und die einzelnen Mitgliedstaaten. Die von der EU eingegangene Gesamtverpflichtung von 422 Mio. EUR (inkl. Transport und anderer operationeller Kosten) wird einerseits aus dem EU-Budget und andererseits durch bilaterale Beiträge der EU-Mitgliedstaaten erfüllt. Die österreichische Verpflichtung beläuft sich auf 1.489.630 EUR pro Getreidejahr. Österreich hat sich entschieden, von der bisherigen Verpflichtung in Tonnagen abzugehen und seinen Beitrag als Geldwert anzugeben.

Wie andere EU-Mitgliedstaaten auch versucht Österreich, die Effektivität und Qualität der Nahrungsmittelhilfe u. a. durch die Aufnahme

eines Verhaltenskodex für Nahrungsmittelhilfe in das Übereinkommen von 1999 sowie Erweiterung des Warenkorbs zu verbessern.

Wichtig für die bilaterale Nahrungsmittelhilfe ist das **Abkommen mit Kap Verde für die Jahre 2000 und 2001**. Darin wird der kapverdischen Regierung selbst die Verantwortung für An- und Verkauf sowie für die Lieferung des von Österreich finanzierten Getreides übergeben. Der Erlös aus dem Verkauf kommt Projekten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit Kap Verde zugute.

Im Getreidejahr 2000/2001 belief sich der österreichische Beitrag gemäß dem bilateralen Abkommen mit Kap Verde auf 800.000 EUR, für Äthiopien auf 689.630 EUR.

II. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit¹²

1. Die Vereinten Nationen

Programm der Vereinten Nationen für die Entwicklung (UNDP)

UNDP ist der Hauptakteur der VN im entwicklungspolitischen Bereich und widmete sich in den letzten Jahren aufgrund von Beitragsrückgängen zum Kernbudget und Geber-Kritik den grundlegenden Reformen. Mit der Einführung von ergebnisorientierten Management-Methoden, einer Neufokussierung der Programme und einer Auslagerung von Personal samt Kompetenzen vom Hauptquartier in New York in die Länderbüros wurde auch österreichischen Forderungen entsprochen.

Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich des Millenniumsgipfels vom September 2000 gab dem UNDP bei der **Armutsbekämpfung** einen besonderen Auftrag. Die 131 von „**Resident Coordinators**“ geleiteten UNDP-Länderbüros sorgen für die notwendige weltweite Präsenz und die Koordinierung aller Anstrengungen der VN. Durch die Einrichtung von sechs thematischen Treuhandfonds (Energie, Umwelt, Regierungswesen [„Governance“], Armutsbekämpfung, Kommunikations-Technologie sowie Krisenprävention und Wiederaufbau) soll ein thematischer Schwerpunkt auf Bereiche gelegt werden, in denen UNDP seine Stärken hat. Der jährliche „**Human Development Report**“ bewertet länderweise die entsprechenden Entwicklungsstadien und widmete sich 2001 neuen Technologien. Seine Haltung zur Gentechno-

logien wurde Gegenstand lebhafter internationaler Diskussionen.

UNDP-Administrator **Mark Malloch Brown** wurde auf Grund der einschlägigen Kompetenz des UNDP Ende November vom VN-GS mit der **Leitung der ersten Phase der VN-Afghanistanhilfe** im Entwicklungsbereich betraut.

Die Zusammenarbeit des UNDP mit der Weltbank erfolgt prinzipiell gemäß den PRSPs (Poverty Reduction Strategy Papers) der **Bretton Woods Institutionen**. Reformen bei beiden Organisationen führen zunehmend dazu, dass sich ihre Arbeitsbereiche überlagern. Österreich setzt sich gemeinsam mit einer Reihe anderer Staaten dafür ein, dass Doppelgleisigkeiten vermieden und die Mandate der verschiedenen Organisationen klar voneinander abgegrenzt werden.

Die Finanzsituation des UNDP bleibt trotz der Reformen angespannt. Viele Geber ziehen es vor, spezifische UNDP-Programme zu finanzieren, statt Beiträge zum UNDP-Kernbudget zu leisten. Dadurch sinkt das Kernbudget, aus dem die laufenden Kosten bestritten werden, umso stärker.

Österreich hat in den letzten Jahren große Kürzungen seines Beitrags zu UNDP vorgenommen und rückt damit an das untere Ende der Beitragszahler.

¹² Es handelt sich hier im Wesentlichen um diejenigen Bereiche, die in die direkte Zuständigkeit des Außenministeriums fallen. Eine breitere Darstellung einschließlich Weltbankgruppe, WTO, FAO und andere bleibt vorbehalten.

Bevölkerungsprogramm der VN (UNFPA)

Zu Beginn des Jahres war die Führung des UNFPA von dessen langjähriger Leiterin, Dr. **Nafis Sadik**, Pakistan, an **Thoraya Obaid**, Saudi Arabien, übergeben worden. Bei einem Treffen der neuen Leiterin mit Außenministerin Ferrero-Waldner Ende des Jahres stand die künftige Zusammenarbeit zwischen Österreich und UNFPA bei Projekten für **Frauen in Afghanistan** im Vordergrund.

UNFPA ist im VN-Verband ein relativ kleines, dezentral organisiertes Programm mit einem klar umrissenen Mandat zur Kontrolle der demographischen Entwicklung. Heute stehen bei der Hilfe für Entwicklungsländer die Bedürfnisse von Paaren und Individuen im Mittelpunkt. Erziehung von Mädchen und Stärkung der Rolle von Frauen haben sich dafür als die beste Strategie erwiesen. Der Kampf gegen **HIV/AIDS** hat im Bereich der UNFPA-Programme weiterhin eine zentrale Bedeutung.

Trotz der anerkannten Erfolge des UNFPA hielt der Trend zu **sinkenden Beitragsleistungen** auch im Jahr 2001 an. Dies führte zur Streichung von Familienplanungsprogrammen.

Kinderhilfswerk der VN (UN Children's Fund – UNICEF)

UNICEF hat zum Ziel, durch spezielle Länderprogramme die Gesundheitsversorgung und soziale Einrichtungen für Kinder in Entwicklungsländern zu sichern. UNICEF tritt für den Schutz der Kinderrechte ein und hat die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen maßgeblich mitgestaltet. Unterstützt wird die Arbeit UNICEFs in den meisten Ländern und auch in Österreich durch nationale Komitees, die einen beträchtlichen Teil der UNICEF zur Verfügung stehenden Geldmittel als private Spenden einsammeln.

Seit 1995 wird UNICEF von **Carol Bellamy** geleitet. 2001 stand für UNICEF im Zeichen der Vorbereitungen zum Weltkindergipfel und dem Kinderforum, die von 16. – 21. September 2001 in New York hätten stattfinden sollen. Infolge der Terroranschläge vom 11. September musste der Gipfel kurzfristig ins Jahr 2002 verschoben werden.

Im Dezember 2001 verabschiedete UNICEF den mittelfristigen strategischen Plan für den Zeitraum 2002–2005. Als Prioritäten sind festgelegt: Ausbildung von Mädchen, Entwicklung in der frühen Kindheit, Immunisierung, Kampf gegen HIV/AIDS und Schutz der Kinder vor Gewalt, Missbrauch, Ausbeutung und Diskriminierung.

Junior Professional Officer (JPO)-Programm/Hilfsexpertenprogramm der VN

Dieses Programm ermöglicht jungen AkademikerInnen, einen zweijährigen Einsatz als Bedienstete einer internationalen Organisation zu absolvieren, wobei für ÖsterreicherInnen das Außenministerium die gesamten Einsatzkosten finanziert. Ziel dieses Programms ist die Unterstützung der jeweiligen VN-Organisation und die Ausbildung der Begünstigten. Zur Stärkung des Anteils der ÖsterreicherInnen wird auch die allfällige Übernahme in den Personalstand der internationalen Organisationen gefördert. Im EZA-Bereich wurden JPO-Einsätze in folgenden Ländern finanziert: Ruanda, Nicaragua, Kenia, Nepal, Myanmar, Guatemala, Palästina, Simbabwe, Mosambik, Äthiopien und Bhutan sowie je ein Einsatz in den Zentralstellen in New York und Genf.

Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (UNIDO)

Die UNIDO konzentriert sich auf die Förderung umweltfreundlicher Wirtschafts- und Industriebetriebe, Hilfe beim Aufbau bzw. Stärkung industrieller Kapazitäten und Unterstützung beim Aufbau von Institutionen mit Exportchancen sowie zunehmend die Bereiche Energie und Abfallwirtschaft.

Der amtierende Generaldirektor **Carlos Magariños** wurde 2001 für eine zweite Amtsperiode bestellt. Ausgehend von der Konsolidierung der Reformmaßnahmen soll die Organisation noch stärker in die internationale Entwicklungsdebatte integriert werden. Bei der VN-Konferenz über die „Least Developed Countries“ (LDC III, siehe unten) moderierte die UNIDO den von Österreich finanzierten Runden Tisch „Energie“. Sowohl im Follow-up-Prozess von LDC III als auch für die 2002 anberaumten Konferenzen über „Financing for Development“ (Mexiko) und Nachhaltige Entwicklung (Südafrika) hat die UNIDO Expertise anzubieten. Die Zusammenarbeit mit Institutionen der EU erhielt 2001 durch konkrete Vorhaben neuen Schwung.

Unter dem Vorsitz des guatemaltekischen Vizepräsidenten fand im Dezember die 9. Generalkonferenz statt. Wirtschaftsminister Bartenstein eröffnete die Konferenz. Hier wurde die Ausrichtung des Arbeitsprogramms auf die Stärkung industrieller Kapazitäten sowie auf saubere und nachhaltige industrielle Entwicklung bestätigt und gleichzeitig gelang es, den neuen Beitragsschlüssel der VN samt Höchstbeitragsrate von 22% in einer für die UNIDO günstigen Art zu übernehmen.

Österreich wurde in den untergeordneten Gremien IDB (Industrial Development Board) und PBC (Programme and Budget Committee) für die nächsten vier bzw. zwei Jahre bestätigt.

Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)

Die wichtigste Veranstaltung der UNCTAD war die Dritte VN-Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder (**LDC III**, Least Developed Countries), die vom 14.–20. Mai auf Einladung der EU in Brüssel stattfand. Diese Einladung war während des österreichischen EU-Vorsitzes durch Außenministerin Ferrero-Waldner ergangen. Die Konferenz sollte konkrete Verbesserungen der Situation in den 49 ärmsten Ländern der Erde, insbesondere bei der **Armutsbekämpfung**, herbeiführen. In einem gemeinsamen Aktionsplan haben nun die LDCs und ihre Entwicklungspartner Maßnahmen verpflichtend festgeschrieben, die es in den kommenden 10 Jahren umzusetzen gilt.

Die EU konnte wesentlich zum Erfolg der Konferenz beitragen. Bereits im Vorfeld hatte sie mit dem Beschluss, allen LDCs für sämtliche ihrer Produkte zoll- und quotenfreien Zugang zu den EU-Märkten einzuräumen (**Everything but Arms**), ein wichtiges Zeichen gesetzt. Andere Industrieländer äußerten die Absicht, dem Beispiel der EU zu folgen. Außerdem einigten sich die OECD-Mitgliedstaaten darauf, in Zukunft vermehrt „ungebundene Entwicklungshilfe“ für LDCs (**untying of aid**) zu gewähren, um deren Effizienz zu erhöhen.

Einen wichtigen Konferenzbeitrag leistet Österreich im bisher in der internationalen Entwicklungsdebatte vernachlässigten Energiebereich. Umweltminister Molterer führte den Co-Vorsitz bei einem **Runden Tisch zu Energie**, der von Österreich gemeinsam mit Mali, der UNIDO und der UNCTAD vorbereitet und durchgeführt wurde. Auch in seiner Konferenzklärung betonte Österreich die Rolle des Energiesektors sowie die der Entwicklung produktiver Kapazitäten in LDCs. Die Umsetzung der Ergebnisse des Runden Tisches wurde der UNIDO übertragen.

HABITAT, Kommission für menschliches Siedlungswesen (UNCHS)

Zentrales Ereignis für Habitat war die VN-Sondergeneralversammlung für Menschliches Siedlungswesen („Istanbul+5“), die vom 6. – 8. Juni in New York stattfand und die Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen der Urbanisierung im 3. Jahrtausend lenkte.

Parallel zu den Vorbereitungen für „Istanbul + 5“ hat Habitat seinen eigenen inneren Reformpro-

zess weiter vorangetrieben. Sichtbares Ergebnis ist die Umwandlung der Kommission für Menschliches Siedlungswesen in ein etabliertes Programm, was Habitat innerhalb des VN-Systems wesentlich stärkte.

Die Schwerpunkte der österreichischen Aktivitäten innerhalb von Habitat liegen auf den Gebieten Urbanisierung und Armutsbekämpfung sowie im Einbringen der Aktivitäten der ÖEZA im Wassersektor.

2. Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit der EU

Im Berichtsjahr hat die EU-Kommission die unter Präsident Prodi in Angriff genommenen institutionelle Reformen ihres administrativen und finanziellen Systems weitergeführt und im Kontext dieser Reformen auch den **Prozess der Neustrukturierung der Verwaltung ihrer Entwicklungszusammenarbeit** fortgesetzt. Dabei wurden zwei wesentliche strukturelle Veränderungen umgesetzt: erstens, die Zusammenführung des Projektzyklus in einer einzigen Organisation, dem **Europäischen Amt für Zusammenarbeit** (EuropeAid), das am 1. Jänner 2001 seine Arbeit aufnahm; zweitens wurde schrittweise die **Dekonzentration der Aufgaben und Zuständigkeiten in der Verwaltung der Außenhilfe** auf die EK-Delegationen in den Empfangsstaaten durchgeführt, die bis zum Jahr 2003 abgeschlossen werden soll. Die Delegationen sollen dann nicht nur an der Programmierung der Gemeinschaftshilfe im Rahmen der jeweiligen **mehrfährigen Länderstrategiepapiere** mitwirken, sondern auch die Projekte während des gesamten Projektzyklus betreuen und verwalten. Bereits bei der Programmierung soll eine möglichst enge Abstimmung mit den entsprechenden Aktivitäten der EU-Mitglied-

staaten sowie der übrigen nationalen und internationalen Geber gesucht werden.

Auf Grundlage der vom Rat Allgemeine Angelegenheiten am 22.1.2001 beschlossenen Leitlinien für eine **Verstärkung der operativen Koordinierung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten** soll die Koordinierung zwischen der Kommission und den Botschaften bzw. EZA-Büros der Mitgliedstaaten am Einsatzort alle Ebenen der Entwicklungszusammenarbeit erfassen. Diese Verlagerung wesentlicher Gestaltungsaufgaben der EZA auf die Vertretungen der Europäischen Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten wird an die österreichischen Vertretungsbehörden in den Entwicklungsländern besondere Anforderungen stellen, um eine Einbindung Österreichs in die Planung der gemeinschaftlichen EZA und entsprechende Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für die ÖEZA sicherzustellen.

Der Rat der Entwicklungsminister vom 31. Mai 2001 unter schwedischem Vorsitz nahm unter anderem Schlussfolgerungen für die Bedeutung des Infrastruktur- und Verkehrsausbaus unter

dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung an und indorsierte im Hinblick auf den 2002 in Johannesburg stattfindenden Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung die von der Kommission vorgelegte **Strategie für die Einbeziehung von Umweltbelangen in die wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit der EG** zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung. Unter schwedischer Präsidentschaft erhielt auch die Absicht einer Intensivierung und **Verbesserung der Zusammenarbeit der EU mit den Vereinten Nationen** neuen Anstoß. Konkret soll es nach einem Auswahlprozess zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit strategischen Partnern kommen. Eine noch ausstehende Anpassung der Haushaltsordnung in diesem Sinne soll notwendige Erleichterungen bringen. Die unter dem französischen Vorsitz im Jahr 2000 begonnenen Arbeiten im Bereich der übertragbaren Krankheiten (Malaria, Tuberkulose, HIV/Aids) mündeten unter schwedischer Präsidentschaft in der Annahme eines gemeinschaftlichen Aktionsplanes. Daher wurde in der zweiten Jahreshälfte 2001 ein Gemeinschaftsbeitrag zu dem im Entstehen begriffenen **Global Health Fund** beschlossen, dem auch Österreich eine bilaterale Beitragszusage machte.

Die Ereignisse des 11. September führten bei einer informellen Sitzung des Rats der Entwicklungsminister am 10. Oktober 2001 zu einem Konsens zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission über die **Notwendigkeit zu verstärkten Bemühungen bei der Armutsbekämpfung**. In seiner formellen Sitzung vom 8. November 2001 forderte der Rat Entwicklung die Kommission auf, im Hinblick auf die für März 2002 in Monterrey (Mexiko) angesetzte **Internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung** mit den einzelnen Mitgliedstaaten einen Dialog über weitere Schritte zur Erhöhung der Entwicklungsleistungen, einschließlich der Festlegung spezifischer Zeitpläne zur Erreichung des

staatlichen Zielwerts von 0,7% des BIP, zu führen. Die Kommission erhielt außerdem den Auftrag, alternative und neuartige Finanzierungsquellen für die Entwicklung zu untersuchen. Auf Initiative des EU-Vorsitzes verabschiedete der Rat auch eine Resolution, wonach die europäische Öffentlichkeit für die Thematik der internationalen Solidarität in der nachhaltigen globalen Entwicklung sensibilisiert werden soll. Auch die künftigen Mitgliedstaaten der Union sollen in diese Dynamik einbezogen werden.

Der Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit der EU lag 2001 auf der Umsetzung des neuen, im Juni 2000 in Cotonou (Benin) unterzeichneten AKP-EG-Partnerschaftsabkommens (**Cotonou-Abkommen**). Dieses neue Abkommen mit einer Geltungsdauer von 20 Jahren ersetzt das am 29. Februar 2000 ausgelaufene Vierte AKP-EG-Abkommen von Lomé. Das Cotonou-Abkommen umfasst ein breites Spektrum von Bereichen der Zusammenarbeit der EU mit den AKP-Staaten, von einer intensivierten Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit bis hin zu einem tatsächlichen politischen Dialog. Ziel ist die Neuausrichtung der Entwicklungspolitiken auf Strategien zur Linderung der Armut in Verbindung mit den Bereichen Politik, Handelspolitik und Entwicklungspolitik. Um das Interesse an der Umsetzung der Programme bei den AKP Staaten auf möglichst weitreichende Weise sicherzustellen, wurde dabei besonderer Wert auf die umfassende Einbeziehung der Partnerländer und ihrer Zivilgesellschaft schon bei der Programmierung gelegt (Ownership).

Das Abkommen legt fest, dass die Ziele der AKP-EG-Entwicklungszusammenarbeit mit Hilfe integrierter Strategien zu verfolgen sind, die wirtschaftliche, soziale, kulturelle, umweltpolitische und institutionelle Elemente umfassen, die sich die Akteure im jeweiligen Land zu eigen machen müssen. Auf diese Weise soll ein einheitlicher Rahmen für die Unterstützung der Entwicklungs-

strategien der AKP-Staaten geschaffen und die Komplementarität und Interaktion der einzelnen Elemente gewährleistet werden.

Im Zug der Anwendung des Cotonou-Abkommens musste auch der Artikel 96, der Konsultationen mit AKP-Staaten vorsieht, die gegen wesentliche Grundelemente des Abkommens verstoßen (haben), mehrmals angewandt werden (Cote d'Ivoire, Liberia, Simbabwe, Fidji). Im Fall von Simbabwe wurde bis in den Herbst 2001 versucht, im Rahmen eines allgemeinen politischen Dialogs nach Artikel 8 des Cotonou-Abkommens zu einer Normalisierung der Situation zu kommen. Nachdem dies scheiterte, musste Ende 2001 doch der formale Prozess der Artikel 96-Konsultationen eingeleitet werden.

Der **schwedische EU-Vorsitz** (1. Halbjahr 2001) und der **belgische Vorsitz** (2. Halbjahr 2001) legten den Schwerpunkt der Ausarbeitung von Implementierungsstrategien auf die Themenbereiche **Friedenssicherung und Konfliktprävention**, der **Zusammenarbeit mit Konfliktländern** – auch im Zusammenspiel mit den Anstrengungen der Präsidentschaft rund um die Region der Großen Seen und der DR Kongo – und der **Einbindung der Zivilgesellschaft** bei der Festlegung, Programmierung und Verwirklichung der Kooperationsmaßnahmen.

Die AKP-Zusammenarbeit war im Jahr 2001 auch von den intensiven Verhandlungen über einen neuen Beschluss des Rats betreffend die Assozi-

ation der mit Frankreich, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und Dänemark verbundenen überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG) mit der Europäischen Gemeinschaft gekennzeichnet, der den am 1. Dezember 2001 auslaufenden bisherigen Assoziationsbeschluss von 1991 ersetzte. Für Österreich standen bei der Fortführung der **ÜLG-EG-Assoziation** die entwicklungspolitischen Zielsetzungen im Gesamtrahmen der Armutsbekämpfung im Vordergrund. Österreich trat daher seit Beginn der Verhandlungen für einen möglichst raschen Abschluss auf Grundlage des von der Kommission im November 2000 vorgelegten Entwurfs ein, da dieser nach österreichischer Auffassung wesentliche Verbesserungen der bestehenden Regelungen, insbesondere im Hinblick auf die Zuweisung und Verwendung von Finanzmitteln, die Konzentration auf handelsrelevante Sektoren, auf die Privatwirtschaft und den Zugang zu Gemeinschaftsprogrammen, mit sich bringt. In den Verhandlungen seit Dezember 2000 konnten in drei Lesungen des Beschlussentwurfs in einer Reihe von österreichische Interessen und Anliegen berührenden Fragen, so u.a. in der Frage der Mittelzuweisungen aus dem 9. Europäischen Entwicklungsfonds, im Umweltbereich (gefährliche, ungefährliche Abfälle), in der Frage der Zucker-Quote und Ursprungsregelung sowie bei der Regelung der Besteuerung von Zinserträgen in den ÜLG, annehmbare Kompromisslösungen gefunden werden.

3. OECD-Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit

Die Koordinierung, sowohl der multilateralen Institutionen untereinander wie auch dieser mit den bilateralen Akteuren zählt zu den zentralen Aufgaben des Entwicklungsausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Auf der Grundlage der jährlich gemeldeten Finanzflüsse in Entwicklungsländer und der in regelmäßigen Abständen erfolgten Prüfungen der Entwicklungsleistungen der DAC Mitglieder wird die Umsetzung der Partnerschaftsentwicklungsstrategie für das 21. Jahrhundert kontinuierlich beurteilt.

Die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, den internationalen Finanzinstitutionen und der Europäischen Union findet ihren sichtbaren Niederschlag im gemeinsamen Bemühen um die Operationalisierung der internationalen Entwicklungsziele, die seit dem Millenniumsgipfel 2000

mit der Aufnahme eines achten Ziels („Develop a Global Partnership for Development“) als Millenniumsentwicklungsziele bezeichnet werden.

Österreich trägt die vereinbarten gemeinsamen Zielsetzungen für eine auf lange Sicht tragfähige wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit und nahm systematisch an allen Koordinationsveranstaltungen von Schwerpunkt- und Kooperationsländern teil.

Mit der Annahme von vier Leitlinien auf der Hochrangigen DAC Tagung 2001 zu den Themen Armutsverringerung, nachhaltige Entwicklung, Konfliktprävention und Kapazitätsentwicklung für den Handel wurden weitere wichtige Instrumente für die ÖEZA zur Verfügung gestellt.

III. Ostzusammenarbeit

Seit April 2000 ist die Ostzusammenarbeit (OZA) mit den **mittel- und osteuropäischen Ländern** (MOEL) sowie mit der **Gemeinschaft Unabhängiger Staaten** (GUS) Teil der Sektion für Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit im Außenministerium.

Im Jahre 2001 wurden für bilaterale Hilfsprojekte im Rahmen der OZA rund 11,62 Millionen EUR ausbezahlt. Der geografische Schwerpunkt der OZA hat sich in den letzten Jahren von den unmittelbaren Nachbarstaaten Österreichs nach Südosteuropa verlagert. Die Bereiche Umwelt, vor allem Wasser und Energieversorgung, Aus- und Weiterbildung sowie Reform der öffentlichen Verwaltung, Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte bilden die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte. Ein Mindestmaß an Einhaltung demokratischer Grundprinzipien sowie die Achtung der Menschenrechte, insbesondere der Schutz von Minderheiten- und Flüchtlingen, sind Voraussetzung für Projekte der OZA. Darüber hinaus müssen die Projektpartner in Verwaltung, Politik und Gesellschaft zu aktiver Mitarbeit sowie zur nachhaltigen Betreuung der mit österreichischer Hilfe realisierten Projekte bereit sein.

Die OZA führt insbesondere in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Kroatien und der Bundesrepublik Jugoslawien (mit verstärktem Engagement in Serbien ab 2001) Projekte durch. Innerhalb der Gruppe der MOEL, die EU-Beitrittskandidaten sind, konzentriert sich das Engagement der OZA auf die beiden wirtschaftlich schwächsten Länder Rumänien und Bulgarien. Die Abstimmung der Programme und Projekte in der Region Südosteuropa erfolgt unter anderem im Rahmen der Geberkoordination zum Stabilitätspakt.

Österreich hat innerhalb des Stabilitätspaktes den Vorsitz der Arbeitsgruppe Bildung und Jugend inne und setzt sich vor allem für die Verbesserung des Bildungsbereiches in Südosteuropa ein. Darüber hinaus fördert die OZA auch zahlreiche länderübergreifende Projekte zur Unterstützung von regionaler Integration, beispielsweise im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Die Terroranschläge in den USA haben zu einer Intensivierung der Aktivitäten im zentralasiatischen Raum geführt. Ende 2001 wurden dort verstärkt Projekte zur humanitären Hilfe und im Bildungsbereich realisiert, wie etwa die Unterstützung von Familien in Tadschikistan, die von der Dürre betroffen waren, oder die Errichtung einer Forschungs- und Bildungsplattform in Form eines Kooperationsnetzwerkes österreichischer Universitäten mit Einrichtungen des tertiären Bildungsbereiches in ausgewählten Staaten Zentralasiens (Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan, Usbekistan).

Beispiele für die vielfältigen Projekte der OZA sind unter anderem der Aufbau der Wasserversorgung von Krivogastani in Mazedonien, die Unterstützung der Universitäten von Sarajewo, Banja Luka, Bihac und Mostar in Bosnien und Herzegowina, die Förderung von Schulen für Tourismusberufe in Rumänien, Weiterbildung und Training für arbeitslose Jugendliche in Bulgarien und der Aufbau eines Menschenrechtszentrums in Zagreb, Kroatien

IV. Statistik

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Tabelle 1:

Entwicklung der Mittel für Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen, 1997-2001 in Mio. €

	1997	1998	1999	2000	2001
BMAA - Budget	64,66	69,04	60,41	56,45	54,88
ERP-Mittel	4,69	12,27	11,55	16,51	8,55
Gesamt	69,35	81,31	71,96	72,96	63,42
<i>in % des BNE</i>	<i>0,038</i>	<i>0,043</i>	<i>0,038</i>	<i>0,035</i>	<i>0,031</i>
<i>in % des Bundeshaushalts</i>	<i>0,127</i>	<i>0,144</i>	<i>0,126</i>	<i>0,128</i>	<i>0,105</i>

Tabelle 2:

Aufteilung der Programm- und Projekthilfe nach Regionen, Auszahlungen, 1999-2001 in Mio. €

Region	1999		2000		2001	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Europa	0,88	1,22	1,44	1,97	0,71	1,12
Afrika	32,30	44,89	34,94	47,89	28,90	45,57
Asien	15,18	21,10	14,39	19,73	9,14	14,41
Amerika	13,74	19,09	10,86	14,88	12,54	19,77
Ozeanien*	0,78	1,08	0,78	1,07	0,44	0,69
Kontinent/Land zuordenbar	62,88	87,38	62,41	85,54	51,73	81,55
nicht zuordenbar**	9,08	12,62	10,55	14,46	11,70	18,45
Programm- und Projekthilfe gesamt	71,96	100,00	72,96	100,00	63,42	100,00

*Papua Neuguinea

**inkl. Maßnahmen in Österreich

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Tabelle 3:

Programm- und Projekthilfe für Afrika, Auszahlungen, 1999-2001 in Tausend €

	1999		2000		2001	
	in 1.000 €	%	in 1.000 €	%	in 1.000 €	%
nördlich.d.Sahara:	1.281,92	3,97	894,62	2,56	921,83	3,19
davon: Ägypten	211,52	0,65	165,65	0,47	115,33	0,40
Algerien	16,71	0,05	8,62	0,02	10,15	0,04
Marokko	110,28	0,34	500,55	1,43	357,62	1,24
Tunesien	158,61	0,49	139,86	0,40	167,08	0,58
unspez.	784,80	2,43	79,94	0,23	271,66	0,94
südlich d.Sahara:	31.018,07	96,03	34.045,00	97,44	27.979,20	96,81
davon: Äthiopien	4.007,18	12,41	2.754,99	7,88	3.319,49	11,49
Burkina Faso	2.488,77	7,71	2.888,54	8,27	2.935,05	10,16
<i>Burundi</i>	457,97	1,42	1.271,91	3,64	521,39	1,80
<i>Côte d'Ivoire</i>	8,47	0,03	1,16	0,00	10,00	0,03
<i>Eritrea</i>	11,38	0,04	4,06	0,01	5,14	0,02
<i>Gambia</i>	18,33	0,06	9,01	0,03	0,00	0,00
<i>Ghana</i>	84,69	0,26	38,06	0,11	48,30	0,17
<i>Guinea</i>	11,64	0,04	0,00	0,00	10,00	0,03
<i>Guinea Bissau</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Kamerun</i>	236,54	0,73	65,15	0,19	128,86	0,45
Kap Verde	1.771,56	5,48	3.853,41	11,03	1.168,82	4,04
<i>Kenia</i>	1.362,23	4,22	885,47	2,53	631,38	2,18
<i>Kongo</i>	6,89	0,02	2,62	0,01	105,76	0,37
<i>Lesotho</i>	19,66	0,06	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Madagaskar</i>	7,74	0,02	2,14	0,01	15,71	0,05
<i>Malawi</i>	20,45	0,06	21,58	0,06	31,01	0,11
<i>Mali</i>	30,26	0,09	19,85	0,06	18,56	0,06
<i>Mauretanien</i>	67,13	0,21	75,68	0,22	35,13	0,12
<i>Mauritius</i>	2,12	0,01	0,00	0,00	9,18	0,03
Mosambik	3.682,34	11,40	3.840,40	10,99	2.263,09	7,83
<i>Namibia</i>	1.963,49	6,08	831,17	2,38	807,11	2,79
<i>Niger</i>	11,27	0,03	10,42	0,03	16,46	0,06
<i>Nigeria</i>	111,31	0,34	37,48	0,11	86,02	0,30
<i>Rep. Südafrika</i>	983,29	3,04	856,56	2,45	851,46	2,95
Ruanda	384,32	1,19	1.015,39	2,91	162,81	0,56
<i>Sambia</i>	134,01	0,41	55,86	0,16	105,57	0,37
<i>Senegal</i>	1.810,31	5,60	2.689,14	7,70	2.442,54	8,45
<i>Sierra Leone</i>	10,07	0,03	2,47	0,01	27,36	0,09
<i>Simbabwe</i>	1.084,05	3,36	1.528,74	4,38	879,81	3,04
<i>Somalia</i>	4,95	0,02	0,04	0,00	15,08	0,05
<i>Sudan</i>	91,63	0,28	79,62	0,23	98,52	0,34
<i>Tansania</i>	4.222,26	13,07	4.939,51	14,14	3.744,78	12,96
<i>Togo</i>	5,24	0,02	2,34	0,01	5,00	0,02
Uganda	4.060,92	12,57	4.542,32	13,00	6.290,44	21,77
<i>Zaire</i>	109,10	0,34	4,68	0,01	-31,09	-0,11
unspez.	1.736,48	5,38	1.713,75	4,90	1.209,36	4,18
Afrika, sonstige	0,00	0,00	1,51	0,00	11,10	0,00
AFRIKA gesamt:	32.299,99	100,00	34.939,63	100,00	28.901,03	100,00

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Tabelle 4:

Programm- und Projekthilfe für Lateinamerika, Auszahlungen, 1999-2001, in Tausend €

	1999		2000		2001	
	in 1.000 €	%	in 1.000 €	%	in 1.000 €	%
Antigua und Barbuda	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Argentinien	39,19	0,29	14,59	0,13	62,25	0,50
Bolivien	39,43	0,29	131,51	1,21	382,26	3,05
Brasilien	1.126,72	8,19	886,80	8,17	1.176,48	9,38
Chile	562,26	4,09	277,98	2,56	211,78	1,69
Costa Rica	72,10	0,52	339,78	3,13	346,87	2,77
Ecuador	282,34	2,05	384,04	3,54	468,39	3,74
El Salvador	1.245,44	9,06	1.252,39	11,53	1.181,06	9,42
Guatemala	2.760,20	20,08	1.927,30	17,75	1.927,01	15,37
Honduras	3,87	0,03	2,54	0,02	0,00	0,00
Kolumbien	209,04	1,52	148,71	1,37	321,33	2,56
Kuba	75,83	0,55	69,44	0,64	32,13	0,26
Mexiko	77,05	0,56	44,22	0,41	44,22	0,35
Nicaragua	6.953,73	50,58	5.212,08	48,00	6.152,80	49,07
Panama	0,00	0,00	0,00	0,00	9,18	0,07
Paraguay	9,43	0,07	7,61	0,07	5,76	0,05
Peru	248,61	1,81	147,09	1,35	202,95	1,62
Trinidad and Tobago	12,47	0,08	0,00	0,00	0,00	0,00
Uruguay	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Venezuela	24,29	0,18	13,29	0,12	13,83	0,11
LA un spez.	7,10	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00
Lateinamerika gesamt	13.749,10	100,00	10.859,37	100,00	12.538,29	100,00

Tabelle 5:

Programm- und Projekthilfe für Asien, Auszahlungen, 1999-2001 in Tausend €

	1999		2000		2001	
	in 1.000 €	%	in 1.000 €	%	in 1.000 €	%
Afghanistan	256,61	1,69	239,59	1,66	215,79	2,38
Armenien	11,09	0,07	0,90	0,01	12,93	0,14
Bangladesh	171,13	1,13	124,62	0,87	92,46	1,02
Bhutan	5.983,61	39,44	6.353,63	44,14	2.998,45	33,12
China	216,04	1,42	157,28	1,09	158,57	1,75
Georgien	20,38	0,13	15,08	0,10	5,95	0,07
Indien	88,74	0,58	65,32	0,45	228,61	2,52
Indonesien	230,60	1,52	239,21	1,66	131,97	1,46
Irak	14,91	0,10	6,96	0,05	6,76	0,07
Iran	276,18	1,82	119,55	0,83	263,53	2,91
Israel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Jemen	17,33	0,11	6,29	0,04	7,34	0,08
Jordanien	13,48	0,09	6,29	0,04	37,24	0,41
Kambodscha	297,67	1,96	439,52	3,05	77,51	0,86
Korea, Republik	4,24	0,03	0,00	0,00	0,00	0,00
Laos	12,47	0,08	36,81	0,26	46,68	0,52

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Tabelle 5, Fortsetzung:

Programm- und Projekthilfe für Asien, Auszahlungen, 1999-2001 in Tausend €						
	1999		2000		2001	
	in 1.000 €	%	in 1.000 €	%	in 1.000 €	%
Libanon	67,54	0,45	10,11	0,07	21,43	0,24
Malaysien	0,00	0,00	2,75	0,02	0,00	0,00
Malediven	16,59	0,11	9,06	0,06	0,00	0,00
Mongolei	16,36	0,11	31,53	0,22	38,75	0,43
Myanmar (Burma)	0,00	0,00	0,40	0,00	11,53	0,13
<i>Nepal</i>	1.504,32	9,92	1.259,02	8,75	1.228,71	13,57
<i>Pakistan</i>	2.119,87	13,97	606,05	4,21	655,80	7,24
<i>auton. paläst. Gebiete</i>	1.888,87	12,45	3.397,97	23,61	2.025,48	22,37
Philippinen	121,76	0,80	142,84	0,99	176,33	1,95
Sri Lanka	50,57	0,33	10,50	0,07	26,15	0,29
Syrien	22,38	0,15	28,66	0,20	26,30	0,29
Thailand	900,60	5,94	290,29	2,02	120,58	1,33
Vietnam	425,31	2,80	179,50	1,25	149,73	1,65
Asien unspez.	423,42	2,79	613,53	4,26	373,59	3,28
Asien gesamt	15.172,08	100,00	14.393,25	100,00	9.138,16	100,00

Tabelle 6:

Entwicklung der Mittel für Schwerpunkt- und Kooperationsländer, Auszahlungen, 1993-2001 in Mio. €

Jahr	Schwerpunkt- länder, in Mio. €		Kooperations- länder, in Mio. €		Gesamt in Mio. €	
		in %		in %		in %
1993	21,18	26,90	25,44	32,30	46,62	59,20
1994	30,54	40,20	15,56	20,50	46,10	60,70
1995	25,21	35,50	16,39	23,10	41,60	58,60
1996	29,52	37,12	17,66	22,20	47,18	59,32
1997	29,26	42,20	16,27	23,46	45,54	65,66
1998	37,61	46,26	21,42	26,35	59,03	72,61
1999	29,33	40,76	19,59	27,22	48,92	67,98
2000	30,46	41,75	18,39	25,20	48,85	66,95
2001	25,29	39,87	15,22	23,99	40,51	63,86

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Tabelle 7:

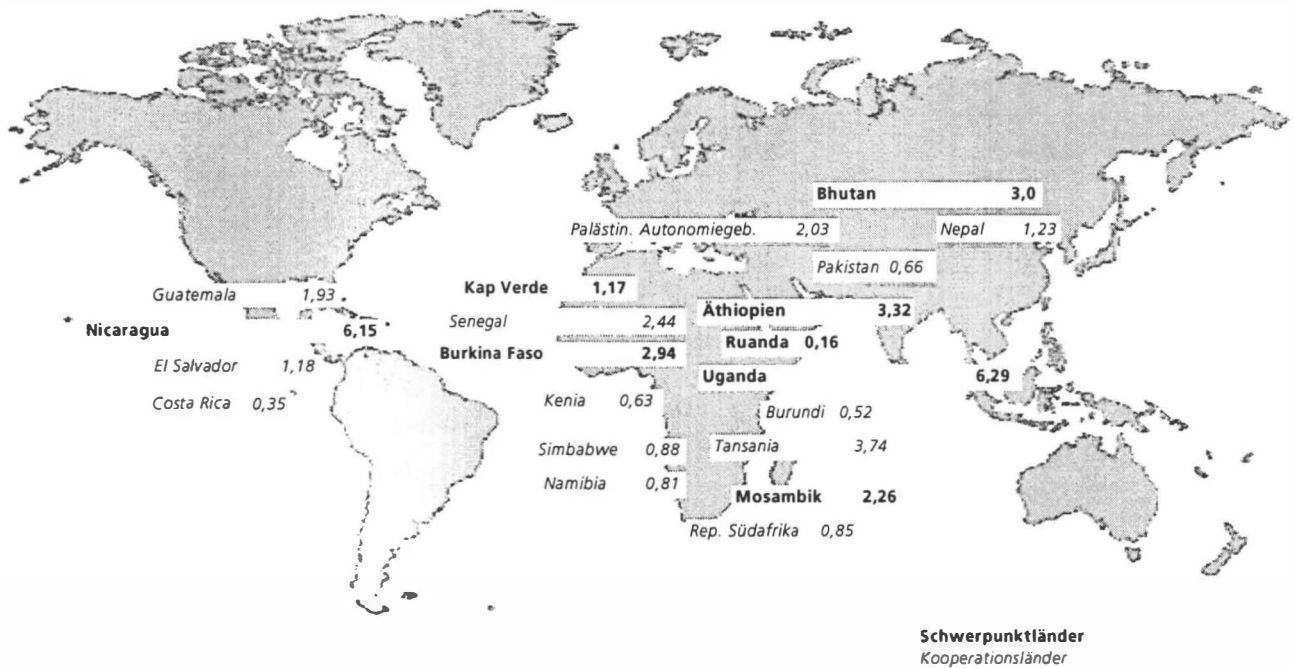
Programm- und Projekthilfe für Schwerpunkt- und Kooperationsländer nach Schlüsselregionen, 1999-2001, in Mio. €

	1999		2000		2001	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Sahelraum Westafrikas:	6,07	8,44	9,43	12,93	6,55	10,32
davon Burkina Faso	2,49	3,46	2,89	3,96	2,94	4,63
Kap Verde	1,77	2,46	3,85	5,28	1,17	1,84
Senegal	1,81	2,52	2,69	3,69	2,44	3,85
Ostafrika:	14,49	20,14	15,41	21,12	14,67	23,13
davon Uganda	4,06	5,64	4,54	6,23	6,29	9,92
Äthiopien	4,01	5,57	2,75	3,78	3,32	5,23
Ruanda	0,38	0,53	1,02	1,39	0,16	0,26
Tansania	4,22	5,87	4,94	6,77	3,74	5,90
Kenia	1,36	1,89	0,89	1,21	0,63	1,00
Burundi	0,46	0,64	1,27	1,74	0,52	0,82
Südliches Afrika:	7,71	10,72	7,06	9,67	4,80	7,57
davon Mosambik	3,68	5,12	3,84	5,26	2,26	3,57
Namibia	1,96	2,73	0,83	1,14	0,81	1,27
Simbabwe	1,08	1,51	1,53	2,10	0,88	1,39
Rep. Südafrika	0,98	1,37	0,86	1,17	0,85	1,34
Zentralamerika:	11,03	15,33	8,73	11,97	9,61	15,15
davon Nicaragua	6,95	9,66	5,21	7,14	6,15	9,70
Guatemala	2,76	3,84	1,93	2,64	1,93	3,04
El Salvador	1,25	1,73	1,25	1,72	1,18	1,86
Costa Rica	0,07	0,10	0,34	0,47	0,35	0,55
Himalaja-Hindukusch:	9,61	13,35	8,22	11,26	4,88	7,70
davon Bhutan	5,98	8,32	6,35	8,71	3,00	4,73
Pakistan	2,12	2,95	0,61	0,83	0,66	1,03
Nepal	1,50	2,09	1,26	1,73	1,23	1,94
Sonderprogrammland:						
auton. paläst. Gebiete	1,89	2,62	3,40	4,66	2,03	3,19
Schwerpunktl. ges.	29,33	40,76	30,46	41,75	25,29	39,87
Kooperationsld. ges.	19,59	27,22	18,39	25,20	15,22	23,99
Schwerpkt. u. Kooperationsld. ges.	48,92	67,98	48,85	66,95	40,51	63,86
Schwpkt. u. Koopl. + Sonderprogr. ges.	50,81	70,60	52,25	71,61	42,53	67,05
Programm- und Projekthilfe ges.	71,96	100,00	72,96	100,00	63,42	100,00

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Grafik:

Schwerpunkt- und Kooperationsländer der bilateralen Programm- und Projekthilfe 2001 in Mio. €



ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Tabelle 8:

Projekt- und Programmhilfe 1999-2001 nach Sektoren in Mio. €				
DAC Code	Bezeichnung	1999	2000	2001
110	Bildung	11,90	6,74	8,34
120	Gesundheit	3,40	3,04	5,04
130	Bevölkerungspolitik-Programme und reproduktive Gesundheit	0,12	0,11	0,15
140	Wasser-Versorgung und sanitäre Einrichtungen	4,52	7,14	4,75
150	Regierung (Verwaltung) und Zivile Gesellschaft	7,25	8,65	5,72
160	Andere soziale Infrastruktur und Leistungen	1,93	3,10	0,76
100	Soziale Infrastruktur und Leistungen	29,12	28,77	24,76
210	Transport und Lagerhaltung	2,22	2,88	0,99
220	Kommunikation	0,01	0,03	-0,03
230	Energieerzeugung und -verteilung	3,98	5,91	1,98
240	Banken und Finanzwesen	0,85	1,07	1,33
250	Geschäftswesen und andere Leistungen	0,06	0,22	0,15
200	Wirtschaftliche Infrastruktur und Leistungen	7,13	10,10	4,42
310	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	7,98	7,39	4,90
320	Industrie und Gewerbe, Bergbau und Bauwesen	2,84	4,53	2,93
330	Handel und Tourismus	2,89	0,90	0,75
300	Produzierende Sektoren	13,72	12,82	8,58
410	Umweltschutz allgemein	0,84	0,67	1,59
420	Förderung von Frauen	0,58	0,48	0,44
430	Andere Multisektorielle Maßnahmen	5,88	6,47	7,99
400	Multisektorielle Maßnahmen	7,31	7,61	10,02
530	Andere Allgemeine Programm- und Warenhilfen	0,00	0,00	0,00
500	Waren- und Allgemeine Programmhilfe	0,00	0,00	0,00
600	Entschuldungsmaßnahmen	0,00	1,03	0,96
700	Katastrophen-/Soforthilfe	0,51	0,01	0,82
910	Verwaltungskosten des Gebers	4,96	4,77	4,01
920	Unterstützung von NGOs	0,64	2,23	2,46
998	Nicht zuordenbar	8,57	5,61	7,40
900	Sonstige und nicht zuordenbare Leistungen	14,17	12,61	13,87
	Gesamtergebnis	71,96	72,96	63,42

Tabelle 9:

Aufteilung der Programm- und Projekthilfe nach Länderstatus 1999-2001 in Mio. €						
	1999		2000		2001	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Least Developed Countries (LDCs)	30,77	42,76	37,28	51,09	30,05	47,38
Low Income Countries (LICs)	15,05	20,91	11,78	16,15	10,48	16,52
Lower Middle Income Countries (LMICs)	12,18	16,93	12,65	17,34	10,75	16,95
Upper Middle Income Countries (UMICs)	2,80	3,90	1,68	2,31	1,86	2,94
High Income Countries (HICs)	0,00	0,01	0,02	0,03	0,00	0,00
n. a. (u.a. Maßnahmen in Österreich)	11,15	15,50	9,54	13,07	10,28	16,21
Gesamt	71,96	100,00	72,96	100,00	63,42	100,00

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Tabelle 10:

Gender- und Umweltprojekte 1999-2001, Auszahlungen, in Mio. €

	1999			2000			2001		
	Auszahlung	% PPH	Anzahl	Auszahlung	% PPH	Anzahl	Auszahlung	% PPH	Anzahl
Genderspezifisch	2,06	2,86	34	0,97	1,33	30	1,44	2,27	29
Genderintegriert	26,40	36,69	365	21,78	29,85	343	26,85	42,34	274
Gesamt	28,46	39,55	399	22,75	31,18	373	28,30	44,61	303
Umweltspezifisch	5,61	7,79	50	4,44	6,09	51	5,55	8,76	59
Umweltintegriert	16,07	22,33	108	14,45	19,81	86	10,91	17,2	115
Gesamt	21,67	30,12	158	18,89	25,90	137	16,46	25,96	174

Tabelle 11:

Armutorientierte und demokratiefördernde (PD/GG) Projekte 1999-2001, Auszahlungen, in Mio. €

	1999			2000			2001		
	Auszahlung	% PPH	Anzahl	Auszahlung	% PPH	Anzahl	Auszahlung	% PPH	Anzahl
Armutsspezifisch	3,35	4,66	17	5,54	7,59	27	5,41	8,52	43
Armutintegriert	16,69	23,20	96	20,86	28,59	125	19,37	30,54	169
Gesamt	20,05	27,86	113	26,40	36,18	152	24,78	39,07	212
PD/GG spezifisch	8,82	12,25	100	7,41	10,15	130	6,28	9,90	104
PD/GG integriert	26,10	36,27	286	25,56	35,03	364	20,77	32,74	199
Gesamt	34,92	48,53	386	32,97	45,18	494	27,05	42,64	303

PD/GG = Participatory Development & Good Governance

Tabelle 12:

Durchführungsstruktur der Programm- und Projekthilfe, Auszahlungen, 1999-2001, in Mio. €

	1999		2000		2001	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
NGO Projekte vorwiegend Ausland	29,81	41,42	26,60	36,46	25,66	40,46
NGO Projekte vorwiegend Österreich	6,94	9,64	4,96	6,79	4,50	7,09
NGO vorwiegend Studienförderung	4,44	6,17	2,57	3,53	4,46	7,03
Österr. NGOs gesamt (1-3)	41,19	57,24	34,13	46,78	34,62	54,58
Firmen in Österreich	16,72	23,23	23,92	32,78	12,95	20,42
öff. Stellen/Universitäten in Österreich	2,50	3,47	0,77	1,06	1,05	1,66
Privatpersonen	0,11	0,15	0,29	0,40	0,17	0,27
Österr. Institutionen gesamt (1-6)	60,51	84,09	59,11	81,02	48,79	76,93
öffentliche Stellen/ Ministerien im Empfängerland	5,25	7,29	7,59	10,40	5,78	9,11
NGOs und Institutionen im Empfängerland	3,30	4,58	1,59	2,18	3,84	6,06
Institutionen im Empfängerland gesamt (7-8)	8,54	11,87	9,18	12,58	9,62	15,17
Internationale Organisationen	1,10	1,53	2,95	4,05	3,28	5,18
Internationale NGOs	1,60	2,22	1,26	1,72	0,73	1,14
Sonstiges	0,20	0,28	0,46	0,63	1,00	1,58
Andere Träger gesamt (9-11)	2,90	4,04	4,67	6,40	5,01	7,90
Gesamt	71,96	100,00	72,96	100,00	63,42	100,00

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Tabelle 13:

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit 1999-2001 in Mio. €

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	1999	2000	2001
1. Entwicklungszusammenarbeit der EU	112,78	94,14	104,43
2. UN-Organisationen	25,69	21,76	19,74
3. Organisationen der Weltbank-Gruppe	3,24	28,33	58,60
4. Regionale Entwicklungsbanken	13,80	24,60	15,72
5. Andere Finanzinstitutionen und andere Organisationen	16,08	11,85	15,17
Multilaterale EZA Gesamt	171,58	180,68	213,66
1. Entwicklungszusammenarbeit der EU	1999	2000	2001
Budgetlinie B70 - Sapard/Ispa/Phare	-	2,37	0,91
Nahrungsmittelhilfe (B720)	8,50	10,41	12,53
Humanitäre Hilfe (B721)	13,64	12,29	13,61
Leistungen für Asien/Lateinamerika/Südafrika (B73)	11,54	14,96	16,44
Leistungen für Mittelmeerraum/Naher Osten (B74)	10,50	11,25	15,00
Leistungen für CEECs/NIS (Part I) (B75)	10,62	2,55	1,39
Leistungen Westlicher Balkan (B75)	-	16,10	24,89
andere Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (B76)	7,01	6,62	7,80
Demokratie und Menschenrechte (B77)	0,82	1,02	1,26
Außenkapitel bestimmter Politiken der Gemeinschaft (B78)	8,32	4,02	6,06
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (B80)	0,43	0,36	0,51
Verwaltungskosten (III A)	2,37	2,63	4,03
Gesamt	73,74	84,60	104,43
Europäischer Entwicklungsfonds	39,03	9,54	0,00
EZA der EU und EEF gesamt	112,78	94,14	104,43
2. UN-Organisationen	1999	2000	2001
FAO	1,61	1,87	1,70
FAO-WFP	2,32	2,16	0,23
JPO	1,08	1,15	0,86
UN-Budget	0,98	1,21	1,24
UNDP	9,23	4,87	3,55
UNESCO	0,73	0,83	0,82
UNICEF	1,45	1,05	0,98
UNIDF	1,43	1,91	3,11
UNIDO	0,74	0,89	0,89
WHO	2,69	3,33	3,32
Andere	3,45	2,47	3,04
Gesamt	25,69	21,76	19,74
3. Organisationen der Weltbank-Gruppe	1999	2000	2001
HIPC-Initiative	-	-	29,07
IBRD	3,24	0,00	1,15
IDA	0,00	27,75	27,75
IFC	0,00	0,00	0,00
MIGA	0,00	0,58	0,63
Gesamt	3,24	28,33	58,60

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

4. Regionale Entwicklungsbanken	1999	2000	2001
AfDB/AfDF	0,00	17,99	9,17
ASDB/AsDF	8,44	4,80	6,14
IDB	5,36	1,81	0,41
Gesamt	13,80	24,60	15,72
5. Andere Finanzinstitutionen und andere Organisationen	1999	2000	2001
CGIAR (IFI*)	1,41	0,00	1,62
ESAF (IFI*)	4,50	5,12	2,61
GEF (IFI*)	6,30	3,12	3,15
IFAD (IFI*)	1,81	1,57	5,67
Montrealer Protokoll (IFI*)	1,51	1,53	1,52
Andere	0,56	0,52	0,60
Gesamt	16,08	11,85	15,17

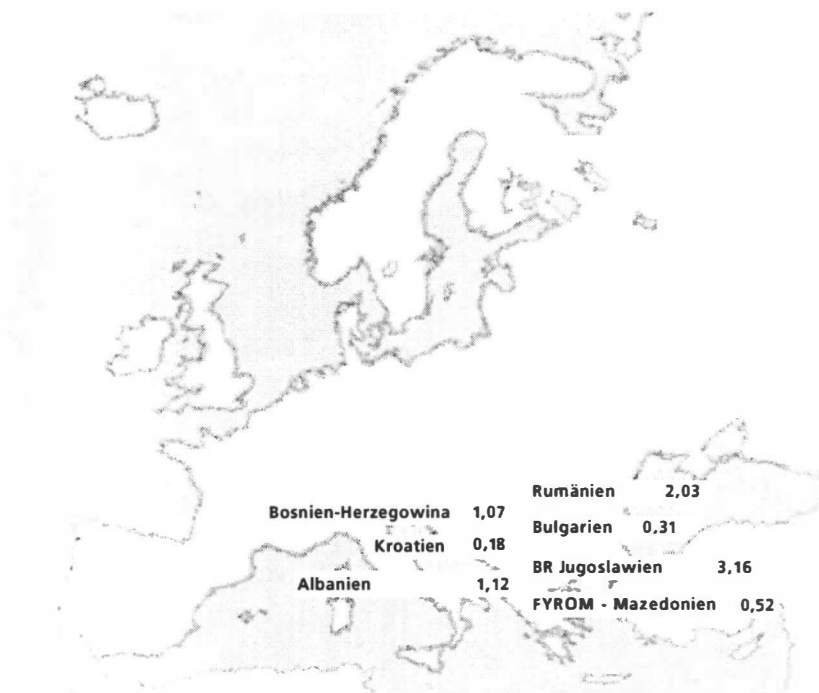
*Internationale Finanzinstitution

Tabelle 14:

Die Schwerpunktländer der Ostzusammenarbeit 2001 in Mio. €

Land	Auszahlung in Mio. €	Auszahlung in %
Albanien*	1,12	9,9
Aserbaidschan	0,06	0,5
Bosnien-Herzegowina*	1,07	9,4
BR Jugoslawien*	3,16	27,9
FYROM - Mazedonien*	0,52	4,6
Kroatien*	0,18	1,6
Kirgisistan	0,03	0,3
Slowenien	-0,01	0,0
Tadschikistan	0,20	1,8
Länderübergreifend	1,63	14,4
davon SO-Europa*	1,47	13,0
Gesamt Part I (ODA)	7,96	70,4
Bulgarien*	0,31	2,8
Rumänien*	2,03	17,9
Slowakei	0,04	0,3
Ukraine	0,01	0,1
Länderübergreifend	0,96	8,5
davon SO-Europa*	0,16	1,4
Gesamt Part II (OA)	3,34	29,6
*Schwerpunktländer/-regionen	10,01	88,6
Gesamt in Mio. €	11,30	100,0

ÖEZA-STATISTIK / ÖFSE

Grafik:**Die Schwerpunktländer der Ostzusammenarbeit 2001 in Mio. €**

Informationen und Details zu den Statistiken der Entwicklungszusammenarbeit und der Ostzusammenarbeit sind sowohl in der ÖFSE als auch auf www.oefse.at erhältlich.

Österreichische Forschungstiftung für Entwicklungshilfe
Berggasse 7, A - 1090 Wien
Tel.: 01 / 317 40 10
e-mail: office@oefse.at

